Schengen gescheitert S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 33 – 15. August 2015
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Versteht es, sich bei großen Debatten nahezu unsichtbar zu machen: Kanzlerin Angela Merkel

Bild: ddp images

Moment der Wahrheit

Tritt Merkel 2017 nochmal an? Es könnte sich als ihr schwerster Fehler entpuppen

In einer vierten Amtszeit dürfte die Kanzlerin mit epochalen Problemen konfrontiert werden. Dann droht ihr die Entzauberung.

Angestoßen von der verunglückten Debatte um den nächsten SPD-Kanzlerkandidaten schießen schon jetzt, zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, Spekulationen ins Kraut um eine mögliche vierte Amtszeit von Kanzlerin Angela Merkel. Die Zeichen erscheinen günstig: Die Union steht stabil über 40 Prozent, die Deutschen vertrauen fest auf Merkel, die das Land unangefochten anführt.

2017 wird sie zwölf Jahre im Amt sein. 2021 hätte sie Helmut Kohls 16 Jahre eingeholt, nur Otto von Bismarck wäre dann länger Kanzler gewesen als Angela Merkel. Dennoch könnte sich ein solcher Ehrgeiz als die schwerste Fehlentscheidung erweisen, welche die CDU-Chefin in ihrer glänzenden Karriere getroffen hat.

In den kommenden Jahren nämlich wird das Land die Folgen von Merkels eigentümlichem Führungsstil tonnenschwer zu spüren bekommen. In ihren bisherigen zehn Jahren ist sie jeder unbequemen Sachentscheidung aus dem Weg gegangen.

> Verschieben, ausweichen, nachgeben

In der Euro-Schuldenkrise spielt sie seit Jahren auf Zeit, wodurch ein anfänglich beherrschbares Problem zu einem tödlichen Monster aufwachsen konnte. In der Energiepolitik hat sie ohne zu zögern 2011 nach dem Unglück von Fukushima den Grünen und einer von den Medien aufgepeitschten Volksstimmung nachgegeben und die überstürzte „Energiewende“ eingeleitet. Fachleute warnen, dass sie damit die Energiesicherheit gefährdet hat, die entscheidend ist für eine Industrienation. Das Siechtum der Bundeswehr ging in den zehn Merkel-Jahren unvermindert weiter, ebenso wie der Verfall der Infrastruktur. Bei der Rente mit 63 hat Merkel der SPD nachgegeben, was Milliardenlasten mit sich bringt. Angesichts der dramatischen Asylflut macht sich Merkel nahezu unsichtbar.

In all diesen Fragen wäre beherzte Führung, eine klare Kursangabe durch die Kanzlerin gefragt gewesen. Doch Merkels Taktik ist es stets, die Dinge lieber laufen zu lassen, um sich nicht festlegen zu müssen. So wurden die Probleme entweder verschoben (und damit verschlimmert), oder die Weichen falsch gestellt.

Doch ewig kann so etwas nicht gutgehen. Vielmehr könnte es passieren, dass sogar mehrere aufgeschobene Probleme gleichzeitig außer Kontrolle geraten. Dann wäre eine Führungsqualität gefragt, die Merkel bislang nie gezeigt hat, die allem Anschein nach auch gar nicht zu ihren Fähigkeiten zählt. Konfrontiert mit den Folgen ihrer jahrelangen Politik des Verschleppens, Ausweichens und Nachgebens droht der Kanzlerin dann die Entzauberung. Das mag der Grund sein, warum selbst hämische Kommentatoren ihr die vierte Amtszeit sogar wünschen: Damit sie auslöffeln möge, was sie dem Land eingebrockt habe. Für die Deutschen indes wäre dies nur ein schwacher Trost. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Schlamassel

Die Drohung von Unionsfraktionschef Wolfgang Kauder, diejenigen Unionsabgeordneten, die bei der letzten Griechenland-Abstimmung im Bundestag mit Nein gestimmt haben, würden ihre Ausschusssitze verlieren, schlägt hohe Wellen. Zu Recht, denn das sogenannte freie Mandat ist durch das Grundgesetz geschützt. Dort steht, dass die Abgeordneten „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind.

Die parlamentarische Realität indes ist eine andere. Der Fraktionszwang gehört parteiübergreifend zum Alltagsgeschäft, und jeder Abgeordnete weiß das. Ein Fraktionsvorsitzender hat die Aufgabe, für das Zustandekommen einer Mehrheit in seiner Fraktion zu sorgen. Idealerweise tut er das durch Appelle und Überzeugungsarbeit. Doch Kauder nimmt den Begriff „Zwang“ wörtlich und erpresst seine Fraktionskollegen gewissermaßen. Dass er es auch noch öffentlich tut, zeigt, wie sehr die Nerven in der Partei- und Fraktionsspitze blank liegen. Denn dort hat man schon lange keine Argumente für die „Griechenland-Rettungspolitik“ mehr.

Sollte der ausgeübte Druck Wirkung zeigen und die Zahl der Abweichler bei der nächsten Abstimmung geringer sein, wäre das ein Armutszeugnis für die fraktionsinternen Euro-Kritiker. Sie müssten sich dann den Vorwurf gefallen lassen, erst medienwirksam zu opponieren und dann um der Karriere willen eingeknickt zu sein. Sollte die Zahl der Abweichler dagegen sogar größer werden, wäre Kauder als Fraktionsvorsitzender demontiert und könnte nur noch seinen Hut nehmen. Und die Autorität der Kanzlerin wäre erheblich beschädigt. So oder so, die Union steckt ordentlich im Schlamassel.

Doch noch Erbfeinde?

Antideutsche Stimmung in Frankreich wächst – wegen des Euro

Es war der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der den Euro als „Frage von Krieg und Frieden“ bezeichnet hat. Völlig anders, als sich dies der „Kanzler der Einheit“ vorgestellt zu haben scheint, entpuppt sich die gemeinsame Währung inzwischen nicht als ein Garant für ein friedliches Zusammenleben, sondern als Spaltpilz für Europa. So reift in Frankreich eine Stimmung heran, die den Euro als neuerlichen Ausdruck eines deutschen Dominanzstrebens interpretiert. Nachgedacht werden müsse nicht nur über einen „Germexit“, einen Rausschmiss Deutschlands aus dem Euro, sondern auch über eine Isolierung des östlichen Nachbarn. Warum sollten die Deutschen nicht „tief im Wald ausgesetzt“ werden, um sie „allein mit ihrer geliebten Euro-Mark und ihren Konvergenzkriterien spielen zu lassen?“, so die unlängst in einer großen französischen Zeitung aufgeworfene Frage.

> »Setzt die Deutschen tief im Wald aus«

Es bedarf wahrscheinlich des Blicks eines Außenstehenden, um zu erkennen, welche langfristigen Gefahren sich mit dieser entstandenen Stimmungslage andeuten. Der US-Amerikaner Georg Friedman, momentan wahrscheinlich der profilierteste geopolitische Denker, wagte bereits vor einiger Zeit die Prognose, dass Machtkonflikte auf dem europäischen Kontinent künftig auch wieder mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Aus deutscher Sicht bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang nicht nur, dass der Gründer der Denkfabrik Strafor damit rechnet, dass Polen durch die USA zu einer regionalen Großmacht aufgebaut wird, die einen dauerhaften Keil zwischen Deutschland und Russland treibt. Gesehen wird ebenso die Gefahr, dass ein Machtkampf zwischen Deutschland und Frankreich in den kommenden Jahrzehnten weiter eskaliert. *N. Hanert*

(siehe Seite 6)

Großstädte gewinnen

Bevölkerungsschwund in ländlichen Regionen nimmt zu

Nach der Raumordnungsprognose 2035 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wird die Bevölkerung in den ländlichen Regionen der östlichen Bundesländer bis 2030 um zehn bis 20 Prozent zurückgehen. In westdeutschen Regionen, die ebenfalls vom Strukturwandel geprägt sind, ist bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls mit deutlichen Bevölkerungsverlusten von fünf bis zehn Prozent zu rechnen. Das gilt vor allem für das Saarland und das Ruhrgebiet. Laut BBSR wird es künftig in Deutschland nur noch wenige Wachstumszentren geben, darunter vor allem städtische Regionen der alten Bundesländer sowie Berlin und sein Umland.

Zugleich wird die Bevölkerung im Durchschnitt deutlich älter. So wird sich bis 2030 der Anteil der über 60-Jährigen vor allem in bestimmten Regionen Bayerns, Baden-Württembergs und von Rheinland-Pfalz um über 25 Prozent erhöhen. Dieser Trend ist laut BBSR auch in den südlichen Gegenden Hessens, in Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme des Ruhrgebiets und des Niederrheins sowie in großen Teilen Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns zu beobachten. Die ländlichen Regionen Sachsens, Thüringens und Sachsen-Anhalts werden der Prognose zufolge bis 2030 einen Zuwachs der über 60-Jährigen zwischen sechs und 20 Prozent verzeichnen.

> Ein weiteres Problem ist die Überalterung

Im Jahre 2030 werden es demzufolge vor allem die ländlichen Regionen Mitteldeutschlands sein, die auf einen Anteil von mehr als 40 Prozent der über 60-Jährigen kommen. Der geringste Anteil von Menschen im Alter von über 60 ist für Hamburg und den Raum München zu erwarten. In allen anderen westdeutschen Regionen werden über 60-Jährige vermutlich einen Anteil zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. *U.M.*

MELDUNGEN

170 Millionen für Minenräumung

Berlin – Deutschland beteiligt sich in zahlreichen Ländern mit finanziellen Mitteln an der Beseitigung von Minen. Seit 2005 wurden dafür bereits rund 170 Millionen Euro bereitgestellt. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion weiter hervorgeht, entfallen davon allein auf Afghanistan rund 45 Millionen Euro. Weitere 21,7 Millionen Euro stehen seither für die Minenräumung in Bosnien und Herzegowina, 10,9 Millionen Euro für Kambodscha, 7,6 Millionen für Vietnam und sieben Millionen Euro für Laos, den Sudan und Tadschikistan bereit. Zur Begründung dieser Ausgaben schreibt die Bundesregierung, sie unterstützte „in Ländern, die eine starke Kontamination an Minen- und Kampfmittelrückständen aufweisen und einen hohen humanitären Bedarf“ hätten. *J.H.*

UNHCR-Direktor für Abschiebung

Genf – Eine konsequente Abschiebung von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen hat Vincent Cochetel, der Europa-Chef des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) gefordert. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa argumentierte der UNHCR-Direktor, schnelle Abschiebungen seien nötig, um eine Blockade des Asylsystems zu verhindern. Aus Sicht von Cochetel müssten Wirtschaftsflüchtlinge „schneller zurückgeschafft“ werden, um Platz für wirklich Schutzbedürftige zu gewähren. Nur so verstehe die Bevölkerung, dass diejenigen, die blieben, wirklich schutzbedürftig seien. Nach Angaben des UNHCR-Direktors würden gegenwärtig nur 40 Prozent der „Wirtschaftsmigranten zurückgeschafft“. Zudem sprach sich Cochetel dafür aus, dass auch den Herkunftsländern „klargemacht“ wird, dass die Betreffenden kein Asyl erhalten würden. *N.H.*

Informationen zum Online-Angebot der PAZ

Wie bereits berichtet, dürfen wir unseren Abonnenten aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage keinen kostenlosen Zugang zu unseren aktuellen Artikeln mehr anbieten (siehe *PAZ* 3/2015).

Abonnenten, die unsere Zeitung als Ergänzung zum Druck-Abo auch im Internet lesen möchten, können die digitalen Inhalte, das sogenannte E-Paper, durch Herunterladen einer Datei im PDF-Format beziehen. Die zusätzliche Jahresgebühr beträgt 12 Euro inklusive 19 Prozent Mehrwertsteuer.

Mit dem Kombi-Abo ist die *PAZ* für Sie immer schon ab Mittwochabend verfügbar, also drei Tage früher als die Papierausgabe.

Dieses Angebot kann auf der Internetseite der *PAZ* unter www.preussische-allgemeine.de bestellt werden: Einfach auf den Hinweis „E-Paper“ rechts oben im roten Feld klicken oder über die Rubrik „Abo“ anwählen. Die Zahlungsmodalitäten werden aus dem Druck-Abonnement übernommen.

Das *PAZ*-Archiv im Internet steht weiterhin kostenfrei zur Verfügung.

»Schengen ist gescheitert«

Interview mit Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Thomas Kreuzer ist seit 2013 Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Zuvor war er Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Bevor der 56-jährige Politiker im Jahr 1994 in den Bayerischen Landtag einzog, war er Richter am Landgericht Kempten. In Debatten im Bayerischen Landtag und in den Medien hat sich Kreuzer mehrfach markant zur aktuellen Flüchtlingspolitik zu Wort gemeldet. Die Fragen stellte Michael Leh.

PAZ: *Nach Bayern kommen insbesondere über die österreichische Grenze täglich hunderte Asylbewerber, unter anderem mit Zügen aus Italien. In Passau setzen Schleuser Flüchtlinge in zunehmender Zahl einfach auf der Autobahn ab. Unterlässt man in unseren Nachbarländern Kontrollen, weil man vielleicht ganz froh ist, dass Flüchtlinge nach Deutschland weiterreisen? Wenn ja: Sind wir machtlos dagegen? Mit Appellen an eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in den EU-Staaten oder an eine Einhaltung des Dublin-Abkommens scheint man jedenfalls bisher nicht weit zu kommen.*

Thomas Kreuzer: Ich weiß aus Gesprächen mit österreichischen und italienischen Politikern, dass deren Länder auch jetzt schon einen großen Teil der Aufgabe schultern. Faktisch ist es aber so, dass sehr viele Menschen zu uns nach Deutschland kommen, die vorher schon durch eine Reihe anderer sicherer europäischer Länder gereist sind. Deshalb müssen wir feststellen, dass das Schengen-Abkommen, das eigentlich sichere EU-Außengrenzen gewährleisten soll, und das Dublin-III-Abkommen, das die Registrierung von Flüchtlingen regelt, gescheitert sind.

Ich bin sehr verwundert über eine EU-Bürokratie in Brüssel, die sich zwar um Wettbewerbsregeln bei der staatlichen Förderung für eine schwäbische Stadthalle kümmert, aber tatenlos zusieht, wenn in diesem Jahr hunderttausende von Menschen unkontrolliert und unregistriert durch Europa ziehen. Wenn wir nicht wollen, dass Europa immer weiter auseinanderdriftet, dann werden sich die europäischen Staatschefs sehr ernsthaft darüber unterhalten müssen, wie wir einerseits unsere Außengrenzen sichern wollen und wie wir Flüchtlinge gerecht auf Europa verteilen. Diese Last können nicht nur ein paar wenige Länder schultern.

PAZ: *Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat neu zu schaffende europäische Asylzentren in Nordafrika gefordert, in denen ein europäischen Standards entsprechendes Prüfverfahren durchzuführen sei. Wie sollte das konkret geschehen können, auch ohne gegen deutsche Rechtsvorschriften zu verstoßen? Aus der SPD wurde Ihnen entgegengehalten, Ihr Vorschlag sei unrealistisch.*

Kreuzer: Die Ertrunkenen im Mittelmeer sind eine Mahnung, dass weitere lebensgefährliche Überfahrten unbedingt eingedämmt werden müssen. Der einzige wirksame Vorschlag dazu sind Asylaufnahmezentren in Nordafrika. Jedes Unglück im Mittelmeer klebt an den Händen der skrupellosen Schleuser, die sich gerade ihre Taschen mit dem Geld der Opfer vollstopfen. Ihnen wollen wir das Handwerk legen. Der beste Schutz für die Flüchtlinge ist doch, wenn sie erst gar nicht in die klapprigen Boote steigen müssen. Deshalb ist es ein humaner Vorschlag, schon auf nordafrikanischem Boden eine Anlaufstelle nach europäischem Recht zu schaffen. Und im Meer aufgesammelte Flüchtlinge müssen zu diesen Zentren gebracht werden.

Die linken Bedenkenträger sehen nur immer Schwierigkeiten. Ich bin nicht dafür gewählt, Schwierigkeiten aufzuzählen, sondern Lösungen zu entwickeln. Mein Vorschlag wird auch vom Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge unterstützt und ist meines Wissens vom Bundesinnenminister bereits in Brüssel ins Gespräch gebracht worden. Wir dürfen nicht vergessen: Jeden Tag wird in hunderten von Botschaften auf der Welt das Recht der EU-Staaten vollzogen. Warum soll das über einen Staatsvertrag mit den Gastgeberländern nicht auch bei Asylzentren möglich sein?

> »Auf dem Balkan gibt es weder Krieg noch Verfolgung«

Eine kritische Stimme: Thomas Kreuzer Bild: CSU-Fraktion

PAZ: *Die Befürworter eines Einwanderungsgesetzes in SPD, Linkspartei, CDU und bei den Grünen wollen damit mehr und nicht weniger Einwanderung erreichen. Die Bundeskanzlerin soll ins Lager der Befürworter umgeschwenkt sein. Seehofer hat erklärt: „Mehr Einwanderung zusätzlich zu den 80000 Menschen, die jetzt schon monatlich kommen, ist mit der CSU nicht zu machen.“ Kanzleramtsminister Peter Altmaier sagte dazu, auch die CSU wisse, dass Einwanderungs- und Asylpolitik getrennt zu betrachten seien. Wie ist die Haltung der CSU zu einem Einwanderungsgesetz?*

Kreuzer: In der Tat sind im letzten Jahr rund eine Million Menschen aus dem Ausland nach Deutschland gekommen. Das waren neben 200000 Asylbewerbern rund 700000 Migranten aus anderen EU-Staaten und weitere 100000 Einwanderer aus anderen Ländern. Wir sind heute schon nach den USA das größte Einwanderungsland der Welt – größer als Kanada oder Australien. Wer also so tut, als gäbe es keine legalen Wege um nach Deutschland zu kommen, verschweigt bewusst die gelebte Realität. Wir haben jetzt schon viele legale Wege, um nach Deutschland zu kommen – sei es zum Beispiel für begehrte Fachkräfte, zum Studium oder sogar zur Arbeitssuche. Ich kann deshalb nicht erkennen, was ein neues Einwanderungsgesetz an Verbesserungen bringen soll.

Wir sind uns mit Peter Altmaier einig, dass Asyl- und Einwanderungspolitik zu trennen sind. Da bin ich sogar sehr dafür. So ist es zum Beispiel schon falsch, die vom Westbalkan kommenden Menschen als Flüchtlinge zu bezeichnen. Aus Serbien oder aus Bosnien-Herzegowina muss man nicht flüchten. Dort gibt es weder Krieg noch Verfolgung. Von dort kommen die Menschen aus wirtschaftlichen Gründen.

PAZ: *Kriminalität von Asylbewerbern und anderen Zuwanderern wird weithin tabuisiert. Kürzlich zitierte die „Rheinische Post“ aus einer unveröffentlichten Studie des Bundeskriminalamtes, wonach es unter anderem einen starken Anstieg von Körperverletzungsdelikten durch Asylbewerber gebe. Wie gehen Sie in Bayern mit dieser Problematik um? Abgesehen von der Frage der Kosten für Unterbringung und Versorgung solcher Asylbewerber, die sich missbräuchlich auf das Asylrecht berufen, dürften gerade kriminelle Delikte mit am meisten die Aufnahmebereitschaft bei der Bevölkerung unterminieren.*

Kreuzer: In Bayern gilt: „Null Toleranz gegenüber Gewalt und Verbrechen“. Unsere Prinzipien gelten für alle, ohne Ansehen der Herkunft. Die bayerischen Sicherheitsbehörden gehen konsequent gegen Straftaten vor. Wir tolerieren Gewalt gegenüber Flüchtlingen oder Anschläge auf Unterkünfte genauso wenig wie Delikte, die von Flüchtlingen begangen werden.

PAZ: *Im Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg erhalten laut Pressemeldungen Asylbewerber aus Balkanstaaten eine Rückkehrprämie von rund 600 Euro, wenn sie ihren Asylantrag zurückziehen und eine Vereinbarung unterschreiben, in den nächsten Jahren keinen Antrag mehr zu stellen. Wie bewerten Sie diese Vorgehensweise? Könnte dies – vielleicht ergänzend zu den geplanten gesonderten Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen für Balkan-Asylbewerber – auch ein taugliches Modell für Bayern oder andernorts sein?*

Kreuzer: Auch in Bayern gibt es Rückkehrberatung und Rückkehrhilfe. Das kann ein hilfreiches Mittel sein. Vor allem bei Rückkehrwilligen, die im Vertrauen auf die falschen Versprechungen von Schleppern in der Heimat ihr ganzes Vermögen zu Geld gemacht und für die Reise nach Deutschland ausgegeben haben. Natürlich muss man bei solchen Hilfen darauf achten, dass Missbrauch ausgeschlossen wird. Wir dürfen keine zusätzlichen Anreize schaffen, die es lukrativ machen, auch nur kurz nach Deutschland zu kommen. Aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht übersehen, wie teuer eine staatliche Abschiebung kommt. Da ist eine freiwillige Heimreise erheblich günstiger und für alle Seiten angenehmer.

Tage des US-Dollar als Reservewährung gezählt

Russland und China kaufen immer mehr Gold – Bestände weit höher als offiziell angegeben

Russland verfügt nicht nur über erhebliche Bodenschätze, sondern auch über die großen Unternehmen, die notwendig sind, um die wertvollen Rohstoffe zu fördern. Jetzt hat der russische Konzern Siberian for Mining, der international tätig ist, im Sudan ein bedeutendes Goldfeld entdeckt. Der zuständige sudanesische Minister, Ahmed Sadiq al-Karouri, hat bestätigt, dass zwischen den beiden Ländern bereits ein Investitionsabkommen geschlossen wurde. Bei dem feierlichen Akt waren auch der sudanesische Präsident Umar al-Baschir und der Direktor von Siberian for Mining, Wladimir Schukow, zugegen. Minister Sadiq nannte bei dieser Gelegenheit den Umfang des gemeinsamen Unternehmens: „Der russische Konzern entdeckte eine große Goldreserve in den Provinzen Rotes Meer und Nil. In den Feldern lagern voraussichtlich bis zu 46000 Tonnen Gold.“ Der Marktwert wird auf rund 300 Milliarden US-Dollar geschätzt. Nach den Vereinbarungen entfallen davon drei Viertel auf den Sudan, Siberian ist mit einem Viertel beteiligt.

Sollte Russland auch nur annähernd die Menge von 11500 Tonnen Gold bekommen, so wäre das mit einem Mal mehr als die USA besitzen. Diese lagern nach eigenen Angaben 8133 Tonnen, ein Wert, der sich seit längerer Zeit nicht geändert hat. Dagegen kauft Russland ebenso wie China seit geraumer Zeit Gold in großem Umfang. Daher sind die offiziellen Angaben über die Goldreserven vor allem dieser Länder wenig glaubwürdig. Die USA stehen im Verdacht, immer wieder Gold zu verkaufen, und zwar nicht nur das eigene. Die Tatsache, dass die Federal Reserve Bank jegliche Kontrolle über die physisch vorhandenen Bestände verweigert, nährt den Verdacht, dass hier ein merklicher Schwund eingesetzt hat. Vor allem die Diskussion um die Rückführung der dort lagernden deutschen Reserven hat zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt.

> Moskau sichert sich neu entdeckte Vorkommen im Sudan

Muss man nun einerseits annehmen, dass die US-amerikanischen Angaben von 8133 Tonnen Gold aus besseren Zeiten stammen, sind andererseits die russischen und chinesischen Werte mit 1246, respektive 1054 Tonnen ebenfalls nicht glaubhaft. Die tatsächlichen Goldreserven der beiden Länder dürften weit darüber liegen. So spricht der World Gold Council von jährlich 50 Tonnen Gold, die China einführt. Auch in Russland ist eine eindeutige Entwicklung hin zum Gold erkennbar. Bei beiden Ländern muss noch die eigene Goldförderung mit ins Kalkül gezogen werden. Im vergangenen Jahr belief sich die Goldförderung in Russland auf rund 270 Tonnen, in China sogar auf 465 Tonnen.

Seit dem Jahr 2007 stiegen die Goldvorräte der russischen Zentralbank um das 2,7-fache. Und seit mehr als einem Jahr stößt die Zentralbank im Gegenzug US-Staatspapiere ab. Im Vergleich zum Frühjahr 2014 hat sich der Anteil der US-Papiere an den russischen Reserven um 42 Prozent verringert. Russland wandelt also den künstlich gestützten US-Dollar kontinuierlich in Gold um. Man muss kein Experte sein, um zu erkennen, dass Russland auf diese Weise seine Abhängigkeit von Dollar und Euro abbaut und schließlich völlig abschütteln wird.

Der Finanz-Analyst Peter Krauth schrieb dazu in dem US-amerikanischen Fachmagazin „Money Morning“: „Während der jüngsten Rubel-Krise vermuteten Zyniker, dass Russland sein Gold verkaufen müsse, um den Rubel zu stützen. Ich war nicht dieser Meinung. Ich nahm an, dass Russland seine Reserven lieber behalten und stattdessen Dollar ausgeben würde. Allem Anschein nach hatte ich recht.“

Schon werden unter Analysten Spekulationen darüber angestellt, dass Russland und im Gefolge auch China jeweils seine Währung in absehbarer Zeit auf Gold stützen könnte. Die Tage des Dollar als Weltreserve-Währung wären dann ebenso gezählt wie die politische Macht der USA, die sich darauf stützt.

Florian Stumfall

»Ohne Angst leben können«

Bürgerwehren sind hochumstritten – Dennoch: Immer mehr Deutsche schützen sich tatkräftig selbst

Die Polizei? In manchen Landstrichen wurde sie so ausgedünnt, dass Streifenwagen im Ort fast einer Sensation gleichkommen. Für zwielichtige Zeitgenossen ein ideales Betätigungsfeld. In ihrer Not schließen sich daher immer mehr Deutsche in Bürgerwehren zusammen. Der ungebremste Zustrom von Asylbewerbern fördert den Trend.

Thüringens Polizei zeigt sich besorgt. Allerdings nicht, weil sich die Verbrechen zwischen Heiligenstadt und Altenburg besorgniserregend mehren, sondern weil sich immer mehr Menschen dagegen zu Bürgerwehren vereinigen. „Mittlerweile kontrollieren diese Zusammenschlüsse sogar andere Menschen und stellen Verdächtige im Internet an den Pranger", warnt Kai Christ, Landeschef der Polizeigewerkschaft (GdP) in Thüringen. Eine wachsame Nachbarschaft sei zwar wünschenswert. Allerdings dürften die Bürger dabei keine polizeilichen Aufgaben übernehmen.

Nur, wo sind die uniformierten, staatlich besoldeten Damen und Herren, die sich derlei Aufgaben eigentlich widmen sollten? Die Polizei zieht sich zunehmend aus der Fläche zurück, gibt auch Christ zu. Tagelang würden die Menschen manchmal keinen Streifenwagen sehen.

„Wir wollen keine Selbstjustiz, aber einen sicheren Ort, in dem wir wieder leben können, ohne Angst zu haben, dass unser hart erworbenes Gut gestohlen wird oder unsere Kinder in Gefahr kommen", heißt es bei der Bürgerwehr im thüringischen Gerstungen. Seit ein paar Wochen patrouillieren in der 6000 Einwohner zählenden Gemeinde nahe Eisenach jede Nacht mehrere Autos. Freiwillige fahren auf eigene Faust Streife, nachdem eine Einbruchsserie im Ort für Angst und Schrecken sorgte. Die örtliche Polizei verschwieg die gehäuften Verbrechen zunächst. Man habe die Bevölkerung nicht beunruhigen wollen, teilte eine Pressesprecherin der zuständigen Polizeiinspektion Gotha später mit. In Zeiten von Facebook und anderen sozialen Netzwerken ist das ein realitätsfernes Unterfangen. Die Einbrüche sprachen sich rasend schnell herum. Ebenso schnell fanden sich 2200 Einwohner zusammen, die sich in der Bürgerwehr engagierten.

Gerstungen ist kein Einzelfall. Mehrere hundert Bürgerwehren, oft auch Nachbarschaftswachen genannt, gibt es inzwischen bundesweit. Immer mehr Menschen fühlen sich in ihrer Sicherheit so stark bedroht, dass sie beginnen, sich gemeinsam zu wehren. Viele kennen sich bereits aus anderen Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Rettungsdienst oder dem Schützenverein. Ihr Etikett haben die Selbstschutz-Gruppierungen allerdings meist schnell weg. Von selbsternannten Hilfssheriffs ist in den Medien herablassend Rede. Schnell wird braunes Gedankengut unterstellt. Die zornigen, oft unbedachten Äußerungen vieler Akteure in Internetkommentaren oder direkt in die Journalisten-Mikrofone machen das leicht. Außerdem haben sich tatsächlich mancherorts Leute mit einschlägiger Vergangenheit eingereiht. Dennoch: Meist ist es die schlichte Sorge um das eigene Hab und Gut, die die freiwilligen Aufpasser nachts auf die Straße treibt, selbst wenn am nächsten Morgen ein langer Arbeitstag ansteht.

> Drei Einbrecher ertappt und der Polizei übergeben

Harald Schneider, Flussfischer an der Oder, Inhaber einer Ferienpension und Mitglied einer Bürgerwehr im Brandenburgischen Küstrin-Kietz, gab einer Zeitung zu Protokoll, dass in den letzten acht Jahren 27 Mal bei ihm eingebrochen worden sei. Außenbordmotoren, Boote und Fahrräder seien geklaut worden. Jetzt geht er zwei Nächte pro Woche auf Streife. Einmal hat er zusammen mit anderen drei Einbrecher gestellt, die in einem Ferienhaus eingebrochen waren. Sie konnten der Polizei übergeben werden.

Anlass, im bayerischen Miesbach, die Vereinigung „Bürger für Sicherheit" (BfS) zu gründen, waren unter anderem sexuelle Übergriffe auf Frauen. Jüngster Fall war die versuchte Massenvergewaltigung einer 17-Jährigen durch sechs Männer am helllichten Tag. Während sich die zuständige Polizei trotz mehrerer Zeugen bislang außerstande sah, eine Beschreibung der Täter abzuliefern, bringen die Menschen in Miesbach die Tat mit den im Ort einquartieren Asylbewerbern in Verbindung und wollen sich nun selber schützen.

Sie bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone. „Das Gewaltmonopol liegt beim Staat, die Gefahrenabwehr und der Schutz der öffentlichen Sicherheit sind zentrale Aufgaben der Polizei. Zudem haben Bürgerwehren keinerlei demokratische Legitimation, Selbstjustiz ist verboten", heißt es streng auf einer Internetseite der Polizeigewerkschaft GdP. Wie widersprüchlich die Haltung der staatlichen Gesetzeshüter ist, zeigt sich dann allerdings im nachfolgenden Text. Unter der Überschrift „Bürgerwehren auf Einbrecherjagd" (www.polizei-dein-partner.de) hält er eine Menge praktischer Tipps für jeden parat, der plant, eigenständig gegen Kriminelle vorzugehen.

Frank Horns



Gewappnet zur Verbrecherjagd: Immer mehr normale Bürger schnallen sich „Polizei-Ausrüstung" an — Bild: Mauritius



MELDUNGEN

Mehr Leistungen für Unbegleitete

Berlin – Die Bundesregierung will ein Gesetz zur Verbesserung der Lage ausländischer Kinder und Jugendlicher auf den Weg bringen. Zur Begründung heißt es, dass Minderjährige, die unbegleitet nach Deutschland kommen, „zu den schutzbedürftigsten Personengruppen überhaupt" gehörten. Sie hätten nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht darauf, dem Kindeswohl entsprechend untergebracht, versorgt und betreut zu werden. Dies sicherzustellen, sei für die Bundesregierung „ein Anliegen von höchster Priorität". Mit dem Gesetz soll durch Regelung einer bundesweiten Aufnahmepflicht der Länder unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen bundesweit ein „gutes Aufwachsen" gesichert werden. *J.H.*

Funke beugt sich Regierungsdruck

Essen – Wegen der Androhung einer Zwangsvollstreckung hat die Funke Mediengruppe staatliche Dokumente zum militärischen Engagement in Afghanistan von ihren Internet-Portalen entfernt. Bei dem Material handelt es sich um rund 5000 als „VS – Nur für den Dienstgebrauch" eingestufte Seiten aus den Jahren 2005 bis 2012, die zur regelmäßigen internen Information der Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages über den Afghanistankrieg dienten. Aus ihnen geht hervor, dass das Risiko für die deutschen Soldaten weit höher war als offiziell eingestanden. Das Bundesverteidigungsministerium klagt seit 2013 gegen die Veröffentlichung mit der Begründung, damit werde gegen sein Urheberrecht verstoßen. Funke hält die Veröffentlichung für rechtens und hat Nichtzulassungsbeschwerde gegen die Klage eingelegt. Thomas Kloß, Chefredakteur Online: „Die Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was die Bundeswehr in ihrem Namen unternimmt." *J.H.*

Jenseits der Legalität

Politik und Kirchen erarbeiten Kompromiss zum Kirchenasyl

Das Verhalten der Kirchen in Sachen Kirchenasyl stößt bei der Politik nicht nur auf Gegenliebe. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eröffnete Anfang des Jahres eine heftige Debatte über die Legalität des Kirchenasyls. Die Kirchen dürften sich nicht über geltendes Recht stellen. Seitdem arbeiten Kirchen, Behörden und Politik einen Kompromiss aus, der Kirchenasyl weiter ermöglichen soll. Spätestens im Herbst soll eine verbindliche Regelung getroffen werden. Denn der Druck steigt zunehmend, wie die Deutsche Presseagentur (dpa) unter Berufung auf die „Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche" berichtet.

Zum Stichtag 3. August lebten demnach mehr als 450 Menschen im Kirchenasyl. Mehr als die Hälfte von ihnen sind sogenannte Dublin-Fälle. Das heißt, die Zuwanderer würden in das EU-Land abgeschoben werden, in dem sie angekommen sind, Bulgarien etwa oder Ungarn. In diesen Ländern gilt ein Verstoß gegen „Dublin" als schwere Straftat, den „Migranten" droht dort sogar eine Haftstrafe.

Dennoch ist die Zahl der Kirchen-Fälle im Vergleich zu jenen 180000 Menschen, die seit Jahresbeginn insgesamt Asyl beantragt haben, eher gering. Doch die Politik fürchtet, dass die Gotteshäuser verstärkten Zulauf bekommen könnten, insbesondere dann, wenn Abschiebeverfügungen verstärkt durchgesetzt werden sollten. Innenminister de Maizière bezeichnet das Kirchenasyl daher „als Ultima ratio der Barmherzigkeit", die aber nicht zur Aushöhlung von rechtsstaatlichen Prinzipien führen dürfe: „Wir müssen angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen damit rechnen, dass die Fälle von Kirchenasyl sich häufen werden."

> Unterschlupf für mehr als 450 Menschen

Anfang des Jahres gab es lediglich 200 Fälle von Kirchenasyl, ein Jahr zuvor waren es nicht einmal 80. Mit weiter steigender Zahl der Flüchtlinge sei auch mit steigender Zahl der Härtefälle zu rechnen – und dann wohl auch mit einer weiteren Zunahme der Fälle von Kirchenasyl, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Asyl, Dietlind Jochims, der dpa: „Wir rechnen weiterhin damit, dass Gemeinden Härtefälle bekanntwerden. Und dass dann die Gemeinden bereit sind, Kirchenasyl zu gewähren." Sie verweist aber darauf, dass die Kirchen dies nicht wahllos täten: „Sie gewähren nur dann Asyl, wenn es ernste Anhaltspunkte dafür gibt, dass bei einer Abschiebung in ein anderes Land Freiheit, Leib und Leben bedroht wären", so Jochims. Denn auch für die Kirchenmitarbeiter sei die steigende Zahl eine Belastung.

Der erste Fall von Kirchenasyl liegt mehr als 30 Jahre zurück. Im Oktober 1983 klopften drei palästinensische Familien an die Tür einer Berliner Kirchengemeinde und baten um Hilfe. Sie sollten in den Libanon abgeschoben werden. Die Gemeinde nahm die Familien auf, die schließlich doch eine Aufenthaltserlaubnis erhielten. Damit war das Wort Kirchenasyl geboren. Die Kirchen in Deutschland gewähren seitdem Flüchtlingen Zuflucht, deren Leib und Leben ihrer Meinung nach durch eine Abschiebung bedroht wären. Sakrale Räume haben eine jahrhundertealte Schutztradition. Die Behörden setzen daher eine Abschiebeverfügung nicht durch, sobald sich ein Flüchtling in einem Gemeindehaus aufhält. Streng juristisch gesehen dürfen die „Kirchen-Asylanten" die Gemeinderäume nicht einmal für Einkäufe oder Spaziergänge verlassen. „Die Belastung für alle Beteiligten ist enorm", sagt Jochims. *P.E.*

Handstreich im Bürgerviertel

Bundeswehr baut Asylunterkünfte – auch in exklusiven Lagen

Was soll das denn werden?", fragen die Anwohner, als sie Menschen in Tarnkleidung auf der gepflegten Grünfläche vor ihren Häusern bemerken. Von den Soldaten erfahren sie, dass die Bundeswehr den Auftrag hat, hier, mitten im gutbürgerlichen Hamburger Stadtteil Wohldorf-Ohlstedt, eine Zeltstadt für Asylbewerber zu errichten. Die offizielle Bestätigung kommt erst im Laufe des Tages, als die zuständige Innenbehörde Handzettel verteilen lässt. Die Information ist dürftig. Es ist von 420 Schlafplätzen die Rede. Ohne sie, so heißt es, „droht den Schutz suchenden Menschen die Obdachlosigkeit".

Schon am nächsten Morgen rükken Soldaten eines Spezialpionier- und eines Logistikbataillons an und beginnen sofort mit dem Aufbau der 42 Schlafzelte. Wenn sie fertig sind, wird das Technische Hilfswerk 16 Sanitärcontainer, sechs Verwaltungscontainer, zwei Entsorgungscontainer, ein Versorgungszelt und voraussichtlich Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte aufbauen. Offiziell heißt es, die Fläche inmitten der Einfamilienhäusern sei ausgewählt worden, weil es hier einen Strom- und Wasseranschluss gäbe. Die Anwohner haben jedoch eine andere Theorie: Nachdem eine Asylunterkunft im Millionärsviertel Harvestehude per Gerichtsbeschluss verhindert worden war, wolle der Senat ein Zeichen setzen, dass auch Besserverdienende nicht geschont würden. Und Tatsachen schaffen.

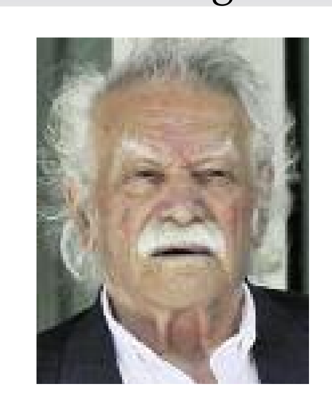
Von den Anwohnern, die das Treiben auf „ihrer" Wiese beobachten, ist nur wenig Kritik zu hören. Lediglich zwei von ihnen machen ihrem Ärger lautstark Luft. Man merkt, dass sie damit in dieser Umgebung isoliert sind. Starke Worte liegen den gutsituierten Bürgern nicht. Wenn sie Kritik äußern, dann verhalten. Sie tragen das, was da auf sie zukommt, mit Fassung, fügen sich, wenn auch ohne sichtbare Begeisterung, in das ihrer Meinung nach Unvermeidliche. „Irgendwo müssen die vielen Menschen ja unterkommen", meint eine Frau unter zustimmendem Nicken der Umstehenden und eine andere ergänzt: „Uns allen hier geht es doch gut, dann können wir von unserem Wohlstand ruhig etwas abgeben."

> Eindrücke von einem Schauplatz in Hamburg

Als eine Anwohnerin erklärt, sie freue sich sogar auf die Ankömmlinge, wird es einem ihrer Nachbarn dann doch zu bunt und er hebt zu grundsätzlicher Kritik an der Asylpolitik an. Doch dann bricht er ab, meint, man müsse heutzutage schließlich vorsichtig sein, um nicht als Nazi hingestellt zu werden. Auch dafür gibt es Zustimmung – selbst von einigen, die bekunden, nichts gegen die Gemeinschaftsunterkunft zu haben.

Einig sind sich hingegen alle in ihrer Verärgerung über die Informationspolitik. Nicht, dass man ihnen über 400 Asylbewerber quasi in den Vorgarten setzt, macht sie richtig wütend, sondern dass man sie nicht vorab informiert hat und dass sich die Politik auch jetzt noch vor ihnen versteckt. Innensenator Michael Neumann (SPD) war kurz da, hat vor den Fernsehkameras posiert und war gleich wieder weg. Dialog mit den Bürgern? Fehlanzeige! Auch von den sonst so umtriebigen Wahlkreisabgeordneten lässt sich keiner blicken. Informationen gibt es an einem Partyzelt. Dort gibt aber kein Offizieller Auskunft, sondern eine Anwohnerin, welche die Informationen bei den verschiedenen zuständigen Behörden erfragt hat. Ein Wort geht um in Wohldorf-Ohlstedt, wo die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl im Februar noch bei stattlichen 76,7 Prozent lag: Politikverdrossenheit. *J.H.*

Zeitzeugen



Manolis Glezos – Als Führer des „Nationalrates für die Einforderung deutscher Kriegsschulden an Griechenland" verlangt der 91-jährige Kriegsveteran und Linkspolitiker, der noch bis zum 7. Juli 2015 im Europaparlament saß, Reparationen in Höhe von 500 Milliarden Euro. Das ist die höchste Summe, welche bisher in die Diskussion gebracht wurde.

Ioannis Rallis – Nachdem er am 7. April 1943 in Nachfolge des führungsschwachen Konstantinos Logothetopoulos zum dritten und letzten Ministerpräsidenten Griechenlands unter deutscher Besatzung ernannt worden war, förderte Rallis die Aufstellung von sogenannten Sicherheitsbataillonen, in denen Griechen an der Seite der Wehrmacht gegen die kommunistische Partisanenbewegung ELAS kämpften.



Aris Velouchiotis alias Athanasios Klaras – Ab Juni 1942 avancierte der ehemalige Feldwebel der griechischen Armee zur wichtigsten Führungsfigur in der kommunistischen Partisanenarmee ELAS. Er gilt heute als Ikone der Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg, obwohl er für zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung, darunter auch das von Meligalas, verantwortlich zeichnete. Velouchiotis fiel im Juli 1945 im Kampf gegen die Truppen der griechischen Nachkriegsregierung.

Violetta Hionidou – Für die Dozentin für neuere europäische Geschichte an der Newcastle University steht fest, dass die deutsche Besatzungsmacht nichts unternommen habe, um die griechische Hungerkrise der Jahre 1941/42 absichtlich herbeizuführen, wie immer wieder behauptet werde. Vielmehr liege die Verantwortung bei der britischen Regierung wegen ihrer harten Haltung in der Frage der Nahrungsmittellieferungen.



Henry M. Wilson – „Jumbo Wilson" kommandierte das britische Expeditionskorps, welches im März 1941 auf dem Peloponnes landete und kurz darauf von der Wehrmacht vertrieben wurde. Er sandte später ein Telegramm an die Führung der ELAS, in dem er sich für den Einsatz der Partisanen auf der Seite der Briten bedankte. Den Partisanenangriffen fielen allein in der deutschen Besatzungszone 17 500 Soldaten zum Opfer.

Es ist nichts mehr offen

Deutschland hat Reparationen geleistet – Geld im Athener Korruptionssumpf versickert

Im Zusammenhang mit der griechischen Schuldenkrise werden in Athen auch immer wieder Forderungen nach deutschen Reparationen für die erlittenen Personen- und Sachschäden während des Zweiten Weltkrieges laut. Dabei bleiben freilich einige wichtige historische Tatsachen unerwähnt.

So hat Deutschland bereits sämtliche von den Siegermächten während der Pariser Konferenz von Anfang 1946 festgelegten Reparationen geleistet; dazu kamen freiwillige Zahlungen an die Opfer der Besatzungszeit und deren Angehörige gemäß eines bilateralen „Globalabkommens" vom 18. März 1960. Allerdings sind diese Gelder und Sachleistungen im griechischen Korruptionsdschungel versickert. Die von der Bundesrepublik überwiesenen individuellen Entschädigungen kamen oftmals nicht bei den vereinbarten Empfängern an. Darüber hinaus verschwanden die abgelieferten Maschinen und Ausrüstungsgegenstände auf dem Seeweg in die Ägäis. Dabei liegt der Verdacht nahe, dass sich hier auch britische Kreise bereichert haben, weil die Güter mehrheitlich auf britischen Schiffen transportiert wurden.

Deutschland wollte Griechenland im Zweiten Weltkrieg unbedingt neutral halten, wofür es zwingende strategische Gründe gab. In Anbetracht der enormen Inanspruchnahme der eigenen Kräfte sollte zumindest auf dem Balkan Ruhe herrschen und keine weitere Front entstehen. Dahingegen unternahmen die Briten alles, um Griechenland in den Krieg hineinzuziehen, wie sie dies auch schon 1917 getan hatten. So wurden beispielsweise Luftwaffenverbände auf Kreta stationiert, welche die für Deutschland kriegswichtigen rumänischen Erdölfelder bedrohten.

Als wichtigster Ansprechpartner Londons fungierte dabei der griechische Ministerpräsident Ioannis Metaxas, der schon im April 1939 einen Sicherheitspakt mit Großbritannien und Frankreich abgeschlossen hatte. Allerdings sendete Metaxas im Januar 1941 dann doch einige versöhnliche Signale in Richtung Berlin, welche die Alliierten beunruhigten. 14 Tage später war er tot – angeblich hatte sein englischer Arzt einen Behandlungsfehler begangen. Dem folgten Gespräche zwischen Athen und London über die Entsendung britischer Streitkräfte auf das griechische Festland, bei denen Metaxas' Nachfolger Alexandros Koryzis voll auf die Linie seiner Verhandlungspartner einschwenkte. Anschließend landeten ab dem 7. März 1941 58 000 britische Soldaten in Volos, Piräus und an mehreren anderen Orten.

In Reaktion hierauf marschierte die Wehrmacht einen Monat später in Griechenland ein und drängte das britische Expeditionskorps wieder aus dem Lande heraus. Danach errichtete Deutschland gemeinsam mit Bulgarien und Italien, das sich zuvor bei seinem Griechenlandfeldzug die Zähne ausgebissen hatte, ein Besatzungsregime, das deutscherseits bis 1944 bestand. Die Briten quittierten ihren Hinauswurf mit der Blockade sämtlicher Nahrungsmittellieferungen nach Griechenland, soweit sie aus den USA, Kanada und Australien kamen. Dies führte zu einer schweren Hungersnot, in deren Verlauf mehrere hunderttausend Griechen starben. Außerdem zeichnete Großbritannien für den blutigen Bürgerkrieg in Griechenland verantwortlich, der im Herbst 1944 begann und bis September 1949 andauerte, wobei nochmals rund 160 000 Menschen ums Leben kamen. Stalin hatte Churchill nämlich im Moskauer Geheimabkommen vom 9. April 1944 zugesichert, dass Griechenland zur britischen Einflusssphäre gehören solle.

Deshalb stachelte London die konservativ-monarchistischen Kräfte zum Kampf gegen die kommunistische Widerstandsorganisation ELAS auf, welche im Begriff war, die Herrschaft im Lande zu übernehmen. Insofern sollte man in Athen vielleicht auch einmal über Reparationsforderungen an Großbritannien nachdenken.

Wolfgang Kaufmann





Stimmungsmache gegen Deutschland: Griechen fordern neue Entschädigungen, obwohl jahrelang Zahlungen flossen Bild: Reuters

Partisanen kämpften nicht für die Freiheit

Am 6. September 1944 begann die Wehrmacht mit der Räumung der griechischen Halbinsel Peloponnes. Daraufhin stieß die 3. Division der kommunistischen ELAS in die Hafenstadt Kalamata vor, wo sie auf ein größeres Kontingent sogenannter Sicherheitsbataillonisten traf, welches im Dienst der offiziellen Athener Regierung stand. Dieses versuchte den Vormarsch des Partisanenverbandes aufzuhalten, musste sich aber schließlich nach erbitterten Kämpfen in das 25 Kilometer entfernte Meligalas absetzen, wo es wenig später kapitulierte.

Daraufhin metzelten die ELAS-Freischärler am 14. September 1944 sämtliche noch lebende Angehörige des Sicherheitsbataillons nieder. Dem schloss sich am Folgetag ein Massaker an der Zivilbevölkerung von Meligalas an. Insgesamt wurden bei den Ausschreitungen der Kommunisten mindestens 1144 Menschen ermordet, darunter auch Geistliche, Frauen, Greise und Kinder – das jüngste war gerade einmal neun Jahre alt. Ebenso kam es zu grausamsten Folterungen und Verstümmelungen von Gefangenen und Einwohnern der Ortschaft.

Wahlloses Morden auch von Zivilisten

Solche und ähnliche Übergriffe führten dazu, dass die ELAS noch mehr an Unterstützung unter der Bevölkerung verlor. Hieraus resultierte dann die komplette Niederlage der Kommunisten zum Ende des Bürgerkrieges. Allerdings unterblieb bis heute eine gründliche juristische und historische Aufarbeitung der Gewalttaten der ELAS. Und das wiederum ermutigt die griechische Linke dazu, Jahr für Jahr gegen die große öffentliche Seelenmesse zu hetzen, die am ersten Sonntag nach dem 15. September am Mahnmal von Meligalas zelebriert wird. Die Toten seien doch „allesamt nur Kollaborateure" gewesen, heißt es. *W.K.*

Verzweifelte Kollaborateure

Kommunistischer Terror trieb viele Griechen den Besatzern zu

Nach Schätzungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hatte Griechenland im Zweiten Weltkrieg 180 000 Kriegstote zu beklagen. Dabei bleibt allerdings offen, wie viele davon auf das Konto Deutschlands, Italiens und Bulgariens gingen und wie hoch der Blutzoll war, den die Kampfhandlungen zwischen den zahlreichen verfeindeten Widerstandsgruppen des Landes forderten. Das Gleiche gilt für den Terror, den die kommunistische Griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS) ausübte – auch und gerade gegenüber der wehrlosen Zivilbevölkerung. Auf jeden Fall aber sorgten die Übergriffe der ELAS für einen Strategiewechsel beim bürgerlich-konservativen Nationalen Republikanischen Griechischen Bund (EDES). Dieser operierte ab Ende 1943 kaum mehr gegen die Wehrmacht, sondern ging mit dieser zusammen gegen die ELAS-Verbände vor.

Des Weiteren wies der Berliner Historiker Kaspar Dreidoppel nach, dass die Angst vieler Griechen vor einer kommunistischen Machtübernahme der Hauptgrund dafür war, dass es der deutschen Seite gelang, 31 Sicherheitsbataillone aufzustellen, in denen etwa 22 000 griechische Freiwillige dienten und Partisanenbekämpfung betrieben. Ebenso kollaborierten auch die 27 000 Polizisten des Landes mehrheitlich mit der Besatzungsmacht, weshalb diese 1943 deren Wiederbewaffnung genehmigte. Eine weitere sichere Bank für die deutsche Seite war die Ethniki Enosis Ellados (Nationale Union Griechenlands). Diese antisemitische Partei, welche seit 1927 bestand, hatte einstmals 7000 Mitglieder gehabt und erlebte dann unter der Ägide des Dritten Reiches ihre Renaissance, wofür sie sich durch die intensive Mitwirkung beim Aufspüren von Juden revanchierte.

Historische Wahrheit ist nach wie vor nicht erwünscht

Das enorme Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen Griechen und Besatzern wurde bis zum Jahre 2000 komplett verdrängt. Dann veröffentlichte der in Yale lehrende Konfliktforscher Stathis Kalyvas einen Aufsatz mit dem Titel „Roter Terror. Linke Gewalt während der Okkupation", welcher einen heftigen Historikerstreit auslöste. Kalyvas' These vom kausalen Zusammenhang zwischen dem Wüten der Kommunisten und der weitverbreiteten Kollaboration stieß nämlich auf die geballte Ablehnung der linksgerichteten Historikerszene seines Heimatlandes. Man warf ihm vor, von einem „krankhaften Antikommunismus" getrieben zu sein und die „heldenhafte" ELAS zu verunglimpfen. Kalyvas revanchierte sich mit weiteren Artikeln in der großen Athener Tageszeitung „Ta Nea", die Überschriften wie „Wer hat Angst vor der wissenschaftlichen Untersuchung unserer Geschichte?" trugen.

Dennoch steht er bis heute weitgehend isoliert da. So behauptete Adamantios Skordos von der Universität Leipzig kürzlich unter dem Beifall zahlreicher Fachkollegen, Kalyvas „dämonisiere" den nichtbürgerlichen Widerstand. Dabei wird dessen Beweisführung durch neu aufgefundene Quellen wie das Tagebuch des kommunistischen Spitzenfunktionärs Dimitris Vlantas eindeutig unterstützt. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Lage am »Görli« aus dem Ruder

Trotz aller Bemühungen von Politik und Polizei: Drogen- und Gewaltdelikte nehmen rasant zu



Keinen Respekt vor der Polizei: Nach einer Razzia zeigt ein Durchsuchter, was er von deutschen Sicherheitskräften hält

Bild: pa

Die Kriminalität um den Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg hat im vergangenen Jahr erheblich zugenommen und steigt auch 2015 weiter. Zwar stehen Drogendelikte im Mittelpunkt der veröffentlichten Meinung, aber auch steigende Gewaltdelikte wie versuchte Tötung, Vergewaltigungen sowie Raub und Diebstähle haben bislang nie gekannte Ausmaße erreicht.

2012 wurden noch 30 bis 50 Drogendealer gezählt. Jetzt sind es mehr als 200. 2014 ereigneten sich im Görlitzer Park vier versuchte Tötungen, sechs Vergewaltigungen und 178 gefährliche Körperverletzungen.

Die Drogenszene beschränkt sich nicht mehr nur auf die Parkanlage, sondern zieht sich vom Wrangelkiez bis zur Warschauer Brücke und zur Revaler Straße und damit weit über die frühere Sektorengrenze in den Ostteil der Stadt hinein.

Innensenator Frank Henkel und Justizsenator Thomas Heilmann (beide CDU) hatten vergangenen März versprochen, vor allem gegen die wuchernde Drogenszene im „Görli" vorzugehen. Eine Anfrage der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus brachte die Erfolglosigkeit des politischen Handels jedoch ans Licht. „Reine Symbolpolitik", kritisiert die Berliner Opposition.

Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) muss einräumen: „Das Verhalten von Käufern und Drogenhändlern im Görlitzer Park hat sich nicht grundlegend geändert." Die Rauschgifthändler reagierten „sehr sensibel", rücke die Polizei an, verzögen sich die Dealer in angrenzende Straßen sowie den im Osten angrenzenden Schlesischen Busch. Die Polizei folge dann den Dealern. Im Anschluss an Polizei-Maßnahmen kehrten die Drogenschieber jedoch regelmäßig in den Parkbereich zurück. Immerhin seien bei Raub und gefährlicher Körperverletzung „positive Tendenzen" zu erkennen, beschwichtigt Krömer.

Die zuständige Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) ließ sich schadenfroh vernehmen: „Muss ich wohl nicht weiter kommentieren ..." Sie empfiehlt die Legalisierung von Cannabis und will bezirkliche „Coffeeshops" zum freien Drogenverkauf einrichten, was ein eklatanter Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) wäre. Gleichwohl wird das Bezirksamt einen entsprechenden Antrag beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte stellen.

> Schadenfreude bei Monika Herrmann von den Grünen

Die Bezirksbürgermeisterin hatte das Vorgehen von Polizei und Justiz von Beginn an kritisiert und Erfolglosigkeit prophezeit. Indes zeitigt polizeiliche Präsenz vor allem deswegen keine Erfolge, weil es nicht gelingt, die Dealer dauerhaft von der Straße zu bringen. Juristisch reicht es meist nicht für einen Platz im Untersuchungsgefängnis. Die Staatsanwälte können Ermessen ausüben. Wie viel Cannabis jemand dabeihaben darf, ohne sich strafbar zu machen, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. In der Praxis haben Berliner Richter Cannabis-Besitz ohne Konsequenzen gelassen.

Die Drogendealer sind fast ausnahmslos „Flüchtlinge". Ihre Aufdringlichkeit und Aggressivität nimmt zu. Die kriminellen Händler stehen ungeniert auf den Gehwegen und sprechen Passanten offensiv an. Wer nicht kaufen will, kann sogar mit Beschimpfungen rechnen.

Immer öfter kommt es zudem zu Handgreiflichkeiten. Tätliche Auseinandersetzungen zwischen türkischen Gewerbetreibenden vor Ort und den meist aus Schwarzafrika kommenden Dealern, die vorgeben, „Flüchtlinge" zu sein, bewegten bereits die Medien. Die türkischen Händler sind weit weniger zurückhaltend als manch „verständnisvoller" Deutscher. Annika Varadinek vom Verein „Bantabaa", der Zuwanderern Deutschkurse anbietet und bei der Wohnungssuche hilft, findet: „Viele der Leute, die im Park Drogen verkaufen, würden doch gerne arbeiten ... Zum Beispiel könnte man den Flüchtlingen erlauben, im Park Getränke zu verkaufen oder Liegestühle zu vermieten."

Neuerdings warnt die Polizei vor neuen Verhaltensmustern der Dealer. In einem Merkblatt heißt es: „Durch ein freundliches Auftreten wird zunächst eine Vertrauensbasis zu den Geschädigten aufgebaut."

Dann jedoch folgt das böse Erwachen: „Im weiteren Verlauf", so das Merkblatt, „werden die Geschädigten durch eine teils unterschwellige, teils offene Aggressivität eingeschüchtert. Zur weiteren Einschüchterung wird den Geschädigten suggeriert, dass die Täter mafiösen Strukturen angehören würden. Im Hintergrund befinde sich ein ‚Boss', der kein Fehlverhalten dulde. Durch das Verlagern auf einen Hinterhof und die ständige Präsenz von Mittätern sehen die Geschädigten im Verlauf der Tat keine Möglichkeit, gefahrlos zu fliehen. Die Geschädigten nehmen an, dass die Zahlung von weiterem Bargeld die einzige Möglichkeit sei, um sich aus der unangenehmen Situation zu lösen. Für den Fall, dass die Tat nicht wie von den Tätern gewünscht abläuft, wird mitunter auch Gewalt angewendet."

Eigentlich sollten die Opfer von den Ordnungshütern Hilfe erwarten können. Stattdessen gibt es „Tipps" für den schutzlosen Umgang mit Kriminellen. Abgesehen von demonstrativen Auftritten der Polizei kann der Görlitzer Park inzwischen zu den „rechtsfreien" Räumen in Berlin gerechnet werden, von denen es immer mehr gibt. Ein anderes Merkblatt der Polizei empfiehlt: „Tragen Sie Hand- und Umhängetaschen immer mit der Verschlussseite zum Körper! Achten Sie im Gedränge bewusst auf Ihre Wertsachen! Bringen Sie sich nicht selber in Gefahr, wählen Sie die 110!" *Hans Lody*

Elefant im Porzellanladen

Von Theo Maass

Wenn Mäzene auf Politiker treffen, kann es Probleme geben. SAP-Gründer Hasso Plattner hat sein Unternehmen am DAX etabliert und nach seinem Ausscheiden angefangen, Kunst zu sammeln. Der Mann scheint also etwas von Wirtschaft und Geld zu verstehen.

Monika Grütters ist das ganze Gegenteil. Die Absolventin des Bischöflichen Mädchengymnasiums Marienschule in Münster studierte nach dem Abitur Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Anschließend war sie in verschiedenen Funktionen in öffentlichen und halböffentlichen Institutionen tätig. 1995 schaffte sie den Sprung in die Politik. Sie wirkte am Sturz des konservativchristlichen CDU-Kreisvorsitzenden von Wilmersdorf, Ekkehard Wruck, mit und saß dann im Berliner Abgeordnetenhaus. Der damalige Vorsitzende der Jungen Union Wilmersdorf warf ihr „Mangel an politischem Idealismus in Kombination mit ausschließlich persönlichen Zielen" vor.

Seit dem 17. Dezember 2013 ist sie Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Arbeit in der wertschöpfenden freien Wirtschaft kennt sie offenbar nur vom Hörensagen. Grütters plant ein sogenanntes Kulturgutschutzgesetz (siehe Kommentar Seite 8 und Bericht Seite 9).

Der Entwurf sieht vor, den „Schutz von Kulturgütern" neu zu regeln und an das EU-Recht anzupassen. Dabei sollen die Ausfuhrbestimmungen verschärft werden. Plattner will sich das nicht bieten lassen. Er hat angekündigt, seine Sammlung zuvor außer Landes schaffen zu wollen. Der Mäzen meint, würde das Gesetz von Grütters umgesetzt, verlöre seine Sammlung einen erheblichen Teil ihres Wertes.

Grütters zeigt sich unbeeindruckt. Sie rät Plattner, abzuwarten und die Werke nicht aus Deutschland abzuziehen. Die Stadt Potsdam hätte möglicherweise einen erheblichen Schaden von Grütters Aktivitäten zu gewärtigen. Im Palast Barberini wollte Plattner seine Sammlung nach seinem Tode dauerhaft unterbringen. Friedrich der Große ließ diesen nach dem Vorbild des Palazzo Barberini in Rom errichten. Plattner finanzierte den Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Bauwerks.

Die Einrichtung des Museums könnte nun ins Wasser fallen. Da haben wir auf der einen Seite wirtschaftlichen Sachverstand, Großzügigkeit und Bürgersinn, auf der anderen Seite die destruktive Regelungswut der EU und willige Vollstrecker der Weisungen der Kommissare, und schließlich „Berufspolitiker". Was sie der deutschen Kultur als „Schutz" angedeihen lassen wollen, könnte sich zum größten Aderlass an Kulturschätzen aus Deutschland entpuppen.

»St. Walter« hat Geburtstag

Vor 50 Jahren begann der Bau des Berliner Fernsehturms

Die höchste Errungenschaft des real existierenden Sozialismus ist aus der bundesdeutschen Hauptstadt nicht mehr wegzudenken. Der Berliner Fernsehturm, mit 368 Metern das höchste Bauwerk Deutschlands, ist zu einem gesamtdeutschen Liebling geworden, der jährlich über 1,2 Millionen Gäste und noch mehr Amateur-Paparazzi anlockt. Vor genau 50 Jahren erfolgte ohne feierliches Getöse auf unspektakuläre Weise der erste Spatenstich.

Um die Parteipropaganda per TV und Radio in den letzten Winkel des Arbeiter- und Bauernstaates störungsfrei zu übertragen, war eine hohe Sendeanlage nötig. Denn bei der Internationalen Rundfunkkonferenz 1952 in Stockholm war die DDR nur mit zwei kümmerlichen Sendefrequenzen abgespeist worden, die für die landesweite mediale Gehirnwäsche bei Weitem nicht ausreichten.

Doch nicht am Alexanderplatz, sondern auf den Müggelbergen in Köpenick sollte der Turm ursprünglich errichtet werden. Die Mitte der 50er Jahre begonnenen Bauarbeiten wurden aber 1956 überraschend gestoppt. Der Turm hätte den Flugbetrieb am neuen Prestige-Flughafen Schönefeld gestört. Auf dem Großen Müggelberg erinnert noch heute ein Fundament an den Bau.



Bild: Spekking/CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Tele-Kreuz bei Sonnenschein: die „Rache des Papstes"

Als auch ein alternativer Standort im Volkspark Friedrichshain verworfen wurde, zeigte SED-Chef Walter Ulbricht in Richtung Alexanderplatz, um den herum es seit der Beseitigung des Stadtschlosses einsam geworden war: „Nu, Genossen, da sieht man's ganz genau: Da gehört er hin!"

Umgehend begannen Arbeiter im August 1965 damit, ein großes Loch in Berlins Mitte zu buddeln. Und nach vier Jahren, passend zum 20. DDR-Staatsjubiläum wurde der „Fernseh- und UKW-Turm der Deutschen Post", wie das als „Ausdruck der Überlegenheit sozialistischer Ingenieurskunst" propagierte Bauwerk offiziell hieß, eingeweiht. Die Berliner nannten ihn schlicht Telespargel. Als aber in der runden Kuppel bei Sonneneinfall weithin ein Lichtkreuz über dem atheistischen Staat aufleuchtete, bekam der Turm erst den spöttischen Namen „St. Walter" und nach dem Tod des Staatschefs „Walter-Ulbricht-Gedächtniskirche". *Harald Tews*

Lizenz zum Gelddrucken

Asylheime: Geschäftemacher machen Kasse, Behörden überfordert

Nach offiziellen Angaben halten sich 15 300 Asylbewerber zurzeit in Berlin auf, mindestens weitere 15 000 sollen in diesem Jahr noch dazukommen. Auch weil die politisch Verantwortlichen wenig Neigung zeigen, die Gesetze anzuwenden und nachweislich nicht politisch Verfolgte außer Landes zu schaffen, werden immer neue Wohnquartiere benötigt.

Profiteure in wirtschaftlicher Hinsicht sind nicht nur die Angehörigen der Sozialindustrie (Sozialarbeiter, Psychologen, Rechtsanwälte und andere), sondern auch die komplette Wohnungsbranche vom Betreiber eines Wohnheims über Hoteliers und Vermieter.

In seiner Not hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) jetzt sogar die Hilfe von Maklern in Anspruch genommen. 186 000 Euro kostete die Beschaffung von drei Quartieren in Pankow und Charlottenburg. Für die Vermittlung eines Heims in der Charlottenburger Soorstraße kassierte ein Makler 96 000 Euro. Bekannt wurde dies durch eine Anfrage der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Das Landesamt musste zugeben, dass keine „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung" der Maklerprovisionen vorgenommen wurde.

> Maklergebühr von 96 000 Euro für ein Gebäude

Die Bezirke beklagen unseriöse Anbieter von Wohnquartieren. Der Bezirk Mitte will nun ein festes Kontingent bei Hostelbetreibern buchen: „ ... des Weiteren baut der Bezirk eine Datenbank auf, um alle Informationen über illegale Unterkünfte zu sammeln, um zu verhindern, dass deren Betreiber durch fehlende Kenntnisse in der Verwaltung mit öffentlichen Mitteln reich werden." Der Bezirk Mitte fordert nun das Lageso auf, dubiose Betreiber zu überprüfen und keine überhöhten Rechnungen zu akzeptieren.

In Berlin-Pankow klagt der zuständige Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner (Grüne), nachdem eine zum Wucherpreis vermietete Asylantenwohnung bekannt wurde: „Insgesamt ist das Geschäft mit Flüchtlingen eine Lizenz zum Gelddrucken und erst recht, wenn nicht ordentlich kontrolliert wird und auch nicht kontrolliert werden kann."

Geschäftemacher kaufen ausrangierte Häuser und machen daraus Flüchtlingsheime. Auch die Händler und Vermieter von Wohncontainern, Bauzäunen und Großzelten können derzeit so lukrative Geschäfte machen wie lange nicht. Gemeinden und Bundesländer sehen sich gezwungen, fast jeden Preis zu zahlen. Das spricht sich in der Branche schnell herum. *Theo Maass*

MELDUNGEN

Hass auf Maria Gajdar

Odessa – Die russische Oppositionspolitikerin Maria Gajdar hat die ukrainische Staatsbürgerschaft angenommen. Politiker wie auch Mitglieder der Gesellschaftskammer in Moskau fordern nicht nur, dass sie ihre russische ablegen solle, sie wollen Gajdar auch wegen ihrer „separatistischen und extremistischen“ Äußerungen verurteilt sehen. Gajdar war vom Gouverneur von Odessa, dem ehemaligen georgischen Staatsoberhaupt Michail Saakaschwili, zu seiner Stellvertreterin ernannt worden. Hass schlägt der Tochter des Reformpolitikers Jegor Gajdar auch von ukrainischer Seite entgegen. Vor einem Jahr hatte sie noch die Ansicht des Oppositionellen Andrej Nawalnij geteilt: „Die Krim gehört de facto zu uns.“ *MRK*

Soros wird verbannt

Moskau/Swerdlowsk – Die amerikanische Stiftung „National Endowment for Democracy (NED) ist die erste, die in Russland als unerwünschte Organisation verboten wird. Auf der sogenannten „patriotischen Stopp-Liste“ steht neben neun weiteren unerwünschten Nichtregierungsorganisationen auch George Soros’ „Offene Gesellschaft“. Das allein reichte dem Bildungsministerium von Swerdlowsk aus, wissenschaftliche Geschichtsbücher, die vom Institut Offene Gesellschaft finanziert worden waren, aus allen Schulbibliotheken zu verbannen, darunter auch solche der britischen Historiker John Keegan und Anthony Beevor, weil sie „Stereotype“ verbreiteten, „die in der Zeit des Dritten Reiches“ gebildet worden seien. Diese Formulierung stammt aus einem Artikel der Zeitung „Iswestija“ über die Strukturen der Soros-Fonds. Russische Historiker kritisieren die Entfernung der Bücher als „faschistische Handlung“. *MRK*

Feindbild Deutschland

Frankreich: Hetze gegen den Nachbarn wegen dessen angeblicher Dominanz in Sachen »Euro-Rettung«

Die Verhandlungen zu einem dritten Geldpaket für Griechenland haben innerhalb der französischen Eliten zu einem erstaunlichen Nachspiel geführt. Die Stimmung gegenüber Deutschland ist so vergiftet, dass in der öffentlichen Diskussion Forderungen wie die nach einer Isolierung oder dem Rausschmiss der Deutschen aus dem Euro auftauchen.



Hat sich Angela Merkel nach Meinung seiner Kritiker nicht genug entgegengestellt: Staatspräsident François Hollande Bild: Getty

Wohl am weitesten vorgewagt hat sich in dieser Beziehung inzwischen der Kolumnist Luc Le Vaillant in der Tageszeitung „Libération“. Im Zusammenhang mit Überlegungen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu einer zeitweiligen Suspendierung Griechenlands aus der Euro-Zone stellte er die Frage, wie es mit einem Rauswurf der Deutschen wäre. Nicht weniger aggressiv wirkt die von Vaillant aufgeworfene Frage, ob man die Deutschen nicht, „tief im Wald ausgesetzt“, ganz allein stinkreich schmachten lassen sollte, um sie „allein mit ihrer geliebten Euro-Mark und ihren Konvergenzkriterien spielen zu lassen“.

Der Tonfall mag ungewöhnlich sein, doch eine gereizte Stimmung gegen Deutschland ist innerhalb der politischen Klasse Frankreichs momentan allgegenwärtig. In einem offenen Brief „an seine deutschen Freunde“ sprach etwa Dominique Strauss-Kahn, der ehemalige Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), von einem Diktat, das Griechenland auferlegt werde, und davon, dass damit ein „verheerendes Klima“ in einem vereinten Europa geschaffen werde. Der polarisierende Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der französischen Linkspartei Parti Gauche, spricht gar davon, dass zum dritten Mal in der Geschichte die Verbissenheit einer deutschen Regierung dabei sei, Europa zu zerstören.

Kritik sieht sich seit den Verhandlungen zu einem dritten Griechenland-Paket auch Präsident François Hollande ausgesetzt. Bis auf den „Grexit“, den Rauswurf Griechenlands aus dem Euro, habe Hollande alles geschluckt, was Berlin verlangt habe. Frankreich habe sich dem von Berlin organisierten „Staatsstreich“ in der Euro-Zone nicht wirklich entgegengestellt, so die Sichtweise, die vor allem im linken Spektrum Gehör findet.

Unbehagen an der Bedeutung, die Deutschland im Zuge der Euro-Krise zugefallen ist, ist parteiübergreifend allerdings schon länger zu beobachten. Als regelrechter Schock für die politische Klasse hat allerdings gewirkt, dass im Falle Griechenlands in Berlin erstmalig die Möglichkeit angedeutet wurde, die derzeitige Zusammensetzung der Euro-Zone sei keineswegs alternativlos. Weitgehend akzeptiert wurde vor diesem Hintergrund die Interpretation, die der ehemalige griechische Finanzminister Giannis Varoufakis im britischen „Guardian“ präsentiert hat: Deutschland habe einen „Grexit“ angedroht, um Frankreich zur Übernahme des deutschen Modells der Euro-Zone zu zwingen. Was in Paris für weitere Verunsicherung sorgt, hat der britische Wirtschaftsjournalist David Marsh

Forderung nach Rauswurf Deutschlands aus dem Euro

beschrieben: „Vom Baltikum bis zum ehemaligen Jugoslawien, haben sich kleine Euro-Staaten, die früher Teil des Ostblocks waren, zu Alliierten Deutschlands und zu unerschütterlichen Verfechtern währungspolitischer Orthodoxie gewandelt.“ Tatsächlich hat sich inzwischen mehrfach gezeigt, dass Hollande zwar oftmals in Rom und Madrid Rückendeckung für seine Positionen mobilisieren kann, nicht aber bei den kleinen Euro-Staaten Osteuropas.

Damit zeichnet sich ein ähnlich veritabler Fehlschlag ab, wie ihn Frankreich bereits nach dem Ersten Weltkrieg erlebt hat. Ein Cordon sanitaire sollte damals einen „Sicherheitsgürtel“ um Deutschland legen. Wie vom Historiker Sebastian Haffner treffend erkannt, hatte der mithilfe der Pariser Vorortverträge organisierte Flickenteppich von kleinen und mittelgroßen Staaten die Position Deutschlands in Mitteleuropa eher gestärkt und nicht geschwächt.

Zu befürchten ist, dass sich vor diesem Hintergrund der Ton in Richtung Berlin noch weiter verschärfen wird. So dürfte bei der bürgerlichen UMP und der Parti Socialiste gleichermaßen die Versuchung groß sein, gegen Marine Le Pen und ihren Front National notfalls auch mit chauvinistischer Rhetorik punkten zu wollen. Schon jetzt ist die Gefahr groß, dass bei der anti-deutschen Stimmung in Medien und Politik die Beziehungen nachhaltig vergiftet sind. Geht es nach George Friedman, dem Gründer der geopolitischen Denkfabrik Stratfor, dann könnten die aktuellen Spannungen zwischen Paris und Berlin womöglich nur ein kleiner Vorgeschmack auf künftige Konflikte sein. Bereits vor einiger Zeit wagte Friedman die Prognose, dass in den kommenden Jahrzehnten in Europa Machtkämpfe auch wieder militärisch ausgetragen werden, dass der Kontinent erneut zu einem Schauplatz eines großen Krieges wird. *Norman Hanert*

Neuanfang unter der Flamme

Italienische Rechte will an alte Erfolge anknüpfen

Die Geschichte der italienischen Rechten ist reich an Spaltungen und Neugründungen. Nun könnte bald ein weiteres Kapitel geschrieben werden. Der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Rom, Gianni Alemanno, möchte die Alleanza Nationale (AN), deren Parteisymbol die Flamme in den italienischen Nationalfarben war, neugründen. „Wir setzen da an, wo wir 1995 angefangen haben. Demokratisch, aber treu zu unseren Wurzeln“, sagt Alemanno und fügt hinzu: „Wir werden siegen.“ Am 3. Oktober möchte er die Partei offiziell ins Leben rufen. Die nationalkonservative Organisation war die einflussreichste Partei der Nachkriegsrechten, brachte es gar zwei Mal zu Regierungsbeteiligungen in einem Bündnis unter dem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Entstanden als Nachfolgeorganisation der neofaschistischen MSI, ging sie schließlich in Berlusconis Sammlungsbewegung auf. Zurück blieben mehrere Dutzend Abspaltungen und Neugründungsversuche sowie eine marginalisierte Rechte.

Mit den „Fratelli D’Italia“ (Brüder Italiens) sitzt nur noch eine kleine Rest-Gruppe im Parlament. Seit dem Auseinanderbrechen der letzten Mitte-Rechts-Koalition im Jahr 2011 suchen Bürgerliche, Konservative und Rechte nach Lösungsmöglichkeiten aus der Krise. Anfang des vergangenen Jahres sah es so aus, als könne Alemanno die zerstrittenen Provinz-Fürsten an einen Tisch bekommen. Unter der Sammlungsbewegung „Brüder Italiens – Nationale Allianz“ sollte bei der Europawahl der Durchbruch gelingen. Doch die Tinte unter den Einigungsverträgen war noch nicht trocken, da gab es schon wieder Ärger. Am Ende traten zwei Listen zur Wahl an,

AN-Parteigründer Gianni Alemanno gibt sich siegessicher

und beide scheiterten an der Drei-Prozent-Hürde.

Alemanno, als ehemaliger Bürgermeister Roms durchaus eine einflussreiche Person, hat sich mittlerweile die Namensrechte der Alleanza Nationale gesichert. Die neue Partei soll unter der Bezeichnung AN-MSI eingetragen werden und das alte Logo der Neofaschisten mit der dreifarbigen Flamme tragen: „Mit diesem Schritt wollen wir die Richtung hin zu einer geeinten und starken italienischen Rechten vorgeben“, sagte Alemanno. Doch seine Erfolgsaussichten sind unklar. Das Projekt „Fratelli D’Italia“ möchte die junge TV-Journalistin Giorgia Meloni nur ungern aufgeben und fragte öffentlich, „ob das, was Alemanno vorhat, so viel besser ist, als das, was wir schon haben“. Francesco Storace, ehemaliger Regionalpräsident, dem die AN irgendwann zu liberal wurde, hat ebenfalls wenig Interesse. Er wolle seine Formation „auf jeden Fall“ beibehalten und zur nächsten Wahl wieder im Bündnis mit Berlusconis Forza Italia antreten. Dies schließt auch Alemanno nicht unbedingt aus, verweist aber nicht zu Unrecht darauf, dass die Tage des „Cavalliere“ gezählt sein könnten: „Bei allem Respekt, Berlusconi ist ein älterer Herr. Niemand weiß, was aus seiner Partei wird, wenn er nicht mehr da sein wird.“

Zudem hoffen die Akteure im rechten Lager darauf, dass sich die linksnationale Protestbewegung „Fünf Sterne“ von Beppe Grillo selbst zerlegen wird. Diese liegt in Umfragen bei über 20 Prozent und punktet mit scharfer Kritik an der EU. Regieren will Grillo nicht, „weil der Staat ein Bastard“ sei. „Er wird sich erledigen“, meint Alemanno: „Die Wähler werden dann zu uns kommen.“ *P.E.*

Es geht ums Ganze

Wahlen in Katalonien entscheiden auch über Autonomie der Region

Artur Mas geht aufs Ganze. Für den 27. September hat der Regierungschef der spanischen Region Katalonien vorgezogene Wahlen angesetzt. Dabei sollen nicht nur die Abgeordneten des Regionalparlaments bestimmt werden, auch über eine Abspaltung Kataloniens von Spanien soll entschieden werden. „Wir wissen, dass diese Wahlen sich von anderen Wahlen von Grund auf unterscheiden“, sagte der dem bürgerlichen Lager angehörende Mas und fügte hinzu: „Wir können dafür sorgen, dass dieses Datum in unsere Geschichte eingeht.“

Katalonien ist eine der reichsten Regionen Spaniens, in ihr leben 7,5 Millionen Menschen und damit mehr als beispielsweise in Dänemark oder Finnland. Die Region mit der Hauptstadt Barcelona hat eine hoch entwickelte Wirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt lag im vergangenen Jahr bei rund 200 Milliarden Euro und war damit das höchste aller spanischen Regionen. Der Separatismus hat in Spanien eine lange Tradition, vor allem Teile der baskischen Bevölkerung kämpfen seit Jahrzehnten für eine Loslösung von Madrid. Doch eine Abspaltung des Baskenlandes hätte nicht die gleichen verheerenden Auswirkungen wie ein Ausscheren Kataloniens. Mit der Region bräche Spanien der wirtschaftliche Motor weg. Noch immer liegt die Arbeitslosenquote landesweit bei mehr als 20 Prozent, zuletzt gab es aber sanfte Anzeichen einer Entspannung. „Niemand wird Spanien auseinanderbrechen, in gar keinem Fall“, betonte daher auch der Ministerpräsident Mariano Rajoy von der konservativen Partido Popular. Von „plebiszitären Wahlen“ wolle er nichts wissen: „Die Wahl dient einzig und allein dem Zweck, ein

Madrid will von »plebiszitären Wahlen« nichts wissen

neues Regionalparlament zu wählen. Alles andere trägt ja fast schon Züge eines Staatsstreiches.“

Ob Mas die erforderliche Mehrheit von 68 Sitzen erreicht, ist derzeit unklar. Das Parteienbündnis für die Autonomie verfügt derzeit über 74 Abgeordnete, aber in der Frage der Unabhängigkeit ist ihm bereits ein langjähriger Koalitionspartner abhandengekommen. Die konservative Christliche Union verabschiedete sich vor einigen Wochen aus einem seit mehr als 30 Jahren bestehenden Bündnis christdemokratisch-liberaler katalanischer Parteien, das daraufhin für beendet erklärt wurde. Zudem treten mit der linken Partei Podemos (Wir können) und der zentristischen Ciudadanos (Bürger) erstmals zwei neue Parteien an, die sich eindeutig gegen eine Autonomie ausgesprochen haben.

Allerdings stoßen viele Argumente der Separatisten auf Zustimmung in der Bevölkerung, zudem haben sich prominente Musiker und Sportler wie Bayern München-Trainer Pep Guardiola auf ihre Seite geschlagen. Sie stören sich vor allem am „Umverteilungswahnsinn“, den sie als ungerecht empfinden. Die spanische Regierung lehnte im Vorjahr ein Vorhaben der katalonischen Verwaltung ab, in der Region eine eigene Steuerbehörde aufzubauen, obwohl es eine solche im Baskenland bereits gab. Nachdem er mit diesem Plan gescheitert war, verschärfte Mas den Tonfall deutlich. „Wenn das ‚Nein‘ gewinnt, müssen wir einen Schritt zurück machen und einsehen, dass Katalonien nicht reif genug ist, um diesen Prozess einzuleiten“, sagte Mas in der vergangenen Woche und kündigte an: „Wir werden dieses Ziel dann aber nur verschieben.“ *Peter Entinger.*

Gute Geschäfte mit dem Krieg

US-Firmen profitieren vom Kampf gegen den IS – Russlands Waffenexporte steigen trotz Sanktionen

Der Kampf gegen den Terror des Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak sichert amerikanischen Rüstungsfirmen Millionenaufträge. Doch auch Russland profitiert als Waffenexporteur.

Kriege und Antiterror-Einsätze im Mittleren Osten lassen die Nachfrage nach US-amerikanischen Waffen steigen. Saudische Piloten bekämpfen Islamisten im Jemen mit F-25-Jets von Boeing, die Arabischen Emirate beziehen F-16-Maschinen von Lockheed Martin, die Araber bestellen Drohnen bei General Atomics. Katar möchte seine Luftflotte mit F-15-Bombern von Boeing modernisieren. Die US-Waffenindustrie erwartet Großaufträge. Möglich wurden diese lukrativen Geschäfte durch eine Lockerung der Export-Regeln. Bislang wurden nur die Briten mit Drohnen beliefert. US-Präsident Barack Obama sorgte dafür, dass jetzt auch Geschäfte mit den arabischen Partnern erlaubt sind. Lockheed Martin hat mehrere tausend Bestellungen für Hellfire-Raketen erhalten, AM General beliefert den Irak mit 160 amerikanischen Humvees (geländegängige Vielzweckfahrzeuge), General Dynamics verkauft für Millionen Dollar Panzermunition.

Im Kampf gegen den IS unterhalten die USA eine ganze Beschäftigungsindustrie im Irak. Neben Soldaten sind Vertragsnehmer in allen Bereichen beschäftigt. Zahlreiche Privatfirmen, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden, versorgen das Militär vor Ort mit allem, was benötigt wird: Küchenpersonal, Mediziner, Feuerwehrleute, aber auch politische Berater, die nicht nur gegen den IS kämpfen, sondern bei wichtigen Entscheidungen im Verteidigungsministerium oder in Regierungsstellen helfen, sind im Einsatz.

Ein Unternehmen, das sich auf „schwierige Jobs" weltweit spezialisiert hat, ist SOS International (SOSi), eine familiengeführte Firma mit Sitz in New York, die nach eigenen Angaben „Spezialdienste im Interesse der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Sicherheit und Stabilität ihrer Verbündeten" garantiert. 2015 hat SOSi allein im Irak 400 Millionen US-Dollar verdient.

Seit den ersten Luftangriffen auf den IS im Irak sind dort 3500 US-Soldaten im Einsatz, die irakische Einheiten schulen und beraten. Laut US-Militär sind 6300 Auftragnehmer im Irak für die Unterstützung von US-Operationen beschäftigt. Das State Department sucht weiter Reinigungskräfte, Fahrer, Sprachkundige und Sicherheitsleute. „Diese Positionen sind sehr wichtig. Sie sind nicht nur Übersetzer", so Frank Helmick, ein Generalleutnant im Ruhestand, der zwischen 2003 und 2011 im Irak gedient hat und jetzt Vizepräsident für Missionslösungen der SOSi ist, „sie beraten auf den Ebenen, wo Entscheidungen getroffen werden."

In den USA selbst wird der Einsatz von diesen als Privatfirmen getarnten modernen Söldnern kontrovers gesehen. Die „Kommission für Kriegsverträge" vermutet, dass zwischen 31 und 60 Milliarden US-Dollar durch Betrug und Verschwendung im Irak und in Afghanistan verloren gegangen sind. Dazu kommen Skandale wie 2007

> Einsatz von »Auftragnehmern« in den USA umstritten

auf dem Nisour Platz in Bagdad, als Wachen, die für die Privatarmee "Blackwater" gearbeitet haben, 17 Zivilisten erschossen.

Seit 2003, als es die ersten Söldner im Irak gab, hat sich eine Konkurrenzsituation herausgebildet, weil es einen großen Pool erfahrener Kriegssöldner gibt, aber auch vieler Veteranen, die auf der Suche nach neuen Jobs sind. Das hat zu einem Preisverfall bei der Bezahlung geführt. Was sich laut Kritikern nicht geändert habe, sei die fehlende Transparenz. Nirgends sei verzeichnet, wer wo welche Tätigkeit ausübe. Mit einem baldigen Ende der lukrativen Geschäfte ist nicht zu rechnen: US Militärkommandeure haben von Anfang an gesagt, dass der Krieg gegen den IS ein langfristiger werden könnte. Auch wenn der Vertrag mit SOSi 2018 ausläuft, können sie und andere Firmen mit Folgeverträgen rechnen.

Im Kampf gegen den IS haben die USA nun auch die Türkei mit ins Boot geholt, von deren Luftwaffenstützpunkt Incirlik Türken und US-Amerikaner Luftangriffe auf Stellungen der Terrormiliz in Syrien ausführen. Auch Russland hatte angeboten, sich an der Bekämpfung des IS zu beteiligen. Doch nachdem Gespräche des russischen Außenministers Sergej Lawrow mit seinen Amtskollegen John Kerry und Saudi-Arabiens Adel al-Dschubeir in Riad erfolglos verliefen, will Moskau eine eigene Koalition aus syrischen und irakischen Kurden sowie Assads Armee bilden, wobei es sehr wahrscheinlich darauf hinauslaufen wird, dass Assad Moskaus einziger Partner sein wird.

Russland verdient – trotz Sanktionen – ebenso wie die USA an kriegerischen Konflikten. Trotz der Isolierung durch den Westen verzeichnen Russlands Waffenbauer ein Plus von 50 Prozent. Zum Teil geht dieser Zuwachs auf das Konto der Aufrüstung der eigenen Armee mit modernen Waffen, aber auch die Exporte ins Ausland wachsen beständig. Almas Antei, ein auf Luftabwehrsysteme spezialisiertes Unternehmen, steigerte 2014 seinen Umsatz um mehr als zehn Prozent. Russian Helicopters verzeichnete ein Plus von 16,3 Prozent. Tactical Missile Cooperation konnte sogar mit einer Umsatzsteigerung von 48,6 Prozent aufwarten. Der Konzern stellt Raketen für Russlands Luftwaffe her. Sieben russische Firmen zählen zu den Top-100-Waffenherstellern der Welt. Der Export brummt. Russland ist nach den USA der zweitgrößte Rüstungsexporteur weltweit. Zu seinen wichtigsten Abnehmern gehören Indien, der Irak, China und Vietnam. *M. Rosenthal-Kappi*

(siehe auch Seite 8)



In der Nähe von Ramadi, Irak: US-Soldaten patrouillieren mit neuen Panzern und einem bewaffneten Humvee Bild: pa

MELDUNGEN

Gefragtes Nordschleswig

Kopenhagen – Steigende Immobilienpreise in Schleswig-Holstein motivieren insbesondere Bewohner der Region Flensburg immer öfter zu einem Hauskauf im zu Dänemark gehörenden Nordschleswig. Nach Angaben dänischer Makler sind bis zu 25 Prozent der in diesem Jahr verkauften Immobilen in Grenznähe in deutsche Hände übergegangen. Als Triebkraft der Entwicklung wird neben den günstigen Immobilienpreisen in Dänemark auch der deutliche Anstieg der Grunderwerbssteuern in Schleswig-Holstein genannt. Mit 6,5 Prozent nimmt das nördlichste Bundesland mittlerweile eine Spitzenstellung ein. *N.H.*

Zypern macht Überschuss

Nicosia – Zypern erwirtschaftet wieder einen Haushaltsüberschuss. Bei den bisherigen Anpassungsprogrammen hat sich der staatliche Saldo von minus 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2013 um 4,4 Prozentpunkte erhöht, so dass im Jahr 2014 ein Überschuss von 2,6 Prozent realisiert werden konnte. Im gleichen Zeitraum stiegen die staatlichen Einnahmen um 36,5 Prozent des BIP auf 40,3 Prozent. Die Staatsausgaben verringerten sich um 0,6 Prozentpunkte. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.062.427.430.237 €
Vorwoche: 2.062.328.990.982 €

Verschuldung pro Kopf:
25.437 €
Vorwoche: 25.436 €

(Dienstag, 11. August 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Erfolgsgeschichte auf Pump

Ungesundes Wirtschaftswachstum lässt Kreditblase in China platzen

Drastische Kursverluste an Chinas Börsen haben weltweit die Sorge hervorgerufen, dass die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt in eine tiefe Wirtschaftskrise abgleiten könnte. Zumindest nach den offiziellen chinesische Zahlen scheinen sich die Schäden des Börsenkrachs bislang allerdings in Grenzen zu halten. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von 1,3 Milliarden ist der Anteil derjenigen gering, die Verluste zu tragen hatten. Die Rede ist von den 30 Millionen Chinesen, die in den letzten Monaten mit Aktien spekuliert hatten. Zwar ist mittlerweile auch die Wirtschaft Chinas ins Stocken geraten und schwächelt der Exporte, der schon seit Jahren immer wieder befürchtete Totalabsturz ist aber zumindest bislang ausgeblieben.

Das Platzen der Aktienblase kann dennoch als Zeichen dafür gewertet werden, dass im Reich der Mitte grundsätzlich etwas im Argen liegt. Zusammengebraut hat sich ein Mix, der früher oder später mit ziemlicher Sicherheit eine toxische Wirkung entfalten muss. Bereits seit der Jahrtausendwende ist ein Berg von Schulden aufgetürmt worden, der zu wirtschaftlichen Überkapazitäten und Spekulationsblasen auf dem Aktien- und Immobilienmarkt geführt hat. So sind nach Zahlen, die der Finanzmarktanalyst David Stockman unlängst vorgelegt hat, seit der Jahrtausendwende die Gesamtschulden der USA – also die von Staat, Unternehmen und Privathaushalten – im Schnitt um sieben Prozent jährlich angestiegen. Chinas Schuldenberg ist dagegen im gleichen Zeitraum um den Faktor 25 angewachsen.

Anteil daran haben Geschäftspraktiken, für die der chinesische Baumaschinenhersteller Zoomlion als Beispiel stehen kann: Wie das Wirtschaftsmagazin „Business-Insider" bereits im Jahr 2012 berichtete, wurden Geschäftskunden von Zoomlion, die sich eigentlich nur für ein oder zwei Betonmischfahrzeuge interessierten, gelegentlich schon mal zum Kauf von zehn Fahrzeugen überredet. Zoomlion stellte dabei ein günstiges Finanzierungspaket zur Verfügung. Die per Kredit erworbenen Fahrzeuge konnten vom Käufer anschließend anderweitig wieder als Sicherheit für neue Kredite verwendet werden. Solche Geschäftsmethoden haben in den letzten Jahren nicht nur chinesischen Unternehmen zu imposanten Absatzzahlen verholfen, sondern auch ein riesiges Schneeballsystem befeuert, bei dem Kredit immer neuen Kredit nährte. Analyst Stockman hält die in China entstandene Kredit- und Spekulationsblase mittlerweile für die größte Fehlinvestition ökonomischer Ressourcen aller Zeiten. Abzuwarten bleibt, ob es Chinas Staatsführung noch gelingt, ein abruptes Abbrechen des in Gang gesetzten finanziellen "Kettenbriefes" noch weiter aufzuschieben.

> Alarmsignal: Reiche schaffen ihr Kapital außer Landes

Trotz hoher Währungsreserven sind die Herausforderungen groß. Notwendig ist eine grundlegende Umstrukturierung verschuldeter Staatsbetriebe wie der Umbau ganzer Branchen. Die kommunistische Partei plant jetzt, das Wirtschaftsmodell Chinas von einem starken exportgetriebenen Wachstum auf eine ruhigere, stärker binnenorientierte Wirtschaft umzustellen. Viele wohlhabende Chinesen scheinen allerdings skeptisch zu sein, was die wirtschaftlichen Aussichten ihres Landes angeht. Denn parallel zum Kurssturz an Chinas Börsen ist der Abfluss von Kapital aus dem Land massiv angestiegen. *N.H.*

Aufsteiger Vietnam

Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit der EU laufen

Bei dem Versuch, China Konkurrenz zu machen, könnte ein Freihandelsvertrag mit der EU für Vietnam den großen Durchbruch bringen. Wie die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström kürzlich mitteilte, haben sich Brüssel und Hanoi inzwischen in grundsätzlichen Fragen zum Thema Freihandel geeinigt. So will Vietnam nach einer Übergangszeit von zehn Jahren auf 99 Prozent der Einfuhren aus der EU keine Zölle mehr erheben. Die EU will bereits innerhalb von sieben Jahren auf Einfuhrzölle verzichten.

Für den Erfolg der Verhandlungen hat Vietnam den Europäern einige Zugeständnisse machen müssen. So etwa beim schwierigen Thema Textilien, bei dem die vietnamesische Seite zugesagt hat, für Exportware in die EU künftig keine chinesischen Stoffe mehr zu verarbeiten. Zumindest bislang greift die vietnamesische Textilindustrie noch oft auf billige chinesische Materialien zurück. Die nun gefundene Lösung soll verhindern, dass billige chinesische Stoffe über den Umweg Vietnam zollfrei in die EU kanalisiert werden.

Bemerkbar machen könnte sich das EU-Freihandelsabkommen mit Vietnam für die chinesische Wirtschaft noch auf anderen Gebieten. Angesichts gestiegener Löhne haben in den letzten Jahren bereits einige große Hersteller ihre Produktion in China zurückgefahren und stattdessen Werke in Vietnam errichtet. So verlagert der südkoreanische Elektronikkonzern Samsung zunehmend seine Produktion



Wolkenkratzer in Hanoi Bild: Archiv

von China nach Vietnam und investiert über acht Milliarden Dollar in vier neue Fabriken in der Nähe von Hanoi. Folge dieser Entwicklung ist, dass der koreanische Konzern mittlerweile die Hälfte seiner Smartphones in Vietnam herstellt. Eine weitere Investition von drei Milliarden Dollar in eine zweite vietnamesische Smartphone-Fabrik soll es Samsung ermöglichen, seine Produktion in China weiter zu reduzieren. Vietnam ist damit auf dem besten Weg, der größte Smartphone-Produzent der Welt zu werden.

Auch bei Textilien gehört das Land mittlerweile zu den größten Produzenten. So ist etwa für den Sportartikelhersteller Puma Vietnam bereits der größte Beschaffungsmarkt. Dafür, dass Vietnam vor allem als Elektronik-Werkbank bei vielen Firmen immer beliebter wird, gibt es gute Gründe. Das Bildungsniveau der Vietnamesen gilt als hoch, dazu kommen extrem konkurrenzfähige Löhne. So liegt einer Untersuchung zufolge der Durchschnittslohn in Vietnam lediglich bei 112 Dollar – in China ist der Wert mittlerweile auf 264 Dollar angestiegen.

Erschwerend kommt für China hinzu, dass infolge der Ein-Kind-Politik die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 15 und 59 Jahren bereits seit 2012 abnimmt. Allerdings hat auch Vietnam mit Mankos zu kämpfen. So gilt als große Herausforderung für einen weiteren Aufstieg des Landes die bislang mangelnde Produktivität. Wie die Unternehmensberatung McKinsey ermittelt hat, produzierte ein chinesischer Arbeiter im Jahr 2012 etwa 15 Mal so viel wie ein vietnamesischer. *N.H.*

Auf Patrouille

Von Frank Horns

Endlich Feierabend! Jetzt locken die Lieblingssportart, ein Konzertbesuch, ein Stadtbummel oder auch nur ein paar gemütliche Stunden vor den Fernseher.

Immer mehr Deutsche verbringen ihre Freizeit allerdings ganz anders: Auf Verbrecherjagd. Um sich gegen die zunehmende Kriminalität zu schützen, werden vielerorts Bürgerwehren und Nachbarschaftswachen gegründet (Seite 3). Eine erschreckende Entwicklung. Der Staat ist auf dem Rückzug und lässt den Bürger bei der Gefahrenabwehr allein. Seine Gegenmaßnahmen in puncto Verbrechensbekämpfung: Verschweigen, verschleiern, kleinreden. Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf. Auch viele Medien beteiligen sich. Flugs werden die Bürgerwehr-Akteure als Law-And-Order-fixierte rechtslastige Spießer diffamiert. Dabei treibt allein der Leidensdruck die meisten Menschen dazu, des Nachts durch menschenleere Straßen zu patroullieren und dabei hinter jeder Ecke mit einer höchst unerfreulichen Begegnung rechnen zu müssen.

Wer mit diesen Menschen unterwegs ist, sieht auch trotz nächtlicher Dunkelheit ziemlich klar, dass einiges in Deutschland mächtig falsch läuft.

Die Moral stirbt zuerst

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Laut Bericht von Human Rights Watch für 2015 ist die Herausbildung der Terrororganisation Islamischer Staat das Ergebnis der Politik der USA, Syriens und des Irak sowie der Gleichgültigkeit der Weltgemeinschaft. Die Menschenrechtsorganisation sieht den Aufschwung der extremistischen Gruppierung als eine der globalen Herausforderungen, die aber die Regierungen dazu veranlassten, den Menschenrechten nur noch eine zweitrangige Rolle beizumessen.

Tatsächlich haben das Eingreifen der USA in Afghanistan, der Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein sowie die Zerstörungen durch jahrelangen Krieg im Mittleren Osten zu einem Machtvakuum geführt, dass ein Vordringen ein Leichtes für die IS-Terrormilizen war.

Doch mit Drohnen- und Luftangriffen allein sind diese nicht in den Griff zu bekommen. Bodentruppen werden die USA und ihre Verbündeten aber nicht einsetzen wollen. Das scheint ihnen auch gar nicht wünschenswert zu sein, denn solange der Krieg anhält, verdienen die großen Rüstungskonzerne gutes Geld. Ob Westen oder Osten – die Waffenhersteller zeigen keine Skrupel, wenn es um ihre Gewinne geht. Die Moral stirbt im Krieg bekanntlich zuerst.

> Kriegsgewinnler sind große Rüstungs- und Waffenhersteller

Firmen wie Lockheed Martin, Boeing und AM General, deren Umsätze zuvor zurückgingen, freuen sich über Millionenaufträge. Weitere Aufträge sind ihnen sicher, solange die US-Streitkräfte mit ihren Verbündeten Saudi-Arabien und Katar weiter kämpfen. Das Interesse amerikanischer Firmen, aber auch ihrer Partner, den Krieg bald zu beenden, dürfte eher gering sein.

Die Bevölkerung in Syrien und im Irak leidet unterdessen weiter unter Krieg und Zerstörung. Rüstungsfirmen berührt das nicht. Konkret werden US-Amerikaner ja auch nicht mit den Folgen, die ihr Krieg im Irak mit sich bringt, konfrontiert. Kämen, wie damals in Vietnam, in großer Zahl Amerikaner zu Schaden, dürften die Proteste gegen die Irak- und Syrienpolitik der Regierung Obama groß sein.

Dass Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, deren Trinkwasser verseucht wird und deren Häuser zerstört sind, flüchten, ist allzu verständlich. Doch um die abertausenden Flüchtlinge kümmern sich nicht die Verursacher, sondern diejenigen, bei denen sie sich in Sicherheit wägen: die Länder Europas, vor allem Deutschland. Zurzeit fluten Flüchtlingsströme deutsche Städte und Kommunen, die Behörden sind mit deren Unterbringung und Versorgung überfordert. Der Unmut der Bevölkerung wächst angesichts der ungerechten Verteilung der Asylbewerber innerhalb der EU. Verlierer im Kampf gegen den IS werden so neben der Zivilbevölkerung im Nahen und Mittleren Osten auch die Europäer sein: Sie dürfen die Suppe auslöffeln, die andere ihnen eingebrockt haben.



Mal von US-Luftangriffen getroffen, mal von syrischen Regierungstruppen unter Beschuss genommen: Zivilisten in der Stadt Ihsim in Idlib stehen vor den Trümmern ihrer Häuser

Bild: Getty

Kunst-Orkan

Von Harald Tews

Kulturstaatsministerin Monika Grütters erlebt in diesen Tagen einen PR-Gau. Ihr neues Kulturgutschutzgesetz, das Ex- und Import von Kunstwerken regelt, fliegt ihr voll um die Ohren. Erst zieht der Künstler Georg Baselitz seine Dauerleihgaben aus Museen ab (Seite 9), dann droht der Mäzen Hasso Plattner seine umfangreiche Kunstsammlung rechtzeitig außer Landes zu schaffen, bevor das Gesetz 2016 in Kraft tritt (Seite 5). Schuld an dem Debakel der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien ist, dass sie ihr Gesetzesvorhaben der deutschen Kunstwelt vors Gesicht geschleudert hat, ohne auf Befindlichkeiten zu achten.

Einfach den Hinweis zu geben, gängiges EU-Recht nun auch in Deutschland einzuführen, kann erhitzte Gemüter kaum beschwichtigen. Seit das Gesetz in Italien gilt, ist dort der Kunsthandel zusammengebrochen. Sammler bringen dort Werke, die die kurz davor stehen, 50 Jahre alt zu werden und somit unter die Exportgenehmigungspflicht zu fallen, rasch außer Landes. Ein solcher Ausverkauf der Kunst droht nun auch bei uns, weil Grütters ihr Gesetz miserabel nach außen kommuniziert hat.

Dagegen dürfte sich an der gängigen Praxis wenig ändern. Bislang wurde in über 90 Prozent genehmigungspflichtiger Fälle der Export erlaubt. Aus dem Kanzleramt ist zu hören, dass sich an dieser Praxis wenig ändern werde. Aber wenn eine Panikreaktion erst einmal eingesetzt hat, ist es schwer, mit Beschwichtigungen für Ruhe zu sorgen. Grütters kann nur hoffen, dass es bei einem Sturm im Wasserglas bleibt und sie nicht von einem von empörten Millionären entfachten Orkan hinweggefegt wird.

Frei gedacht



Die Gefahren der letzten Tage

Von Eva Herman

Was ist mit unserem Land los? Warum bricht alle Ordnung weg? Wieso verstehen unsere Politiker nicht mehr, was das Volk will, diffamieren die Menschen gar wüst, wenn sie die Stimme zum eigenen Schutz zu erheben beginnen? Wieso lässt man jetzt verschiedene Völkergruppen aufeinander los, wohlwissend, dass sie sich die Köpfe einschlagen werden? Und weshalb gebietet niemand Einhalt, indem er gangbare Lösungen vorschlägt, die es doch durchaus gibt? Warum darf Deutschlands größte Presseagentur dpa neue Sprachregeln einführen, uns umerziehen? Bevor wir die aktuellen Ereignisse betrachten, die unser Land derzeit in ein Horrorszenario verwandeln, möchte ich mit einem Bibelzitat beginnen, welches eventuell sogar für Ungläubige interessant sein könnte. Die Aussagen stammen vom Apostel Paulus, dem berühmten Missionar des Christentums. In seinen Briefen an die Thessaloniker ermahnt er die Nachwelt, sich der Gefahren der letzten Tage bewusst zu werden, um geistige Vorsorge für einen jeden selbst zu treffen. Hiermit meint Paulus jene Zeit, in welcher die Welt den Messias erwarte, der die Menschheit ins Jüngste Gericht führe. Zahlreiche Religionen, darunter viele Gruppierungen der Christen, Moslems und Juden, erhoffen sich gerade heutzutage, angesichts des wachsenden Zusammenbruchs unserer weltlichen Strukturen, genau diesen Retter in finaler Kürze. Im 2. Brief an die Thessaloniker beschrieb Paulus, dass in den letzten Tagen eine Art Begriffsverwirrung stattfinde, die die Zustände vom Obersten nach unten, vom Untersten nach oben, kehrten: „Denn das Geheimnis der Gesetzlosigkeit ist schon wirksam. Dann wird der Gesetzlose erkennbar werden. Der Böse wird kommen, um mit mächtigen Taten und verlogenen Zeichen und Wundern das Werk des Satans zu tun (...) . Deshalb wird Gott eine große Blindheit über die Menschen kommen lassen und sie werden alle Lügen glauben.“

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Ja, viele Menschen erscheinen zunehmend wie blind, wie starr an Geist und Verstand. Man kommt nicht mehr vorbei an den unsinnigsten Aussagen herrschender der Politiker und Offizieller, die mit nassforscher politischer Korrektheit unsere Welt auf den Kopf stellen und uns eine Zukunft prophezeien, bei der es einem heiß und kalt werden kann: Bis 2030 erwartet die Bundesregierung zwischen 450000 und 800000 offiziell! gemeldeter „Migranten“ jährlich. Die inoffiziellen kommen noch dazu.

Als vor gut zwei Wochen der grüne baden-württembergische Ministerpräsident Wilfried Kretschmann neue Maßnahmen vom sogenannten Flüchtlingsgipfels bekannt gab, konnte man sehen: Der Mann war um Jahre gealtert, seine Stimme zitterte, der Blick fuhr unruhig hin und her. Seine Aussage lautete: „Angesichts der stark steigenden Flüchtlingszahlen müssen wir an Tempo zulegen, die Verfahren beschleunigen und die Aufnahmekapazitäten ausbauen.“ Irgendwie wurde man beim Zusehen das Gefühl nicht los, dass Kretschmann einen kleinen, wilden Mann im Genick sitzen hatte, der ihn antrieb, den Flüchtlingsstrom noch mehr und noch mehr anzukurbeln: Zur „Entlastung der derzeit dramatisch überfüllten Landeserstaufnahmeeinrichtungen“ wolle man „schnell weitere Erstanlaufstellen“ einrichten. Innerhalb eines Jahres solle so die Zahl verfügbarer Plätze mehr als verdoppelt werden. Kretschmann stammelte von „Entscheidungsprozessen“, von „Lenkungsgruppen“, immer wieder von „drastisch veränderten Zuständen“.

Jeder Drittklässler kann sich ausrechnen, dass dies alles niemals gutgehen kann, bei aller Hilfsbereitschaft. Und jeder nur mittelmäßig begabte Mensch kommt schnell auf die Idee, dass man nun alles Erdenkliche tun muss, damit die Flüchtlinge künftig in ihrem eigenen Land bleiben, um dort unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu können. Zum Beispiel, indem UN-Soldaten ihre Heimat sichern. Denn wir im Westen haben auch dabei mitgeholfen, dass Syrien, Libyen, andere afrikanische Länder, der Irak, Jugoslawien, von der Nato kaputtgebombt, und damit unbewohnbar gemacht wurden. Teilweise sogar ohne Mandat, wie Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder kürzlich bei einem „Zeit“-Interview zugab und sich für seine „Ehrlichkeit“ feiern ließ, anstatt dass etwa der Staatsanwalt stramm eingeschritten wäre. Ja, das ist die Wahrheit: Wir alle haben diesem Schlachten stillschweigend zugestimmt, oder sogar im Brustton der Überzeugung, weil uns Politiker und Massenmedien weismachen durften, wie gefährlich es für die Welt sei, nicht zu bomben. Die vielen als Kollateralschäden getöteten Menschen wurden dabei billigend in Kauf genommen. Nun flüchten die Davongekommenen in sicherere Häfen nach Europa, weil ihnen kaum etwas anderes übrig bleibt. Und sie werden von uns in Lagern konzentriert. Ist das die Gastfreundschaft, von der unsere Politiker immer faseln? Oder passt dies der westlichen Wertegemeinschaft am Ende alles perfekt in den Kram, all die Unruhen in den Internierungslagern bei uns, die Zerstörung ferner Heimatländer ebenso?

Es dürfte klar sein, dass Europa nicht leisten kann, was man uns heute weiszumachen sucht: Dass man nun zusammenrücken, Platz machen muss, dass Turnhallen und Kindergärten, Altenheime und Krankenhäuser umfunktioniert werden müssen, um die Massen an Fremden aufzunehmen. Alles ächzt und stöhnt, in manchen Gegenden ufern die Zustände täglich mehr aus, die aufgeheizte Stimmung, sowohl in den Lagern als auch bei den europäischen „Gastgebern“, eskaliert regelmäßig. Flüchtlinge als „Migrationswaffe“ gegen Einheimische? Das alles nur des globalen Machtmammons wegen?

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Das liegt leider nahe. Die Politikdarsteller, einst vom Volk gewählt, verunglimpfen unterdessen sorgende Bürger als „fremdenfeindlich“, als „Nazis“. Sie instruieren die Nachrichtenagentur dpa, die wachsende Anzahl der Asylpolitik-Kritiker zu Rassisten zu ernennen, damit ihr eigenes, menschenunwürdiges Handeln so lange wie möglich unerkannt bleibt. Sie mobilisieren auch sogenannte Prominente als Überredungskünstler für ihre Sache. Manch ein bislang beliebter Schauspieler diffamiert seine sorgenden Fans nun als „ewig Gestrige, die sich mit ihren dumpfen Parolen gegen Flüchtlinge wenden“. Oder als Rassisten! Die Schuldzuweisung wird zum öffentlich-rechtlichen Status erhoben. Wehe künftig jedem sorgenden Politik-Kritiker, als Nazi! Nazi! Nazi! wird er fortan durchs Land gejagt. Erzogen zum Selbsthass, zum Schuldigsein.

In Österreich beginnt man nun, Versammlungsverbote auszusprechen, damit die Bürger nicht mehr gemeinsam gegen den Wahnsinn protestieren dürfen. Auch kündigt Wien „Zwangseinquartierungen“ an. Niedersachsens Innenminister will Gesetze, die die weitere Flutung des Landes mit kultur- und wertefremden Menschen behindern, einfach aussetzen. Deutsche Landespolitiker raunen ebenfalls von Zwangsmaßnahmen. Das alles, liebe Leut, ist erst der Anfang. Unterdessen nehmen die Übergriffe auf die Zuwanderer zu, während die Übergriffe der „Migranten“ auf die hier noch Einheimischen ebenfalls täglich mehr werden.

Paulus sagte auch: „Außerdem sollst Du wissen, dass in den letzten Tagen der Welt schwere Zeiten kommen werden. Denn die Menschen werden nur sich selbst und ihr Geld lieben. Nichts wird ihnen heilig sein. Von solchen halte Dich fern.“

In den Himmel gewachsen

1200 Jahre Hildesheim – Die niedersächsische Stadt feiert sich mit einer Flut an Ausstellungen

Der Gründungslegende nach verdankt Hildesheim seine Entstehung vor 1200 Jahren der Vergesslichkeit eines Geistlichen. Dafür haben die heutigen Bewohner ein umso besseres Gedächtnis, wie ein Ausstellungsreigen zum Jubiläumsjahr beweist.

Im Jahr 815 hatte ein Kaplan von Kaiser Ludwig dem Frommen ein Behältnis mit Reliquien Christi und der Gottesmutter Maria in einen Baum gehängt und die Heilige Messe gefeiert. Anschließend zog er mit dem Kaiser weiter. Als ihm auffiel, dass er das Reliquiar vergessen hatte, kehrte er eilends zurück. Doch der Reliquienbehälter ließ sich nicht mehr vom Baum nehmen. Ludwig der Fromme wertete das als göttliches Zeichen, um genau an dieser Stelle eine Marienkapelle zu errichten. Die wurde bald zum Dom ausgebaut, dem Zentrum des neu gegründeten Bistums Hildesheim.

Ihr Gründungsjubiläum feiert die Stadt mit Sonderausstellungen und einem ausgeschilderten Rundgang zu geschichtsträchtigen Orten, während das Bistum das Dommuseum und den Mariendom frisch herausgeputzt hat. Das Gotteshaus wurde einer grundlegenden Sanierung und Neuordnung der Ausstattung unterzogen. Der Dom strahlt nun im Inneren außerordentlich hell. Er wirkt modern und hebt zugleich durch die Ausstattung mit einer weltweit einzigartigen Häufung exquisiter romanischer Sakralkunst sein hohes Alter hervor.

Vor 1000 Jahren gab Bischof Bernward die beiden Türflügel des westlichen Eingangs in Auftrag. Sie sind die ältesten Bronzetüren des Mittelalters, die mit Figuren geschmückt sind. Ihre 16 Relieffelder zeigen das biblische Heilsgeschehen von der Erschaffung des Menschen bis zur Erscheinung des Auferstandenen vor Maria von Magdala. Von atemberaubender Pracht ist der anno 1061 von Bischof Hezilo gestiftete Radleuchter aus vergoldetem Kupfer. Er hat einen Durchmesser von sechs Metern und versinnbildlicht mit seinen Stadtmauern, Türmen und Toren das himmlische Jerusalem.

Der vor der Apsis des Doms in den Himmel wachsende Tausendjährige Rosenstock ist das Wahrzeichen von Bistum und Stadt. Der Wildrosenstrauch bringt es auf das Alter von etwa 700 Jahren. Bereits im späten Mittelalter kam die Mär auf, er sei 1000 Jahre alt. Seit dieser Zeit wird er als der „Baum“ der Gründungslegende angesehen. Beim Bombenangriff am 22. März 1945 auf Hildesheims Altstadt verbrannte der Rosenstock. Es kam einem Wunder gleich, dass acht Wochen danach aus dessen bei der Domzerstörung verschütteten Wurzeln 25 Triebe hervorsprossen. Die Hildesheimer sahen es als Zeichen an, dass auch ihre Stadt wieder aufblühen werde.

Über den doppelgeschossigen Kreuzgang gelangt man in das Dommuseum. Es präsentiert sakrale Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hauptattraktion ist der Domschatz, der wie der Dom und die Michaeliskirche zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Viele Prunkstücke lassen sich mit Hildesheims heiligen Bischöfen Bernward (um 960–1022) und Godehard (960–1038) in Verbindung bringen. Weithin sichtbarer Blickfang ist das von Bernward gestiftete Holzkruzifix aus dem Kloster Ringelheim. Der lebensgroße Gekreuzigte gehört zu den ältesten erhaltenen monumentalen Bildwerken des Mittelalters. Auch die „Große Goldene Madonna“, eine der ältesten vollplastischen Mariendarstellungen, wurde wahrscheinlich von Bernward finanziert.

Bild: Thiede

Hoch hinaus gewachsen: Tausendjähriger Rosenstock am Dom

Eine prominente Rolle spielen Bernward und Godehard auch in der vom Roemer- und Pelizaeus-Museum präsentierten Schau „Hildesheim im Mittelalter – Die Wurzeln der Rose“. Neue archäologische Funde, die in den letzten Jahren durch die Domsanierung möglich wurden, und andere Raritäten veranschaulichen Hildesheims herausragende Rolle als kirchliches und weltliches Zentrum im mittelalterlichen Norddeutschland. Sie sind 15 Stationen zugeordnet. Diese beziehen sich auf historisch bedeutsame Orte der Hildesheimer Stadtentwicklung. Zu den Kostbarkeiten gehört ein zwischen 1662 und 1673 angefertigtes Holzmodell der von Bernward gestifteten Michaeliskirche, deren Zustand sich seit dem 11. Jahrhundert kaum verändert hatte.

Die 15 Stationen der Schau im Roemer- und Pelizaeus-Museum finden sich als Bezugspunkte in der Sonderausstellung „Stadt in Licht und Schatten. Historische Blicke auf Hildesheim“ wieder. Zu sehen ist sie im Stadtmuseum im Knochenhauer-Amtshaus. Das originale Fachwerkhaus war beim Bombenangriff im Zweiten Weltkrieg untergegangen. Es wurde mit seinen prachtvollen, farbig gefassten Fachwerkschnitzereien rekonstruiert. Und wenn auch die Hildesheimer weit mehr als die Bewohner anderer Städte bis heute über die kriegsbedingten Verluste historischer Bausubstanz klagen, finden sich dennoch etliche altehrwürdige Bauwerke in

Schöner Rundgang im Unesco-Weltkulturerbe

der einst als „Nürnberg des Nordens“ gerühmten Stadt.

Auf einem Rundgang durch Hildesheim kann man die 15 historischen Stationen der beiden Sonderausstellungen in ihrem heutigen Erscheinungsbild begutachten. Mit erläuternden Texten versehene rote Stelen machen sie kenntlich. Zu ihnen gehören das Knochenhauer-Amtshaus sowie die Welterbestätten Dom und Michaeliskirche. Letztere ist eine der seltenen Simultankirchen: Die Hauptkirche ist evangelisch, die Krypta katholisch. In ihr befindet sich der leere Sarkophag Bernwards. Sein mit Engeln zwischen Feuerflammen geschmückter Deckel ist für das 11. Jahrhundert einzigartig. Unbedingt besuchen sollte man zwei Gotteshäuser, die zu Unrecht im Schatten der Welterbestätten stehen: die Godehardi-Kirche, die den Zweiten Weltkrieg bis auf die eingestürzte nördliche Seitenschiffswand unversehrt überstand, und die gänzlich verschont gebliebene Mauritiuskirche. St.-Godehardi, ab 1133 zu Ehren Bischof Godehards erbaut, ist eine der am besten erhaltenen romanischen Kirchen hierzulande. Und die Mauritiuskirche mit dem Grab des 1079 gestorbenen Bischofs Hezilo besitzt einen faszinierenden Kreuzgang, in dem man meint, die Zeit sei seit dem 11. Jahrhundert stehen geblieben.

Veit-Mario Thiede

Dommuseum Hildesheim, Domhof: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Telefon (05121) 307770, Internet: www.dommuseum-hildesheim.de. Der Auswahlkatalog (Verlag Schnell und Steiner) kostet 24,95 Euro. Dom und Tausendjähriger Rosenstock sind erreichbar über das Domfoyer, täglich 10 bis 18 Uhr. „Hildesheim im Mittelalter – Die Wurzeln der Rose“: Bis 4. Oktober im Roemer- und Pelizaeus-Museum, Am Steine 1–2. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Telefon (05121) 936920, Internet: www.hildesheim-im-mittelalter.de. Das Begleitbuch (Gerstenberg-Verlag) kostet 24,95 Euro. „Stadt in Licht und Schatten. Historische Blicke auf Hildesheim“, bis 4. Oktober im Stadtmuseum im Knochenhauer-Amtshaus, Markt 7. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Telefon (05121) 2993685, Internet: www.stadtmuseum-hildesheim.de. Kombiticket für alle drei Museen: 15 Euro. Zu den 15 „RosenOrten“ im Stadtgebiet gibt es ein Faltblatt mit Stadtplan.

Es bleibt im Land!

Streit um neues Gesetz, das nationale Kulturgüter schützen will

Die Münchener Pinakothek, das Dresdner Albertinum und die Kunstsammlungen Chemnitz sind um einige Werke moderner Kunst ärmer. Der Künstler Georg Baselitz ließ sich die Gemälde und Skulpturen zurückschicken, die er dort als Dauerleihgabe aus seinem Privatbesitz ausgestellt hatte.

Es war – wie sollte es bei einem politisch engagierten Künstler anders sein – eine Protestaktion. Sie richtete sich nicht gegen die Museen, sondern gegen die Bundesregierung, genauer gegen Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und ihr geplantes Kulturgutschutzgesetz. Baselitz befürchtete, enteignet zu werden, wenn seine Werke als deutsches Kulturgut deklariert werden und er dann nicht mehr frei über sie verfügen, sprich: sie einmal teuer international verkaufen kann.

Mit seiner Aktion entfachte er eine mediale Aufmerksamkeit über ein Gesetzesvorhaben, welches das seit 1955 bestehende Kulturgutschutzgesetz ersetzen soll. Nach bisherigem Recht legt ein fünfköpfiges Sachverständigengremium fest, was als nationales Kulturgut eingestuft werden kann und welche Kunstwerke, bibliophile Handschriften oder andere Archivalien aus privatem, kirchlichem oder öffentlichem Besitz ins Nicht-EU-Ausland ausgeführt werden dürfen.

Auf einer Liste von Kulturgütern, die vor einer Abwanderung aus Deutschland geschützt werden, stehen gegenwärtig gerade einmal 2700 Werke. Dass diese Liste recht willkürlich zusammengesetzt ist, sieht man daran, dass Kunst aus dem 20. Jahrhundert kaum vertreten ist. Ein paar Gemälde von Emil Nolde und Wassily Kandinsky – das war es dann auch schon. Ein Baselitz hätte in der Hinsicht bislang nichts zu befürchten gehabt.

Kunst in musealen Sammlungen ist qua Gesetz ohnehin geschützt. Grütters neues Gesetzesvorhaben zielt in erster Linie auf Ausfuhrbeschränkungen von moderner Kunst des 20. Jahrhunderts aus Privatbesitz. Grütters war es ein Dorn im Auge, dass im vergangenen Herbst der Casino-Betreiber Westspiel, an dem das

Nur 2700 Werke stehen auf der Liste wertvoller Kulturgüter

Land Nordrhein-Westfalen beteiligt ist, zwei Siebdrucke von Andy Warhol für umgerechnet 121 Millionen Euro in New York versteigert hatte. Und um ein Haar wären im Juni im Zuge der Abwicklung der ehemaligen NRW-Landesbank West-LB 380 Kunstwerke ins Ausland verkauft worden. Nur mit viel Glück konnte die Kunstsammlung NRW die Werke von August Macke, Max Ernst oder Picasso sowie eine Stradivari-Geige übernehmen.

Mit dem neuen Kulturgutschutzgesetz, das 2016 in Kraft treten soll, will Grütters im Prinzip nur ein Recht durchsetzen, das in 26 von 28 EU-Staaten gilt. Außer Deutschland haben nur die Niederlande noch nicht die Regelung umgesetzt, wonach das bislang geltende Gesetz für das Ausfuhrverbot auch für das EU-Binnenland gilt. Wäre es früher eingesetzt worden, hätte man – wie im Fall der Humboldt-Tagebücher – viele Steuergelder sparen können. Vor zwei Jahren erwarb die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Tagebücher für einen Millionen-Betrag, nachdem der Berliner Besitzer, ein Humboldt-Nachfahre, die Blätter über einen Londoner Zwischenhändler überteuert verkaufen ließ.

So ist es kein Wunder, dass viele private Sammler und Galeristen gegen das neue Gesetz Sturm laufen, obgleich Grütters ihnen den Wind aus den Segeln nehmen will. Sie hat angedeutet, die seit 1992 geltende Regelung, wonach für Werke eine Genehmigung beantragt werden muss, die älter als 50 Jahre oder mehr als 150 000 Euro wert sind, auf 70 Jahre und 300 000 Euro heraufzusetzen.

Dass sich auch Künstler wie Baselitz gegen das neue Gesetz wehren, hat einen anderen Grund: Als Dauerleihgeber ihrer Werke an Museen genießen sie nach deutschem Erbschaftsrecht Steuererleichterungen. Die Erben sollen später davon profitieren. Sie würden aber Einbußen erleiden, wenn diese Werke einmal zu nationalem Kulturgut ernannt und wegen Ausfuhrbeschränkungen nicht mehr auf dem internationalen Kunstmarkt in Geld umgewandelt werden könnten. *Harald Tews*

Ein paar Gramm Drama

Papiertheater – einst Familienunterhaltung, heute Liebhaber-Bühne

Es gibt sie noch, die Miniaturbühnen im Westentaschenformat. Sie werden heute oft Papiertheater oder Haustheater, gelegentlich auch Kindertheater genannt. Den Zenit der Beliebtheit haben diese Guckkastenbühnen für das Wohnzimmer zwar überschritten, doch eine kleine Fan-Gemeinde blieb erhalten und betreibt dieses Kunstgenre mit viel Enthusiasmus – und meist wenig Geld.

Vor etwa 200 Jahren, Anfang des 19. Jahrhunderts, gehörte das Papiertheater als Bestandteil der häuslichen Unterhaltung zum gutbürgerlichen Haushalt. Während sich Adel und Großbürgertum in feudal-protzigen Theater- und Opernhäusern amüsierte, konnten sich weniger betuchte Bürgerschichten im privaten, gerade einmal koffergroßen Haustheater an Mozart und Shakespeare, Lortzing oder den Grimm-Märchen erfreuen. Das 19. Jahrhundert war die Hoch-Zeit dieser Miniaturbühnen.

Auch in prominenten Familien wurde Papiertheater gespielt. Im Roman „Buddenbrooks“ schildert Thomas Mann, dass Hanno Buddenbrook als Neunjähriger ein Papiertheater geschenkt bekommt: „... ein muschelförmiger Souffleurkasten, hinter dem breit und majestätisch in Rot und Gold der Vorhang emporrollte. Auf der Bühne war die Dekoration des letzten Fidelio-Aktes aufgestellt. Die armen Gefangenen falteten die Hände. Don Pizarro, mit gewaltig gepufften Ärmeln, verharrte irgendwo in fürchterlicher Attitüde. Und von hinten nahte im Geschwindschritt und ganz in schwarzem Sammet der Minister, um alles zum besten zu kehren.“

Komplett aufgebaut erreicht das Haustheater etwa die Dimension eines großen Reisekoffers und kann locker auf einem Tisch im Wohn- oder Esszimmer aufgestellt werden. Es besteht im Wesentlichen aus gedruckten Bilderbogen, Pappe und Holz.

Die einzelnen Teile, also Bühnenfront mit oder ohne Vorhang und Seitenkulissen, die Spielfiguren und die Bühnenbilder werden heute für viele Bühnenstücke als fertige Ausschneidebögen angeboten. So gibt es für die Lortzing-Oper „Zar und Zimmermann“ einen Bogen mit zwölf Figuren zum Ausschneiden sowie zehn verschiedene Bühnenbilder. Die Spieler dürfen, ja müssen sogar die großen Rollen der Sänger und Schauspieler übernehmen und singen, sprechen sowie die Papierfiguren bewegen.



Bühnenbilder im A4-Format Bild: Schmidtke

Die Welt der Papiertheater in Deutschland ist heute recht überschaubar. Ein gutes Dutzend Bühnen bieten Aufführungen an. Zum Beispiel das „Burgtheater“ des ehemaligen Lübecker Buchhändlers Peter Schauerte-Lüke. Bis 2013 konnte sein Papiertheater Räume in den historischen Gemäuern der Burganlage von Schloss Burg an der Wupper nutzen. Aktuell sucht der Theatermann eine neue „feste Bleibe“. Seine Gastspiel-Aufführungen klassischer Bühnenstücke finden zurzeit in Kulturcafés oder kleinen Theatern statt. Bei einigen Stücken begleitet ihn die studierte Sopranistin Marie-Sophie Caspar.

Auf das klassische Repertoire verzichtet dagegen „Haases Papiertheater unter'm Dach“ aus Remscheid. Sieglinde und Martin Haase spielen neuere, häufig selbst bearbeitete Stücke wie zum Beispiel „Sherlock Holmes“, „Reise zum Mittelpunkt der Erde“ oder „Farben des Südens“ vor maximal zehn bis zwölf Zuschauern auf ihrer Hausbühne unterm Dach. „In der Adventszeit hatten wir manchmal drei bis vier Gastauftritte bei Betriebs- und Familienfeiern“, erzählt Sieglinde Haase. Das Papiertheater-Spielen mit allem Drumherum macht ihr und ihrem Mann „einfach Spaß und Freude“. *Siegfried Schmidtke*

»Der wohl fähigste Mann im gegenwärtigen ZK«

Vor 75 Jahren wurde Leo Trotzki im Auftrag seines Todfeindes Josef Stalin im mexikanischen Asyl erschlagen

Für die einen war er „ein erbarmungsloser Mensch, dessen Hände über und über mit Blut befleckt sind" (Alexander Jakowlew, Mitglied des Politbüros), für die anderen war er „ein Held und Märtyrer" (Jegor Jakowlew, einst Vertrauter Michail Gorbatschows). Die Rede ist von Leo Trotzki, Mitbegründer der Sowjetunion und unter Josef Stalin Staatsfeind Nummer 1.

Als fünftes Kind eines jüdischen Bauernpaares wurde Lew Dawidowitsch Bronstein am 7. November 1879 in der Ukraine geboren. Das Pseudonym „Trotzki" legte er sich zu, als er 1902 aus der Verbannung floh. Den dazu gefälschten Pass ließ er auf den Namen „Trotzki" ausstellen. So hieß der Oberaufseher im Gefängnis von Odessa, in dem Bronstein zuvor eingesessen hatte. Er war als sozialistischer Oppositioneller bei einer Massenverhaftung festgenommen und nach Sibirien verbannt worden.

Wladimir Iljitsch Lenin forderte Trotzki auf, zu ihm nach London zu kommen. Mit einer dogmatischen Auseinandersetzung darüber, wer als Parteimitglied gelten dürfe, begann wenig später eine Entfremdung zwischen beiden. Während Lenin erwartete, ein Mitglied müsse sich persönlich engagieren, vertrat Trotzki die Auffassung, es genüge, die Partei zu unterstützen. Lenin setzte sich durch, er vertrat die Mehrheit, die Bolschewiki. Unterlegen waren die „Minderheitler", die Menschewiki. In dem polemischen Streit hatte Trotzki Lenin einen „Diktatorenkandidaten" genannt, das Verhältnis war erheblich gestört. Nach Aufenthalten in Paris und München kehrte Trotzki 1905 nach dem St. Petersburger Aufstand in seine Heimat zurück. Er wurde Mitglied im „Sowjet der Arbeiterdeputierten", dessen Leitung er später übernahm. Nach der Zerschlagung der Bewegung wurde Trotzki zu lebenslanger Verbannung verurteilt. Auf dem Weg nach Tobolsk gelang ihm die Flucht. Er setzte sich nach Wien ab, später folgten Stationen in der Schweiz, Frankreich, Spanien und schließlich den USA. Nach dem Ausbruch der Februarrevolution von 1917 kehrte Trotzki nach Petrograd zurück. Schritt für Schritt hatte er sich den Positionen Lenins angenähert, jetzt erhielt er seinen Platz im Zentralkomitee. Als dessen Vorsitzender befürwortete er im Oktober 1917 den bewaffneten Aufstand. Nach dem Sturm auf den Winterpalast am 26. Oktober übernahm Trotzki in der neuen Regierung das Amt des Volkskommissars für äußere Angelegenheiten. Er handelte mit Erich Ludendorff den Friedensvertrag von Brest-Litowsk aus.

Derweil dauerten in Russland die Kämpfe zwischen den zaristischen „Weißen" und den bolschewistischen „Roten" an. Die Sache stand für die „Roten" nicht gut, als Trotzki zum Volkskommissar für das Kriegswesen ernannt wurde. Aus autonomen Roten Garden bildete er ein Heer, die Rote Armee. Auf Trotzki ging der Befehl zurück, bei einem aus Sicht des Oberkommandos unnötigen Rückzug zuerst den politischen Kommissar und dann den Kommandeur der Einheit hinzurichten. Um von den „Weißen" in die Rote Armee gewechselte Offiziere unter Kontrolle zu halten, nahm man deren Familien in Sippenhaft. Bei der Niederschlagung des Aufstandes der Matrosen von Kronstadt demonstrierte Trotzki mit Massenerschießungen ebensolche Brutalität wie beim Kampf gegen die Hungeraufstände in der Ukraine.



Hatte nur noch wenige Monate zu leben: Leo Trotzki (li.) wird von dem Maler Diego Rivera in Mexiko willkommen geheißen

Trotz allem galt Trotzki nicht als Mann für das Grobe. Mit diesem Attribut belegte Lenin in seinem Testament Josef Stalin. Trotzki hingegen bezeichnete er als „den wohl fähigsten Mann im gegenwärtigen ZK". Fortan arbeitete Stalin verstärkt daran, den Rivalen kaltzustellen. Trotzki blieb nicht länger Kriegskommissar, galt wenig später als „Abweichler" und „jüdischer Verschwörer". 1927 wurde er aus der KPdSU ausgeschlossen, zwei Jahre später aus der Sowjetunion ausgewiesen und schließlich verlor er die sowjetische Staatsbürgerschaft. Sein Name wurde in allen Dokumenten gelöscht, seine Rolle bei der Oktoberrevolution und als Kriegskommissar verschwiegen oder verfälscht. Fotos, die ihn mit Lenin oder Stalin zeigten, wurden beschnitten oder retuschiert. Trotzkis Anhänger ließ Stalin bei „Säuberungen" liquidieren oder in Arbeitslager verschleppen.

Erst die Jahre im Exil mit Stationen in der Türkei, Frankreich, Norwegen und schließlich Mexiko machten aus dem ehemaligen Kriegskommissar Trotzki die vermeintlich reine Seele, den angeblichen Schöngeist der Weltrevolution. So jedenfalls begannen ihn Linksintellektuelle zu sehen. Für sie entwickelte sich Trotzki zum Hüter der unbefleckten Lehre Lenins. Dennoch blieb die „Vierte Internationale", die Trotzki 1938 gründete, eine Sammlung von Träumern einer besseren Welt. Die Malerin Frida Kahlo setzte sich dafür ein, dass Mexiko Trotzki Asyl gewährte. Auch von dort agitierte er gegen den Terror Stalins. Da war der sowjetische Geheimdienst längst auf ihn angesetzt. Im Mai 1940 versuchten als mexikanische Polizisten getarnte Agenten ihn zu ermorden. Das Attentat missglückte. Nur drei Monate später ermordete ein sowjetischer Agent Leo Trotzki. Der spanische Kommunist Ramón Mercader hatte sich unter dem Namen Frank Jacson mit einer Sekretärin Trotzkis verlobt und so Zugang zu dem rund um die Uhr bewachten Haus erhalten. Am 20. August 1940 besuchte Jacson Trotzki. Unter seinem Regenmantel verbarg er einen Eispickel. Mit dem schlug er Trotzki auf den Kopf, als dieser ein Manuskript zu lesen begann. Am Tag darauf starb Trotzki.

Noch viele Jahre gelang es, die Identität des Trotzki-Mörders zu verschleiern, obgleich Stalin ihn bereits 1940 zum „Helden der Sowjetunion" machte. Als Mercader nach 20 Jahren aus mexikanischer Haft entlassen wurde, lud der Kreml ihn ein und verlieh ihm den Leninorden. Da hatten Polizei, Geheimdienste und private Ermittler die Puzzleteile der Identität in zehnjähriger Arbeit zusammengesetzt. Die ließen keinen Zweifel: Der Mörder Leo Trotzkis handelte im Auftrag Josef Stalins. Erst 49 Jahre nach Trotzkis Tod, elf Jahre nach dem seines Mörders und 36 Jahre nach dem des Auftraggebers seines Mörders, im „Wende"-Jahr 1989 durften seine Revolutionstheorien erstmals wieder in Russland veröffentlicht werden. Rehabilitiert worden ist er bis heute nicht.

Klaus J. Groth

Ehrenrettung für Martin Luther in Torgau

Die erste der vier Nationalen Sonderausstellungen zum Reformationsjubiläum beschäftigt sich mit seinem Verhältnis zur Obrigkeit

Martin Luther unternahm mindestens 40 Reisen in dienstlicher Mission nach Torgau. Deshalb heißt es dort: Wittenberg war die Mutter der Reformation – unsere Stadt aber ihre Amme. In Torgau, der zeitweiligen Hauptresidenz des Kurfürstentums Sachsen, nahm sich die Obrigkeit durch Gesetzgebung wie Verwaltungsakte der Reformation an und sicherte damit ihren Erfolg. Das veranschaulicht die Ausstellung „Luther und die Fürsten". Die von der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden in Kooperation mit dem Landkreis Nordsachsen und der Großen Kreisstadt Torgau realisierte erste der insgesamt vier Nationalen Sonderausstellungen zum 500. Reformationsjubiläum ist sinnigerweise bis zum diesjährigen Reformationstag gleich an diversen Stätten Torgaus zu sehen.

Rund 250 Gemälde und Objekte, Dokumente und Druckschriften bringen Licht in das Verhältnis von Religion und politischer Macht. Das größte Exponat der Schau ist Torgau selbst, mit über 500 Einzeldenkmalen Deutschlands besterhaltene Renaissancestadt. Zu den dortigen Reformationsstätten gehört das ehemalige Wohnhaus Georg Spalatins. Der in der Schau mit einem Bildnis aus der Cranach-Werkstatt vertretene Spalatin nutzte seine Position als Ratgeber und Geheimsekretär am kurfürstlichen Hof, um Friedrich den Weisen zu bestärken, Martin Luther vor Kaiser und Papst zu beschützen. Die Katharina-Luther-Stube ist in ihrem Sterbehaus eingerichtet. Der Grabstein von Luthers Gattin, geschmückt mit ihrer eindrucksvollen Reliefdarstellung, befindet sich in der Stadtkirche St. Marien.

>»Zu einem Fürstenknecht oder liebesdienerischen Höfling ist der Reformator nie geworden«

Auf der anderen Straßenseite steht die ehemalige Superintendentur, eine der ersten kirchlichen, aber staatlich kontrollierten Verwaltungszentralen der Protestanten. In ihr laufen während der Sonderausstellung Ausschnitte aus Luther-Filmen. Einige Häuser weiter steht die ehemalige Kurfürstliche Kanzlei, in der heute das Stadt- und Kulturgeschichtliche Museum eingerichtet ist. Auch sie ist Schauplatz der Ausstellung. Die dortigen Exponate – vor allem Urkunden und andere hoch bedeutsame Papiere – belegen, wie die kursächsische Verwaltung mit dem Aufbau der evangelischen Landeskirche und des staatlich kontrollierten Schulwesens als Machtzentrale der Reformation auftrat und deren Werden wie Wirken erst ermöglichte.

Zentraler Ausstellungsort aber ist Schloss Hartenfels. Das größte vollständig erhaltene Renaissanceschloss Deutschlands verdankt sein prunkvolles Aussehen den Ausbaumaßnahmen, die Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige veranlasste, der wie vor ihm schon sein Onkel und sein Vater die Reformation förderte. Besonderer Blickfang ist der Große Wendelstein, ein Treppenturm, dessen Stufenspirale ohne inneren Stützpfeiler auskommt. Die Stufen führen hinauf zu einem prachtvollen Portal, dessen Schmuck vermutlich auf Entwürfe aus der Cranach-Werkstatt zurückgeht. Die den Eingang flankierenden Säulchen sind mit Medaillons der Reformatoren Luther und Philipp Melanchthon ausgestattet. Der protestantische Glaube stützt also gleichsam die das Portal bekrönenden sächsischen Kurfürsten.

Frisch restauriert wie der Große Wendelstein sind auch die Kurfürstlichen Gemächer, in denen einst Johann Friedrich logierte. In ihnen sind Luther-Devotionalien wie sein Siegelring ausgestellt. Er bekam ihn 1530 von Johann Friedrich geschenkt, als er von der Veste Coburg aus die Geschehnisse des Reichstags in Augsburg verfolgte. Auf dem legte die protestantische Partei dem Kaiser ihr Glaubensbekenntnis – die „Augsburger Konfession" – vor, die Luther mit seinen Mitstreitern in Torgau erarbeitet hatte.

Die Schau im Schloss ist ereignisgeschichtlich aufgebaut. Porträts aus der Cranach-Werkstatt stellen uns die aus der ernestinischen Linie der Wettiner stammenden Kurfürsten Friedrich, Johann und Johann Friedrich von Sachsen sowie ihre albertinischen Nachfolger Moritz und August vor, die Luthers Lehren unterstützten. Andere Exponate werfen Schlaglichter auf Kaiser Karl V., der um die Einheit der Kirche unter dem Papst als Oberhaupt bemüht war und seine Herrschaftsrechte im Heiligen Römischen Reich durch die neuen Machtansprüche der protestantischen Fürsten bedroht sah.

>»Gehorsam leistete er nur, sofern dies der von ihm neu entdeckten ›evangelischen Wahrheit‹ förderlich war«

Bayern steht als Hochburg des altkirchlichen Glaubens im Blickpunkt. Ausgestellt ist die Druckfassung des „Ersten Bayerischen Religionsmandats", mit dem die gemeinsam regierenden Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. den Bayern die Beschäftigung mit Luthers Lehren verboten. Mit den Ritterrüstungen, die Kaiser Karl V. und sein Gegner Kurfürst Johann Friedrich 1547 in der Schlacht bei Mühlberg trugen, ist der dramaturgische Höhepunkt erreicht. Es folgt die „Wittenberger Kapitulation Kurfürst Johann Friedrichs von Sachsen vor Kaiser Karl V." vom 19. Mai 1547. Die Urkunde besiegelte für ihn und seine Nachkommen den Verzicht auf die sächsische Kurwürde sowie zwei Drittel seiner Territorien, darunter Wittenberg und Torgau. Zu sehen ist die Ausfertigung für Herzog Moritz von Sachsen. Eine der wichtigsten Urkunden der Schau ist die des „Augsburger Religionsfriedens", auf dem Reichstag von 1555 verabschiedet. Entscheidende Bestimmung des Gesetzes war, dass jedem Landesherrn die Festlegung der Konfession in seinem Territorium zugestanden wurde. Andersgläubige Untertanen durften auswandern.

Das Kuratorenteam um Dirk Syndram betont, dass Luther und seine Lehren ohne den Schutz der protestantischen Fürsten keine Überlebenschance gehabt hätten. Das war auch dem Reformator klar gewesen. Heinz Schilling schreibt im Katalog: „Für Luther war das Bündnis mit den Fürsten notwendig, da sich Kaiser und Reich ebenso wie die kirchliche Hierarchie seiner Lehre widersetzten." Syndram ergänzt: „Für Luther herrschte nun mal auf Erden nur die ständisch begründete obrigkeitliche Macht, die nach göttlichem Willen mit gebührender Härte gegen das Böse vorgehen und die Ordnung und das Recht bewahren sollte." Beredtes Zeugnis seines Bekenntnisses zur fürstlichen Macht als Ordnungsfaktor ist seine Schrift „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei" (1523): Für das weltliche Regiment sorgt für die äußere Ordnung als Voraussetzung für die Verkündigung des Evangeliums. Aber Schilling betont: „Zu einem Fürstenknecht oder liebesdienerischen Höfling ist der Reformator nie geworden. Gehorsam leistete er nur, sofern dies der von ihm neu entdeckten ‚evangelischen Wahrheit' förderlich war."

Veit-Mario Thiede

Nähere Informationen zur Ausstellung: Schloss Hartenfels, Schlossstraße 27, 04560 Torgau, Telefon (03421) 758851089, Mail: besucherservice-torgau@skd.museum

Mit der chemischen Keule gegen Bakterien

Paul Ehrlich, Begründer der Chemotherapie, erlag vor 100 Jahren einem Herzinfarkt

Der Immunologe und Arzneimittelforscher Paul Ehrlich gehört zu den bisher 13 Nobelpreisträgern, die schlesische Wurzeln aufweisen. Er gilt als Begründer der experimentellen Medizin sowie der modernen Chemotherapie und legte den Grundstein für die Bekämpfung von Krankheiten wie Diphtherie und Syphilis.

Paul Ehrlich war das zweite Kind des jüdischen Likörfabrikanten und Lotto-Einnehmers Ismar Ehrlich und wurde am 14. März 1854 in dem Städtchen Strehlen im Regierungsbezirk Breslau geboren. Er sollte den Arztberuf ergreifen, doch interessierte er sich während seines Medizinstudiums vor allem für das Einfärben der anatomischen Präparate. Deshalb witzelten die Kommilitonen in Breslau und Straßburg: „Ehrlich färbt am längsten.“

Darüber entwickelte Ehrlich zahlreiche neue mikroskopische Untersuchungsmethoden, welche dann wiederum die Grundlage für die Diagnose von Blutkrankheiten und die Entdeckung bisher unbekannter Zellarten, wie der sogenannten Mastzellen, darstellten. Trotzdem führte ihn dieses wissenschaftliche Engagement im Grenzbereich von Chemie, Biologie und Medizin zunächst in eine Karrieresackgasse, weil die meisten Mediziner außerstande waren, seine Arbeiten zu verstehen und angemessen zu würdigen. Aus dieser unbefriedigenden Situation halfen Ehrlich schließlich zwei der „vier Gs“ heraus, mit denen er seine Erfolge später erklärte: Geduld, Geschick, Glück und Geld.

Zu letzterem kam er 1883 durch die Heirat mit der wohlhabenden schlesischen Industriellentochter Hedwig Pinkus. Nun hatte das Nachwuchsgenie keine Not mehr, weitere Forschungen zu finanzieren und sich beispielsweise der neuen Technik des Einbringens von Farbstoffen in lebende Organismen zuzuwenden.

Glück wiederum war im Spiel, als er gleich mit zwei der führenden Bakteriologen seiner Zeit zusammentraf, nämlich Emil Behring und Robert Koch. Erstgenannter bot ihm die Möglichkeit, an der Entwicklung eines weltweit einzigartigen Diphtherie-Heilserums mitzuwirken, das 1894 Marktreife erlangte. Allerdings prellte Behring Ehrlich später um den größten Teil des ihm zustehenden Gewinns: Nachdem man ursprünglich vereinbart hatte, dass jeder die Hälfte erhalten sollte, drückte Behring den Anteil Ehrlichs im Laufe der Zeit bis auf acht Prozent.



In seinem Studierzimmer in Frankfurt am Main: Paul Ehrlich — Bild: Archiv

Robert Koch hingegen erwies sich als tatsächlich vollkommen uneigennütziger Förderer des jungen, vielversprechenden Privatdozenten und holte ihn an sein gerade eröffnetes Berliner Institut für Infektionskrankheiten. Dort konnte Ehrlich in die Immunitätsforschung einsteigen und in diesem Zusammenhang dann auch die berühmte „Seitenkettentheorie“ formulieren, die im Grundsatz erklärt, wieso der menschliche Organismus in der Lage ist, gegen Fremdstoffe oder Infektionserreger Antikörper zu bilden.

Ein weiterer Unterstützer Ehrlichs war der preußische Ministerialbeamte Friedrich Althoff, der seinerzeit als der „heimliche Kultusminister Preußens“ und „Bismarck des deutschen Universitätswesens“ galt. Dieser sorgte 1896 für die Gründung eines Instituts für Serumprüfung und Serumforschung in Steglitz bei Berlin und erreichte dann auch, dass Ehrlich mit dessen Leitung betraut wurde. Allerdings zog die Einrichtung bereits drei Jahre später nach Frankfurt am Main um – verursacht durch das Bemühen des dortigen Oberbürgermeisters Franz Adickes, diverse renommierte wissenschaftliche Institutionen in der Stadt anzusiedeln, um so die Gründung der Frankfurter Universität voranzutreiben. Dabei erfolgte zugleich eine Umbenennung in „Königlich-Preußisches Institut für Experimentelle Therapie“.

> Der Nobelpreisträger des Jahres 1908 entwickelte als Erster eine medikamentöse Behandlung der Syphilis

In Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Immunologie und Serologie erhielt Paul Ehrlich 1903 die Große Goldene Medaille für Wissenschaft und Kunst des Königreiches Preußen. Außerdem bekam er am 11. Dezember 1908 als dritter Deutscher nach Behring und Koch den Nobelpreis für Physiologie und Medizin verliehen, womit vor allem die epochemachende Seitenkettentheorie gewürdigt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Ehrlich allerdings schon von der Beschäftigung mit der Immunologie abgewandt. Zum einen betrieb er ab 1901 auf den persönlichen Wunsch Kaiser Wilhelms II. hin, der beide Eltern durch Krebs verloren hatte, Krebsforschung. Zum anderen widmete er sich nun der Entwicklung chemotherapeutischer Methoden. Dazu stand ihm ab 1906 eine weitere Einrichtung zur Verfügung, nämlich das Georg-Speyer-Haus, das durch die großzügige Spende einer jüdischen Bankierswitwe etabliert werden konnte und direkt neben dem Institut für Experimentelle Therapie errichtet wurde.

In dieser neuen Forschungsstätte suchte Ehrlich nach speziellen chemischen Pharmaka, die analog zu den Seren ganz gezielt gegen einzelne Krankheiten eingesetzt werden konnten. Dabei entdeckte er am 31. August 1909 nach insgesamt 606 Versuchsreihen, die er zusammen mit seinem japanischen Assistenten Sahachiro Hata durchgeführt hatte, dass die organische Arsenverbindung Arsphenamin den Syphilis-Erreger und andere Bakterien der Klasse Spirochaetes, darunter auch jene, die die Borreliose auslösen, abtötet. Mit dieser Substanz, die dann 1910 von den Farbenwerken Hoechst unter dem Namen „Salvarsan“ in den Handel gebracht wurde, existierte nun das erste künstlich geschaffene Chemotherapeutikum in der Geschichte der Medizin. Allerdings fand das durchaus nicht nur Zustimmung, denn es gab auch Moralapostel, welche die Ansicht vertraten, dass diejenigen, die an der „Lustseuche“ Syphilis erkrankt seien, keine Heilung von ihrem Leiden verdient hätten. Außerdem wurden Vorwürfe laut, Ehrlich bereichere sich an dem Medikament und sei bei den klinischen Tests buchstäblich über Leichen gegangen.

Nichtsdestotrotz wurden dem Forscher nun zahlreiche weitere Ehrungen zuteil. So erfolgte 1911 die Berufung in den Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie die Ernennung zum „Wirklichen Geheimen Rat“, womit Ehrlich den Anspruch auf die Anrede „Exzellenz“ erhielt. Das änderte jedoch nichts an seinem ganz persönlichen Credo, das da lautete: „Wir widmen unser Leben der Wissenschaft, aber nicht der Jagd nach Titeln.“ Deshalb lehnte er es auch im Gegensatz zu einigen anderen prominenten Juden ab, zum Protestantismus zu konvertieren, um so die Chancen auf eine Erhebung in den Adelsstand zu erhöhen: „Ich bin Jude und weiter nichts.“

Infolge der angestrengten Arbeit im Labor sowie der zunehmenden Angriffe von Neidern, die zusehends durch antisemitische Untertöne geprägt waren, ging es mit Ehrlichs Gesundheit seit Mitte 1914 steil bergab. Für besondere Probleme sorgte dabei eine Herz-Kreislauf-Erkrankung, welcher der Nobelpreisträger dann auch am 20. August 1915 erlag, als er in Bad Homburg vor der Höhe Erholung suchte.

Paul Ehrlich zählt bis heute zu den bedeutendsten Forscherpersönlichkeiten der deutschen Geschichte. Deshalb ehrte ihn die Bundesrepublik im August 1997 durch die Herausgabe einer 200-D-Mark-Banknote mit seinem Bild. Außerdem wird seit 1952 der Paul-Ehrlich-und-Ludwig-Darmstaedter-Preis für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Medizinwissenschaft vergeben, der aktuell mit 100 000 Euro dotiert ist. *Wolfgang Kaufmann*

»Ich wollte Landschaft und Menschen schildern«

Vor 50 Jahren starb der in Tilsit geborene Lyriker, Erzähler, Christ und Kommunist Johannes Bobrowski in Berlin

Hinter den Feldern, weit, / hinter den Wiesen / der Strom. / Von seinem Atem aufweht die Nacht. / Über den Berg / fährt der Vogel und schreit.

So beginnt das Gedicht „Die Memel“, in dem der Dichter Johannes Bobrowski den ostpreußischen Strom beschreibt, an dem er geboren wurde und aufwuchs. Eigene Kindheitserinnerungen formt Bobrowski Jahrzehnte später zu Gedichten, und mit wenigen Worten stellt er die mächtigen Naturbilder seiner Heimat vor das geistige Auge des Lesers. Die einfachen, reimlosen Verse haben noch heute die Kraft, die Schönheit der ostpreußischen Landschaft zu vermitteln – und auch dem Leser, der nie die Memel oder die Jura gesehen hat: „Aus der Finsternis / kommst du, mein Strom, / aus den Wolken. / Wege fallen dir zu / und die Flüsse, Jura und Mitwa ...“ Johannes Bobrowski verstarb – erst 48 Jahre alt – im Jahr 1965. Am 2. September jährt sich sein Tod zum 50. Mal.

Geboren wurde Bobrowski 1917 in Tilsit als Sohn eines Eisenbahnassistenten. Seine Kindheit verlief unruhig, denn der Beruf des



Johannes Bobrowski — Bild: Archiv

Vaters zwang die Familie zu häufigen Umzügen: von Tilsit nach Graudenz, dann, als Westpreußen 1920 polnisch wurde, zurück nach Tilsit, dann weiter nach Rastenburg. Die Großeltern des kleinen Johannes wohnten nur wenige Kilometer von Tilsit entfernt in einem Dörfchen an der Jura, aber der Versailler Vertrag hatte an der Memel eine Grenze gezogen: Jenseits des Flusses war die Republik Litauen entstanden. In jedem Sommer, wenn Johannes die Großeltern besuchte, musste er mit der Kleinbahn die litauische Grenze überqueren. Wie stark Litauen schon den 13-Jährigen beeindruckte, macht später Bobrowskis letzter Roman „Litauische Claviere“ deutlich: Ort der Handlung ist dort das Dörfchen Motzischken an der Jura, genau das Dorf, in dem Johannes' Großeltern lebten.

Schließlich zog die Familie Bobrowski nach Königsberg, und Johannes trat in die Quinta des Stadtgymnasiums Altstadt-Kneiphof (Kant-Gymnasium) ein, wo er 1937 das Reifezeugnis erhielt. Schon während der Schulzeit wurde er Mitglied der Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft Ostpreußens, später der „Bekennenden Kirche“.

Dann kam der Krieg. Ein Krieg, der Bobrowskis Studium umwarf, der ihn nach Frankreich, Polen und Russland verschlug, der ihn schließlich für vier Jahre in russische Kriegsgefangenschaft brachte. 1949 zu Weihnachten fand der Heimkehrer in Berlin seine Familie wieder. Er blieb in Berlin, wurde der spätere Lektor eines großen Verlages der sowjetischen Zone. Er wurde Kommunist und wusste doch, dass dies mit seinem christlichen Glauben nur schwer zu vereinbaren war.

> Seine deutschen Landsleuten sollten »über ihre östlichen Nachbarn Bescheid« wissen

Zu dichten hatte Bobrowski 1943 in Russland angefangen, im Angesicht des Krieges, der Zerstörung. Seine ersten Gedichte sind Anklagen gegen die Zerstörungswut des Menschen. Später kehrte er mit seinen Themen zurück zu den Landschaften und Menschen seiner Kindheit: nach Ostpreußen, vor allem ins Memelland. Aber damit floh er nicht vor dem Schrecken des Krieges in die verlorene Kindheits-Idylle, er stellte der Zerstörungswut das friedliche Miteinander der Menschen in seiner Heimat gegenüber, in Gedichten, Erzählungen und zwei großen Romanen.

War Johannes Bobrowski ein Heimatdichter? Oder ein Dichter der Heimatvertriebenen? Sicherlich verstand er sich anders. Er wollte ja mehr als nur die Erinnerung an die ostpreußische Heimat lebendig erhalten; indem er das Leben der Menschen im Memelland schilderte, wollte er zur Verständigung der Völker beitragen. Denn dort, am äußersten Ostzipfel des Deutschen Reiches, lebten Deutsche, Polen, Litauer, Russen, Juden in engster Nachbarschaft. Bobrowski kannte all diese Menschen genau, ihre Schwächen und Stärken, und vor allem sprach er ihre Sprache. So ließ er auch die Figuren seiner Dichtungen ihr eigenes Ostpreußisch oder Wasserpolnisch oder Litauisch reden. Er liebte besonders die Bauern der kleinen Dörfer und schilderte ihr einfaches Leben warmherzig und genau. Leser seines Werkes, die selbst aus dem Memelland stammen, werden eigene, andere Erinnerungen hinzufügen. Bobrowski aber hat durch seine Dichtungen das Leben dort vielen Lesern zugänglich gemacht. Das ist sein Verdienst.

„Ich wollte Landschaft und Menschen schildern“, sagte er einmal, „um meinen deutschen Landsleuten etwas zu erzählen, was sie nicht wissen. Sie wissen nämlich nicht über ihre östlichen Nachbarn Bescheid.“ Tatsächlich: Wie wenige Deutsche wissen heute noch Bescheid über das Zusammenleben der Ostpreußen mit ihren Nachbarn an der Ostgrenze des Deutschen Reiches! Wer wäre geeigneter, ihnen davon zu berichten, als der Ostpreuße Bobrowski? *E.B.*

Zurück in den elterlichen Hafen

Zu: Deutschland und seine Richter (Nr. 31)

Die Menschheit vermochte es in ihrem Ursprung sehr gekonnt, die jeweiligen Entwicklungsstufen der Familie darzustellen. Welche Entwicklungsstufe haben wir heute? Wir haben bis auf das Wohnen im Dorf eine stark geprägte Industriekultur. Die Menschen folgen der Arbeit, sie wohnen anonym in Häuserzeilen. Ich will das vereinfachend darstellen:

Dieses Industriewohnen ist nicht die Kultur, die wir Menschen wollen. Wir Menschen wollen die Gemeinschaft, das Miteinander, das Jagen und Sammeln, also die eigene zelebrierte Urkultur. Wie sah die aus? Eine Horde bestand aus zirka 34 bis 54 Menschen. Bei einem Gen von 2 + 2 + 3 = 7, gab es in solch einer Horde etwa sieben mal sieben Personenfamilien. Zwei Eltern, zwei Kinder, drei Enkel. Also 7 x 7 = 49 Personen. Das bedeutet, zwei mal sieben Kinder. 14 Kinder waren beisammen und formten und erzogen sich gegenseitig neben den Führungen durch die Eltern.

Die nächste Dorfgröße besteht aus 149 bis 244 Personen. Also drei bis fünf Horden. Also 42 bis 70 Kinder. Wo haben wir das heute noch? Wie soll eine Mutter daheim ihrem Kind das geben können, was Kinder in dieser Lebensstruktur wie der Horde oder dem Dorf erleben?

Wir wissen heute aus der Kindergarten- sowie der Schulforschung, dass Kindergruppen in gemischter Altersstruktur sich enorm gegenseitig fördern und formen. Das kann nicht mal Oma oder Opa, das geschieht nur unter Kindern. Bei der Mutti zu Hause gibt es das nicht. Die Mutter und der Vater gehören aber als Hafen für das Kind natürlich unlösbar dazu.

Das Hadern um das Erziehungsgeld ist nur ein Kratzen am Symptom. Wie aber kann die in unserer Gesellschaft so ungünstig wirkende Industriekultur verändert werden und genesen? Wir müssen uns wieder selbst organisieren. Und zwar als Volk mit eigenen Finanzen, mit eigener Nationalbank, die vom Volkssouverän geführt wird. Ein Staat, der Schulden macht, hat von Staatsfinanzierung keine Ahnung. Wenn ein Staat sein Geld selbst organisiert und keine Schulden hat, das Volksvermögen nicht abgeführt wird, sondern im Volk bleibt, müssten unsere Mütter und Väter wie auch wir selbst höchstens halbtags arbeiten.

Wir müssten nicht mehr dem Arbeitsplatz hinterher ziehen, sondern würden die Arbeit dorthin schaffen, wo die Wohnsiedlungen sind. Dann würden wir wieder Dorfstrukturen haben mit vielen Kindern und halbtags arbeitenden Eltern. Vormittags sind die Kinder zusammen, und nachmittags ist der elterliche Hafen offen.

Jürgen Dreher, Wolkenstein

»Weiter so!«

Zu: Die Saat der Lüge (Nr. 30)

Da ich manchmal glaubte, in einer für mich fast auszuhaltenden demokratischen Gesellschaft mein Dasein fristen zu können, ist das letzte Lebensdrittel in meiner Heimat Deutschland kaum mehr zu ertragen. „Wo bist du einst so ehrwürdiges, tapferes und gepriesenes Volk?“, fragte schon der Dichter Ernst-Moritz Arndt (1769–1860) einst.

Überlaufende, dümmliche, aber raffinierte Fremdartigkeit überrollt uns Einheimische derzeit aller Orten. Noch können wir auf unsere Weise „haushalten“, für Lügenbarone „herhalten“, wenn wir – wie die Masse Mensch es nicht tat – lernen, Stille zu bewahren und „Maul“ zu halten. Irre ich mich da, oder sehen diese asylsuchenden Jüngelchen und Mütterchen mit ihren vielen Kinderchen nicht auch gut genährt aus, die lachend den lieben langen Tag auskosten, wenig „traumatisiert“ wirken?

Ich bin sehr dankbar, Ihre aufrechten, geschichtsfundierten Kommentare in Ihrer Zeitung lesen zu dürfen und diese weitergeben zu können. Als langjährige Mitgliedsgefährtin (Ostpreußin) verspüre ich sogar ein wenig Stolz, solche Menschen in der heutigen Zeit noch antreffen zu können, wie sie Ernst-Moritz Arndt einst in seiner „Hoffnungsrede“ (1810) zu finden suchte: „Nur wessen Herz auch noch in der Vergangenheit steht, der wird der Gegenwart redlich helfen und mutig in die Zukunft hinausstreben. Wie kann das Neue sich Treue versprechen von einem Leichtsinn, der keine Toten zu beweinen hat?“

Erlauben Sie mir bitte symbolisch für Ihren Einsatz die Hand zu drücken und Ihnen ein „Weiter so!“ zuzurufen.

Ingeborg Grams, Todenbüttel

Nur aufgeschoben

Zu: Die Saat der Lüge (Nr. 30)

Angesichts der seit Wochen anschwellenden Flüchtlingsströme häufen sich verständlicherweise in den Medien Beiträge zu diesem Thema. Im Wesentlichen sind es humanitäre Überlegungen, wie man den zahllosen Flüchtlingen helfen könne. Die Gemeinden haben bei allgemein klammen Kassen Schwierigkeiten, Unterbringung und Versorgung dieser Menschen zu gewährleisten.

Das alles ist richtig, aber zu kurz gedacht. Es schließt nur die gegenwärtige Situation ein. Es entsteht der Eindruck, als glaube man, das Problem lösen zu können, wenn man Unterbringung und Versorgung organisiert hat.

Was aber ist morgen, übermorgen, nächste Woche oder gar nächstes Jahr? Der Strom derer, die sich eine bessere Zukunft bei uns erhoffen, wird sich nicht verringern oder gar abreißen. Im Gegenteil: Wenn die Untergebrachten und Versorgten nach Hause berichten, wie es ihnen ergangen ist, werden sie viele Nachahmer finden. Nun heißt es aber, wer keine Aufnahme findet, wird zurückgeschickt. Auf wie viele aber trifft das wirklich zu? Sucht man im Internet nach konkreten Zahlen, wird man enttäuscht, sie seien noch nicht bekannt, steht da. Oder es werden relative Werte, nach einzelnen Herkunftsländern, vorwiegend europäischen, getrennt genannt.

Politik muss vorausschauend wirken. Ein Blick hinaus über die Grenzen könnte sich lohnen. Weltweit wird das Flüchtlingsproblem nämlich sehr unterschiedlich behandelt. Neben nationalen Maßnahmen müssen auch solche auf der europäischen Ebene getroffen werden.

Dieter Dziobaka, Hamburg



Zeltlager für Zuwanderer in Dresden: Trotz solcher Dritt-Welt-Verhältnisse begrüßen Politiker weiterhin die Einwanderung Bild: Getty

Asylpolitik lässt DDR-Geist wieder aufleben

Zu: Die Saat der Lüge (Nr. 30) und: Asylkrise: Die Stimmung kippt (Nr. 30)

Spätestens als die Kanzlerin erklärte, dass Multikulti gescheitert sei, hätten bei unseren Funktions- und anderen Entscheidungseliten alle Alarmglocken schrillen müssen. Stattdessen wurde das von Rot-Grün-Links geplante Umvolkungsprogramm mit immer attraktiveren Lockangeboten weiter verfolgt. Die heute für jeden sichtbare und fühlbare Massenzuwanderung kulturfremder Menschen verursacht existenzielle Ängste. Und Angst ist kein guter Ratgeber.

Gut genährt, gut gekleidet, vollversorgt, versehen mit Taschengeld und dem neuesten Smartphone am Ohr schlendern überwiegend Illegale und andere Nicht-Aufenthaltsberechtigte vorzugsweise durch Orts- und Stadtkerne, um ihre Teilhabe an deutscher Sozialkultur und deutschem Reichtum zu bekunden.

Dafür nehmen die Bürger seit Jahren mit stillem Groll den Abbau bei Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Mangel an Sozialwohnungen, fehlende Sanierungen und immer höhere öffentliche Abgaben in Kauf.

Solange sie für offene Kritik an der verfehlten Asylpolitik und Forderungen nach Eindämmung der Massenzuwanderung die Moral- und Nazi-Keule fürchten müssen, besteht die Gefahr, dass die geforderte Willkommenskultur ins Gegenteil umschlägt. Vorboten dafür sehen und hören wir schon Tag für Tag.

Unsere im Grundgesetz verankerten Rechte, insbesondere das Recht auf Meinungsfreiheit, werden zugunsten von Minderheiten zunehmend ausgehebelt und Rechtsvorschriften missachtet. Das Vertrauen in Politiker schwindet deshalb mehr und mehr. Anarchie und Bürgerkrieg rücken näher.

Ich habe einen bösen Verdacht: Möglicherweise ist es genau das, was Rot-Grün-Links langfristig erhofft: Als Folge könnte dann eine identitäts- und kulturentfremdete, leicht beherrschbare graue Gleichheitsgesellschaft nach DDR-Manier aufgebaut werden. Das können sie aus der bisherigen Stillhaltetaktik der Kanzlerin und ihrem Ausspruch herleiten, „denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit“.

Die jetzt geplanten halbherzigen Aktionen gegen weitere Flüchtlingsströme werden sich als wirkungslos erweisen.

Gisela Recki, Troisdorf

Griechenland-Drama wird von blanker Ideologie beherrscht

Zu: Der Fluch des Geldes (Nr. 25)

Die EU-Politik ist nicht alleine schuld an der griechischen Misere, sie ist jedoch der Steigbügelhalter zum inzwischen 15-jährigen Paranoia-Ritt auf der griechischen Rosinante. Es sind in hohem Maße die Griechen selbst, die mit ihrer manischen, fortgesetzten und nicht zu stoppenden Wohlstands- und Gefälligkeits-Verteilungspolitik ihrer Regierungen aller Couleurs diesen Abgrund, in den sie samt Bundeskanzlerin Merkel – hoffentlich – nun zu fallen drohen, selbst geschaufelt haben. Hier Zahlen, die nachdenklich machen könnten, wenn man nicht Merkel hieße:

Nach einer sehr profunden Analyse von Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut München kann man grob gesprochen davon ausgehen, dass von den öffentlichen Kreditmitteln, die Griechenland während der Krise seit 2008 bekommen hat, ein Drittel der Rettungsgelder der Finanzierung der griechischen Leistungsbilanzdefizite und damit des griechischen Konsums, ein Drittel der Vermögensanlage von Griechen im Ausland und nur ein Drittel der Tilgung von griechischen Auslandsschulden diente. Damit würden die Vorwürfe an die Rettungspolitik der öffentlichen Gläubiger in einem anderen Licht erscheinen.

Sinn beruft sich auf das Verhältnis von Griechenlands privatem und öffentlichem Konsum und dem griechischen Nettonationaleinkommen. Während das Verhältnis in Deutschland vor zehn Jahren bei knapp über 90 Prozent lag und danach sogar auf 88,7 Prozent abfiel, lag es in Griechenland in den Jahren nach dem Euro-Beitritt (2001) bei über 95 Prozent und sprang danach unter leichten Schwankungen auf Werte von über 110 Prozent, wo es bis zum aktuellen Stand verblieb.

Im Jahr 2014 lag der Konsum mit 113,7 Prozent nach wie vor weit bei über 100 Prozent des Nettonationaleinkommens. Da eine Volkswirtschaft jedoch nicht mehr als das Nettonationaleinkommen konsumieren kann, wenn sie nicht von der Substanz leben will, ist dies nach Sinn nur schwer mit der immer wieder von links in die Diskussion geworfenen griechischen These von der „humanitären Katastrophe“ in Einklang zu bringen.

Hinter dem Überschießen des Konsums stand nach Sinn im Wesentlichen die Zinssenkung, die der Euro-Beitritt Griechenland brachte. Angesichts der niedrigen Zinsen war es ebenso verlockend wie borniert, den Lebensstandard durch Auslandsschulden aufzubauen, statt durch eigene Produktivität. So stiegen die Nettoauslandsschulden Griechenlands vom Zeitpunkt des Euro-Beitritts 2001 bis zum Vorkrisenjahr 2007 von 68 Milliarden Euro auf 214 Milliarden Euro (Verdreifachung in sechs Jahren) und die Relation von Nettoauslandsschulden und Bruttoinlandsprodukt stieg von 45 Prozent auf 92 Prozent.

Der Anstieg der Quote der Auslandsschulden kam vor allem durch die Verschuldung des privaten Sektors für Konsumzwecke und zum Teil auch für Bauinvestitionen zustande. Die Kreditfinanzierung der Ausgaben im Verein mit den ersparten Zinsen des Staates ermöglichten einen Anstieg der griechischen Löhne in der Zeit vom Beitritt im Jahr 2001 bis zum Jahr vor der Krise (2007) um 65 Prozent, während das griechische Bruttoinlandsprodukt nominal um 53 Prozent und real gar nur um 28 Prozent anstieg.

Von solchen Lohnsteigerungen, die übrigens in Spanien parallel in vergleichbarer Weise stattgefunden hatten und die dortige Krise auslösten, hätten die deutschen Arbeitnehmer nur träumen können, denn ihre Löhne stagnierten in dem gesamten genannten Zeitraum oder sanken sogar.

Die Lohnentwicklung kann man bis zum heutigen Tage dahingehend zusammenfassen, dass die griechischen Löhne aktuell 30 bis 50 Prozent über den Löhnen vergleichbarer Länder wie Polen oder den baltischen Staaten liegen, von Rumänien oder Bulgarien ganz zu schweigen. So kann Griechenland niemals wettbewerbsfähig werden und Frau Merkel kann diese Differenz zulasten der deutschen und europäischen Steuerzahler noch mit vielen hundert weiteren Milliarden subventionieren und uns alle weiterhin mit ihrem und dem Lügenmüll der EU-Kommission und der EZB fluten. Auch die noch so häufige Wiederholung macht aus Unsinn keinen Sinn.

Das ist die wirtschaftliche Seite – und das ist der Gedankengang von Big Brother NSA/USA –, die all diese massive und fortzusetzende Bereicherung Griechenlands zulasten aller anderen Europäer angeblich rechtfertigen sollen. Das ist so ein Totschlagargument wie die allgegenwärtige Nazikeule. So argumentiert, könnten wir alle aufhören zu arbeiten, weil es ohnehin sinnlos ist, da alle Anstrengungen Nordeuropas im Süden und vor allem durch die Europäische Zentralbank verbrannt werden.

Last but not least ein Wort zu dem offensichtlichen Schweigegelübde der gesamten EU-Nomenklatura zu den beträchtlichen Öl- und Gasvorkommen in Griechenland. Diese Vorkommen grenzen teilweise fließend an diejenigen Israels im Mittelmeer an, und diese haben die USA bereits fest für ihren Appendix Israel reserviert. Deshalb herrscht darüber eisernes Schweigen und ein modisches Sprechverbot wie zur Armutseinwanderung. Deshalb wohl will Griechenland ebenso wie der IWF und die EU zunächst einen Schuldenschnitt zulasten der europäischen Steuerzahler, damit das Griechen-Öl und -Gas später von US-Konzernen ausgebeutet und verteilt werden kann.

In Europa herrscht nur noch blanke Ideologie, und diese ist bekanntermaßen das Haupthindernis für die Einkehr von Vernunft und Verstand, so wie man deren Abwesenheit am Beispiel der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hervorragend bewundern kann.

Rüdiger Wendt, Bechtolsheim

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 15. August 2015

MELDUNGEN

Neue Waggons für Allenstein

Allenstein – Die Stadt an der Alle erhält als einzige in Polen eine Straßenbahn-Flotte aus neuen und modernen Wagen. Zurzeit kommen weitere Teile des rollenden Materials an. Jede, dieser 15 Wagen, die die Stadt gekauft hat, wird eine Breite von 2,5 Metern haben. Das bedeutet, dass die Reisenden etliche Zentimeter mehr Platz haben. Der letzte Wagen soll Ende September geliefert werden. Vorher werden die Stadt und der Produzent die Wagen voller Stolz auf der Danziger Messe vorstellen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Powiersen [Powierz], Baustelle; Powiersen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo], Baustelle; Kossewen [Kosewo] – Barranowen [Baranowo] Baustelle; Drosdowen [Drozdowo] – Tuchlinnen [Tuchlin], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Renovierung der Fußgängerzonen; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Ortelsburg [Szczytno], Renovierung der Fußgängerzonen; Ortelsburg [Szczytno] – Mlynsko, Renovierung der Brücke. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Renovierung der Fußgängerzonen. Straße Nr. 65: Prostken [Prostki], Baustelle. *E.G.*

»Es lebe die Straßenbahn«

Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk stellte zum 120-jährigen Jubiläum ehrgeizige Pläne vor

In diesem Jahr wird die Straßenbahn in Königsberg 120 Jahre alt. Die Pregelmetropole war eine der ersten Städte Europas, auf deren Straßen dieses öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt wurde. In den vergangenen Jahren wurden die meisten Strecken stillgelegt. Zum Jubiläum signalisierte Bürgermeister Alexander Jaroschuk eine Wiederbelebung der Straßenbahn.



Große Pläne: Alexander Jaroschuk stellte sich während der Feier den Fragen der Anwesenden. Bild: J.T.

Die erste elektrische Straßenbahn ratterte in Königsberg im Sommer 1895 über die Straßen. Zum 120. Jubiläum hatte das Straßenbahndepot der Firma „Königsberger Stadtverkehr“ seine Tore für Besucher geöffnet. Während der Exkursionen wurden Vorträge über die Geschichte des Unternehmens gehalten. Die Besucher hatten auch Gelegenheit, sich im Depot anzusehen, wie Straßenbahnen gebaut werden. Sie konnten auch einmal den Steuerknüppel selbst in die Hand nehmen und sich für kurze Zeit wie ein Straßenbahnfahrer fühlen. Einige Besucher nahmen an einer Fahrt mit der bekannten, liebevoll restaurierten „Düwag“ teil, die 1963 in Düsseldorf gebaut wurde. Heute wird sie für historische Stadtrundfahrten an den Sehenswürdigkeiten der Stadt vorbei genutzt.

Zunächst gratulierte Bürgermeister Alexander Jaroschuk den Altvorderen des Straßenbahndepots und übergab ihnen Dankesbriefe. Die vielen Besucher interessierte vor allem das künftige Schicksal der Straßenbahn im heutigen Königsberg. Viele befürchten, dass sie auf lange Sicht aus dem Straßenbild verschwinden wird, wie die Stilllegungen der letzten Jahre vermuten lassen. Zurzeit des Jubiläums existierte nur noch eine einzige Linie, die Nummer 5. Sie führt vom Fleischkombinat in der Aweider Allee bis zur Straße Ratslinden [Basseinaja] durch das Stadtzentrum. Kürzlich informierte die Stadt darüber, dass die Schienen vom Depot bis zur Österreichischen Straße [Prospekt Kalinina] entfernt werden. Der Grund ist der schlechte Zustand der Fahrbahn. Nach deren Erneuerung sollen die Schienen verlegt werden, allerdings nur noch einspurig. Die Sperrung der Brücke auf der Aweider Allee [Aleja Smelych] behindert den Verkehr an der Kreuzung in der Nähe des Südbahnhofs erheblich. Deshalb wird der Verkehr seit Ende Juni über einige Nebenstraßen einspurig umgeleitet. Die Stadtbeamten wollen diese neue Regelung beibehalten, weil sie aus ihrer Sicht sehr erfolgreich ist.

Ringlinie zur WM in Planung

Jaroschuk sah sich gemüßigt, auf die Besorgtheit der Bürger am Jubiläumstag einzugehen. Er erklärte, dass die Straßenbahn in Königsberg auch nach ihrem 120. Jubiläum weiter existieren werde. Der Bürgermeister versprach, die Schienen auf den Straßen von der Herzog-Albrecht-Allee [Thälmannstraße] und dem Steindamm [Leninskij Prospekt] bis zum Südbahnhof beizubehalten. Im Stadthaushalt für das kommende Jahr seien Mittel für die Schienenerneuerung und den Kauf neuer Waggons eingeplant. In den kommenden Jahren würden alle alten Straßenbahnen durch neue und moderne ersetzt. Das sei nicht schwer umzusetzen, da für die Bedienung dieser Route wenig erforderlich sei.

Der Bürgermeister vertiefte seine Zukunftspläne, insbesondere sprach er begeistert über das Projekt, eine Ringlinie um die Innenstadt zu bauen. Als weitere Herausforderung nannte er die Optimierung der Reisegeschwindigkeit. Zurzeit zuckelt die Straßenbahn durchschnittlich mit sieben Stundenkilometern durch die Stadt, aber zur Fußballweltmeisterschaft 2018 soll sie es auf 25 Stundenkilometer bringen.

Am Schluss seiner flammenden Rede wurde Jaroschuk emotional: „Sie erwartet eine große und wunderbare Zukunft. Es lebe die Straßenbahn!“ Doch die Zuhörer nahmen die vollmundige Aussage mit verhaltenem Optimismus auf – zu viele solcher Klänge verhallten schon. *Jurij Tschernyschew*

Tilsit wird entlastet

Auf neuer Brücke in Paskalwen entsteht ein Zollterminal

Nach zehnjähriger Bauzeit haben im nördlichen Ostpreußen zwei bedeutsame Verkehrsbauten ihren Abschluss gefunden. Eine 15 Kilometer lange Umgehungsstraße wird die Stadt Tilsit künftig vom Durchgangsverkehr entlasten, und eine neue Brücke über den Memelstrom wird den grenzüberschreitenden Transit- und Güterverkehr flüssiger gestalten. Bekanntlich ist die Tilsiter Königin-Luise-Brücke dem modernen Schwerlastverkehr seit Langem nicht mehr gewachsen und schlimmer noch sind die sich in den Straßen der Stadt stauenden und auf die Zollabfertigung wartenden Lkw, die mit Lärm und Abgasen eine unzumutbare Belastung für die Anwohner darstellen. Die Nachricht von der Fertigstellung der beiden Bauvorhaben wurde von der Bevölkerung mit großer Erleichterung aufgenommen.

Völkerverbindende Funktion



Ersetzt Tilsiter Königin-Luisen-Brücke: Zollbrücke in Paskalwen Bild: privat

Zur baldigen Inbetriebnahme des Transportkorridors Königsberg-Riga erfolgte Ende Juli in Paskalwen [Dubki] die feierliche Grundsteinlegung für ein Grenz- und Zollterminal. Hier entsteht einer der modernsten Grenzübergänge mit einer Abfertigungskapazität für 4000 Fahrzeuge. Für den Bau sind zwei Milliarden Rubel bewilligt worden. Mit der Fertigstellung wird bis zum Sommer 2017 gerechnet. Dann wird der Verkehr endlich rollen und – so Gouverneur Nikolaj Zukanow beim Verlegen der Grundsteinkapsel – sich auf die wirtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum Nachbarn Litauen günstig auswirken. In seiner Erwiderung bekräftigte der litauische Generalkonsul Vitautas Umbrasas die guten Beziehungen Litauens zum Königsberger Gebiet und gab seiner Gewissheit Ausdruck, dass der neue Brückenübergang Paskalwen [Dubki]-Rambinas für beide Länder eine völkerverbindende Funktion haben wird. *H. D.*

Radelnde Retter

Freiwillige des Allensteiner Roten Kreuzes leisten Hilfe



Ungewöhnlich: Erste Hilfe auf Rädern Bild: Marcin Kierul

Sie sind in der Lage, die unzugänglichsten Orte zu erreichen. Sie opfern ihre Freizeit, um sich um die Gesundheit und das Leben der Menschen in Allenstein zu kümmern. Die Rede ist von der Fahrrad-Rettungspatrouille, einer Mannschaft von elf Freiwilligen der Rettungsgruppe des Polnischen Roten Kreuzes (PCK) in Allenstein, die in der Stadt seit acht Jahren aktiv ist. Sie haben zwei Mountainbikes, mit denen sie auch in einem Gelände, das Rettungswagen Probleme bereiten würde, Hilfe bringen können. Jedes Rad ist mit einer Tasche mit medizinischem Gerät wie Defibrillator und Beatmungsgerät ausgerüstet.

Unterwegs sind sie in den von Allensteinern am meisten besuchten Orten wie dem Okúllsee oder großen Veranstaltungen. Der Chef der Allensteiner PCK-Rettungsgruppe Bartosz Romanowski sieht die Patrouille in bester Tradition: „Ähnliche Einrichtungen sind in den USA, Großbritannien und Deutschland sehr populär.“ Auch die Stadtverwaltung von Allenstein hofft, dass die Initiative ankommt. Vizepräsident Jarosław Sloma unterstreicht ihre Wirkung auf die Sicherheit der Menschen in der Stadt: „Das ist ein hervorragender Gedanke. Wir können uns noch sicherer fühlen, wir sind in guten Händen.“ Damit das auch so bleibt, werden die Radfahrer auch Einwohner der Stadt darin unterrichten, wie man erste Hilfe leistet.

Um die Tätigkeit der Patrouille zu optimieren, haben die städtischen Behörden eine spezielle Applikation vorbereitet. Das Programm „Paramedic“ ist ein Element des Systems zur Unterstützung der Dienste „Bezpieczny Olsztyn“ (Sicheres Allenstein). „So wissen die Diensthabenden der Stadt und der Ordnungspolizei genau, wo sich die Fahrrad-Patrouille befindet“, erklärt Paweł Micek von der Abteilung für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz der Stadt, „das macht die Leitung der Einsatzkräfte leichter.“ Und das tun sie noch bis zum 1. November. Dann werden die radelnden Retter die Umgebung der Allensteiner Friedhöfe patrouillieren. *Uwe Hahnkamp*

Unerkannt im Wohnzimmer

Warum sich so viele Möbelstücke von Kaiser Wilhelms Staatsjacht »Hohenzollern« (I) in bürgerlichen Haushalten finden

„Hohenzollern", das war nicht nur der Name des preußischen Herrscherhauses, sondern auch der von Kaiser Wilhelms II. Jachten. In vielen deutschen Wohnzimmern hingen damals Drucke der Gemälde dieser schwimmenden Residenzen, die aus der Hand bedeutender Maler stammten. Dort finden sich auch heute noch Relikte von Bord.

Der Möbelrestaurator in Bad-Honnef staunte nicht schlecht über den Mahagoni-Schreibsekretär, den ihm ein Professor zum Restaurieren gebracht hatte. Auf der Rückwand waren in grauer Vorzeit mit Stempeln die Schriftzüge „Hohenzollern" und „Kaiseradler" angebracht worden. Also anscheinend ganz und gar kein einfach antikes Möbelstück wie jedes andere. Die schlichten Messingklappbeschläge, die erstklassige Verarbeitung und vor allem die rückseitige Bezeichnung ließen auf eine frühere maritime Nutzung schließen.

Ortswechsel: Wie es der Zufall will, erzählte eine Dame aus Fedderwarden bei Wilhelmshaven im Jahre 2005 der örtlichen Regionalzeitung die Geschichte „ihres Prinzessinnenschreibtisches" und dass sie mehrere Möbelstücke von der Kaiserjacht „Hohenzollern" (I) besitze. Dort, am „Prinzessinnenschreibtisch", wie ihn ihre Mutter nannte, habe sie als Kind immer ihre Schularbeiten gemacht und sei von ihren Klassenkameraden deswegen oft ausgelacht worden. Keiner glaubte ihr damals, dass die Geschichte tatsächlich stimmte.

Tatsächlich meldeten sich auf den Zeitungsartikel hin einige Leser aus Wilhelmshaven, die ebenfalls Teile aus der Jacht nutzten. Zum Beispiel ein älteres Ehepaar, dessen Deckentäfelung in dem Altbau, in dem sie wohnen, wohl einst den opulent ausgestatteten Salon der „Hohenzollern" (I) zierte.

Wie kam nun so feudales Mobiliar in bürgerliche Hände? Die Antwort ist so einfach wie verblüffend. Nachdem die Hohenzollern" (I) durch die „Hohenzollern" (II) abgelöst, außer Dienst gestellt und schließlich in Wilhelmshaven an die Pier gelegt worden war, wurden die gesamten Möbel in Hallen eingelagert. Erst nur die Offiziere und Beamten in der Marinegarnison und schließlich alle, die es sich leisten konnten, erhielten Gelegenheit, sich mit mittlerweile zwar etwas unmodernen, aber immerhin immer noch imperialen Möbeln gegen bar auszustatten. So einfach lösen sich manche Geheimnisse.

Im Falle des „Prinzessinnenschreibtisches" lagen die Dinge so, dass der Großvater der späteren Eigentümerin seinerzeit in der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven beschäftigt war und die Gelegenheit genutzt hatte, sich mit guter Wertarbeit aus den Beständen der Jacht einzurichten. Seinerzeit gab es in seinem Besitz auch noch eine kleine Sitzgruppe mit Sesselchen, die jedoch nach dem Tode der Großmutter verschwunden waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der alte pensionierte Werftmann Mahagoniholz aus manchen Möbelstücken geschnitten, um damit Schnitzereien anzufertigen. So ging manches Stück endgültig dahin.

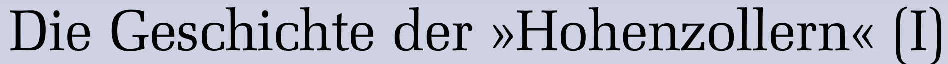


Eines von vielen Möbelstücken aus der Innenausstattung der „Hohenzollern" (I): Aufsatzbüffet Bild: Beer

Wenigstens der „Prinzessinnenschreibtisch" blieb verschont. Es wäre um ihn auch mehr als schade gewesen, denn wer kann schon einen Schreibsekretär sein Eigen nennen, an dem vielleicht Kaiser Wilhelm Depeschen unterzeichnete, oder ein Aufsatzbüffet, in das möglicherweise Prinz Heinrich von Preußen seinen kurz zuvor erworbenen silbernen Segelpokal einschloss?

Auch wenn nie eine Prinzessin an dem kleinen Schreibtischchen gesessen haben mag, all diese Möbelstücke könnten Geschichten erzählen von dem Schiff, auf dem sie einst über die Meere fuhren, der ersten Kaiserjacht „Hohenzollern". Wer weiß, irgendwo auf einem Dachboden oder in einer Altbauwohnung steht vielleicht noch so ein hölzerner Zeitzeuge und wartet auf seine Entdeckung.

M. Buschow



Die Geschichte der »Hohenzollern« (I)

Die Staatsjacht „Hohenzollern" lief am 5. Juli 1876 bei der Norddeutschen Schiffbau A.G. in Kiel vom Stapel. Am 10. April 1880 wurde der Aviso in Dienst gestellt. Das etwas über 90 Meter lange Schiff war ein Seitenraddampfer mit Schonertakelung und die Einrichtung wurde im Stil der Zeit von den besten Möbeltischlern rund um Kiel angefertigt. Schließlich sollte sich der Kaiser nebst Hofstaat wohl fühlen an Bord. Bekanntermaßen war Kaiser Wilhelm II. wesentlich maritimer veranlagt als seine Vorgänger und so verwunderte es nicht, dass der sogenannte „Reisekaiser", so oft es möglich war, mit dem schönen Schiff auf Reisen ging.

Mit dem Schiff machte er nicht nur seine geliebten Nordlandreisen, sondern besuchte er auch seine Großmutter Königin Victoria von England, Kaiserin Elisabeth von Österreich (die traurige Sisi) auf Korfu, den Zaren sowie den norwegischen und den schwedischen König, um nur einige zu nennen.

Aber technischer Fortschritt und Mode machten auch vor einem schwimmenden Schloss nicht halt. Im Vergleich mit den modernen schraubengetriebenen Schiffen gegen Ende des 19. Jahrhunderts war ein Raddampfer mit Hilfssegeln eine lahme Ente – und ausstattungsmäßig eben auch unmodern geworden, schließlich kündigte sich die Ära des Jugendstils an. Plüschiges Ambiente war nicht mehr en vogue.

Als am 27. Juni 1891 die funkelnagelneue Kaiseryacht „Hohenzollern" (II) vom Stapel lief, musste der Veteran, die alte Nummer eins, ihren Namen abgeben und wurde in „Kaiseradler" umbenannt. Nach dieser Degradierung durfte sie noch einmal nach Tromsö, zu den Segelwochen von Cowes und schließlich mit Ehrengästen hinter dem neuen Flaggschiff, der weißen „Hohenzollern" (II), herschippernd an der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, des heutigen Nord-Ostsee-Kanals, teilnehmen.

SMY „Hohenzollern" (I): Gemälde von Willy Stöwer um 1888 Bild: Archiv

Am 28. August 1895 war dann endgültig Schluss, sie wurde außer Dienst gestellt. Erst sollte sie schnöde versteigert werden, nur fand sich niemand, der das alte Schiff haben wollte. Der Versuch eines Verkaufs ins Ausland schlug ebenfalls fehl. Schließlich legte man den Veteran in Wilhelmshaven an die Pier und räumte ihn aus. Der leere Rumpf wurde nach Danzig geschleppt und 1912 abgewrackt.

M.B.

Teure Heimat

»Blau blüht der Einzian« und »Schlesierlied« –Vor seinem Auftritt in Oppeln beantwortet Heino heimatbezogene Fragen

Am 16. August steht Heino auf der Bühne des Oppelner Amphitheaters und singt hier unter anderen das Schlesierlied. Till Scholtz-Knobloch befragte den Künstler zu seiner „Sehnsucht nach Schlesien" und dem Auftritt, zu dem seine Band viele Volkslieder erst einüben musste.

Erinnern Sie sich? 1997 hatte sich der Männerchor im brandenburgischen Falkensee bei Berlin geweigert, mit Ihnen aufzutreten, weil Sie auf einem dortigen Konzert das Schlesierlied singen wollten.

Heino: Ja, es wurde immer wieder deutlich, dass das Schlesierlied mehr als nur ein wunderschönes Lied ist. Eigentlich sollte dieses Volkslied vor allem die Schönheit Schlesiens preisen. Es ist wirklich einer meiner Herzenswünsche, einmal in meiner langjährigen Laufbahn dieses Lied in Oberschlesien zu singen. Am 16. August wird dieser Wunsch wahr.

2015 kommen Sie quasi mitten ins Herz des Wohngebiets der deutschen Schlesier in Oppeln. Da ist das Schlesierlied doch bestimmt für das Finale als krönender Abschluss geplant, oder?

Heino: Neben all meinen anderen bekannten Volksliedern, wie „Blau blüht der Enzian" oder „Schwarzbraun ist die Haselnuss", wird natürlich das „Schlesierlied" einen ganz besonderen Platz in meinem Programm erhalten. Ich freue mich darauf, dieses Lied im Oppelner Amphitheater anzustimmen und mit einem Riesen-Chor der Deutschen Minderheit zum Klingen zu bringen. Auf den meisten Eintrittskarten soll auf der Rückseite sogar der Text gedruckt sein, damit wirklich jeder von vorne bis hinten lautstark einstimmen kann. Das wird gewiss ein emotionaler Höhepunkt und vielleicht eines der schönsten Erlebnisse meiner 50-jährigen Musikerkarriere.

Sie sind für viele Deutsche in Polen der Inbegriff für deutsche Volksmusik. Der ein oder andere macht sich nun aber Sorgen, bei Ihrem Auftritt könnte Ihr Ausflug in die Rockmusik zu sehr im Mittelpunkt stehen. Entwarnung?

Heino: Einmal im Herzen der Deutschen Minderheit in Oppeln ein großes Konzert zu geben, war mein Wunsch und meine Idee. Mein Freund Toby hilft mir dankenswerterweise als Veranstalter vor Ort. Für die jahrzehntelange Treue der Deutschen Minderheit möchte ich mich mit diesem Konzert herzlichst bedanken. Ich weiß, welche meiner Lieder die Deutsche Minderheit auch durch ganz dunkle Zeiten begleitet haben und wie sie ein Halt an die Heimat waren: Es sind die schönen deutschen Volkslieder. Mein Dankeschön möchte ich mit all meinen schönsten Volksliedern zum Ausdruck bringen und auch wieder wahre Volkslieder-Perlen wie „Teure Heimat" oder „Ännchen von Tharau" aufführen.



Heimat im Herzen: Schlagerstar Heino Bild: Piosenka plus

Wieso aber überhaupt Rockmusik? Und das ausgerechnet im Jahr des 50. Bühnenjubiläums.

Heino: Über die Jahre hat es in Deutschland die Volksmusik immer schwerer gehabt. Und ich wollte mich nach so vielen Jahren auch noch einmal neu erfinden. Als Juror bei Dieter Bohlens „Deutschland sucht den Superstar" lernten mich auch viele neue und junge Leute kennen. In Deutschland habe ich mit rockigen Klängen mein Publikum erweitern können und es ist wirklich sehr erfolgreich, überraschend erfolgreich. Nach Schlesien komme ich aber als „der alte Heino". Für das Konzert im Amphitheater übt meine Band nun extra alle alten Volkslieder ein und wir proben für dieses eine Konzert ganz fleißig. In Oppeln werden wir kein Rockkonzert geben – ich habe meine Fans doch nicht vergessen, die mich zu dem gemacht haben, was ich bin.

Worauf dürfen sich Ihre Fans in Oppeln sonst freuen?

Heino: Es wird ein einzigartiges Konzert werden. Ich glaube, so etwas gab es noch nie, und wird es vielleicht auch nie wieder geben. Sogar aus Deutschland reisen Fans an, weil sie noch einmal Heino mit all seinen Volksliedern live erleben möchten. Und ich bringe extra meine Band mit, dass es ein besonders großer und wertiger Abend wird. Alles auf der Bühne ist live, von den Instrumenten bis zum Gesang. Gerade bei einem singfreudigen und textsicheren Publikum ermöglicht dies unglaublich schöne Momente. Und für einen Kurzauftritt habe ich auch Toby aus München eingeladen. Sein „Sehnsucht nach Schlesien" ist ja irgendwie das Schlesierlied der Neuzeit.

Als Sie zwei Jahre alt waren, starb Ihr Vater im Krieg. Haben sie noch Erinnerungen an die Zeit der langen Evakuierung oder persönliche Erinnerungen an 1945 und danach?

Heino: Familie ist das wertvollste auf der Welt, die Wurzeln prägen das ganze Leben. Durch meine eigene Familiengeschichte kann ich mich in viele Schicksale der Deutschen Minderheit gut einfühlen und fühle mich ihr sehr verbunden. Gestern wie heute ist Vertreibung ein Verbrechen. Und ich bin glücklich, dass die eine oder andere Heino-Melodie ein bisschen Licht in ganz dunkle Zeiten vieler gezaubert hat. Vielleicht ist dies auch der innere Antrieb, dass ich mich mit 77 Jahren nochmal in den Proberaum begebe, mit meiner Band ein zweistündiges Volksliederprogramm über Wochen einstudiere und mir dieser Abend in Oppeln so ausgesprochen wichtig ist.

2018 werden Sie 80 Jahre alt. Andere denken da ans Aufhören. Aber doch nicht Heino?

Heino: So lange der liebe Gott mir Gesundheit schenkt, werde ich singen. Und meine Hannelore ist außerdem mein großer Antrieb und bester Motivator. Hannelore kommt übrigens auch mit nach Oppeln. Ich habe gehört, dass das „Venedig an der Oder" für verliebte Pärchen besonders romantisch sein soll. Ein weiterer Grund, sich auf Oberschlesien zu freuen.

Seit 1979 erscheint in unserer Zeitung Woche für Woche die „Ostpreußische Familie" aus der Feder von **Ruth Geede**. Im 100 Lebensjahr stehend, muss auch sie einmal eine Schaffenspause einlegen. Danach wird sich Ruth Geede wieder an alter Stelle und in gewohnter Weise ihrer „Ostpreußischen Familie" widmen.



ZUM 102. GEBURTSTAG

Bsdurreck, Selma, geb. **Klingenberg**, aus Heldenfelde-Romotten, Kreis Lyck, am 15. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Fidorra, Frieda, geb. **Roßmannek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kosidowski, Marta, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 16. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August
Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. August
Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, am 20. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August
Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August
Rieck, Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. August
Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Elbrecht, Gisela, geb. **Regier**, aus Ortelsburg, am 19. August
Rautenberg, Fritz, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August
Stein, Hanna, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Boettcher, Margarete, geb. **Kowalewski**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 20. August
Gassner, Elisabeth, geb. **Leimann**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. August
Gehne, Meta, geb. **Benger**, aus Schloßpark, Kreis Ebenrode, am 18. August
Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August
Krüger, Frieda, geb. **Sanio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August
Ruhnau, Christel, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. August
Schneider, Wanda, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baginski, Erwin, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Foth, Carlos, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. August
Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Herrmann, Irmgard, geb. **Andres**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August
Kuckuck, Erna, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 20. August
Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August
Skirlo, Ursula, geb. **Schiweck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. August
Stach, Ernst-Otto, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. August
Zielasek, Dr. Gotthold, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Breitkreuz, Gertrude, geb. **Jorzenuk**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August
Clausnitzer, Dr. med. Ruth, geb. **Bludau**, aus Ortelsburg, am 21. August
Czernitzki, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 16. August
Diestel, Brigitte, geb. **Bark**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 21. August
Döring, Charlotte, geb. **Lemke**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 17. August
Grams, Ruth, geb. **Bialluch**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Kunkel, Ursula, geb. **Böhm**, aus Heiligenbeil, Neubauerweg 7, am 16. August
Niemeier, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 20. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August
Raths, Ruth, geb. **Kelbch**, aus Ortelsburg, am 18. August
Sadowski, Ernst, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brehmer, Adelheid, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 16. August
Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August
Cub, Siegfried, aus Milussen, Kreis Lyck, am 16. August
Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. August
Flegel, Herta, geb. **Lasogga**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 18. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Hirsch, Irma, geb. **Schatta**, aus Rechenberg, Kreis Sensburg, am 17. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
König, Grete, geb. **Roßmannek**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Majonek, Hildegard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. August
Milpacher, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August
Pentzek, Helmut, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 21. August
Porath, Ruth, geb. Schlaugat, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 21. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August
Rattay, Gerhard, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Scheerer, Else, geb. **Wawrzyn**, aus Lyck, am 15. August
Tabbert, Gertrud, geb. **Schatta**, aus Rechenberg, Kreis Sensburg, am 17. August
Tyschak, Alfons, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Wentland, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bürgermeister, Lore, geb. **Körner**, am 21. August
Chitralla, Kurt, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 18. August
Fehlau, Edith, geb. **Redner**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 21. August
Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 19. August
Helbing, Willy, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, am 19. August
Janßen, Edith, geb. **Haasler**, aus Klein Neuhof-Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Januschak, Lydia, geb. **Kunter**, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 15. August
Knihs, Georg, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, am 17. August
Kolbe, Elfriede, geb. **Festerling**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. August
Mlodoch, Hildegard, geb. **Krause**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 21. August
Nagel, Inge, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August
Noback, Lieselotte, geb. **Schiewek**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Olschewski, Renate, aus Kielen, Kreis Lyck, am 17. August
Rapelius, Käthe, geb. **Jakubczyk**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 16. August
Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August
Sedello, Edeltraud, geb. **Dibowski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Seelig, Fritz, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 16. August
Strauch, Charlotte, geb. **Erlach**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 20. August
Urbschat, Horst, aus Wehlau, am 17. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Burbulla, Reinhold, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Ellerbrake, Gisela, geb. **Beitat**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 17. August
Gottheit, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. August
Hager, Christel, geb. **Rauter**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 19. August
Hoffmann-Dobler, Elfriede, geb. **Hoffmann**, aus Wehlau, am 16. August
Jutzas, Siegfried, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Kitsch, Martin, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 17. August
Kösling, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August
Konietzko, Bruno, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. August
Kowalewski, Hans-Günter, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 15. August
Kurs, Hanna, geb. **Hinz**, aus Watzum, Kreis Samland, am 17. August
Machhein, Günter, aus Groß Holstein, Kreis Samland, am 19. August
Mentz, Dagmar, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. August
Niklas, Gerhard, aus Gusken, Kreis Lyck, am 21. August
Pesarra, Ruth, geb. **Stach**, aus Ortelsburg, am 17. August
Philipowski, Gisela, geb. **Hinz**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 18. August
Pikus, Friedmund, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 15. August
Röse, Hildegard, geb. **Borchert**, aus Steinhof, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Sawitzki, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Seidler, Ingeborg, geb. **Hoch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 15. August
Seifert, Manfred, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 17. August
Tutas, Hans, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 21. August
Ulbrich, Ursel, geb. **Häcker**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. August
Zachau, Harry, aus Wehlau, am 21. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Albrecht, Annelie, geb. **Böhm**, aus Peyse, Kreis Samland, am 17. August
Bautze, Lutz-Henning, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 19. August
Brand, Hannelore, geb. **Stroehl**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 17. August
Ermisch, Lothar, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 20. August
Fichtner, Manfred, aus Wehlau, am 15. August
Holzbach, Veronika, geb. **v. Steegen**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 20. August
Kiaulehn, Erich, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 18. August
Landt, Gerhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. August
Lohpens, Joachim, aus Lauk, Kreis Heiligenbeil, am 21. August
Riemann, Horst, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 20. August
Sadlowski, Manfred, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Sasse, Gisela, geb. **Sadlowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Schulze, Lothar, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. August
Stiehm, Eva, geb. **Wenskat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. August
Stöbke, Gerhard, aus Lauk, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Sturm, Ruth, geb. **Mroß**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. August
Wittke, Brigitte, geb. **Fischer**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 21. August



Junker, Rudolf, und Ehefrau Waltraud, geb. **Lendzian**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Krampitz, Jürgen, und Ehefrau Margarete, geb. **Tomescheit**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. August
Otte, Willi, und Ehefrau Gertrud, geb. **Gollub**, aus Lyck, am 20. August

TERMINE DER LO

2015
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

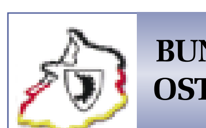
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

Lüneburg – Um „Anmut im märkischen Sand. Die Frauen der Hohenzollern" geht es am Mittwoch, dem 26. August, im Heinrich-Heine-Haus, Am Ochsenmarkt 1A, wenn Christine von Brühl ab 19 Uhr aus ihrem gleichnamigen Buch liest. Die Berliner Autorin schildert den Einfluss der Hohenzollern-Frauen auf die preußische Erfolgsgeschichte. Sie zeigt auf, welche Impulse und Ideen sie für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes mitbrachten. Der Eintritt kostet fünf Euro.
Weitere Informationen: Literaturbüro Lüneburg, Telefon (04131) 3093687.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 15. August, 15.35 Uhr, EinsFestival: Käte Kruse. TV-Drama, D 2015.
SONNABEND, 15. August, 16.35 Uhr, ZDF Neo: Terra X – Wie menschlich sind Menschenaffen, Wissens-Doku D 2015.
SONNABEND, 15. August, 22.05 Uhr, 3Sat: Der Wagner-Clan Eine Familiengeschichte. Historiendrama D 2013.
SONNABEND, 15. August, 22.30 Uhr, Phoenix: Schweig, Verräter – US-Geheimdienstler, die an die Öffentlichkeit gehen. Reportage.
SONNTAG, 16. August, 18 Uhr, ZDF Info: Die geheimen Bunker der DDR und der Schweiz. Reportage D 2004.
SONNTAG, 16. August, 19.10 Uhr, ZDF: Berlin Direkt – Sommerinterview mit Angela Merkel.
SONNTAG, 16. August, 19.30 Uhr, ZDF: Rätsel Mensch – Wie wir fühlen. Wissens-Doku.
SONNTAG, 16. August, 20.15 Uhr, Kabel Eins: Die spektakulärsten Kriminalfälle – der Mord am Schauspieler Walter Sedlmayr. Kriminal-Doku
SONNTAG, 16. August, 20.15 Uhr, SWR SR: 100 Jahre Landwirtschaft im Südwesten – wie die Technik aufs Land kam. Technik-Doku.
MONTAG, 17. August, 19.25 Uhr, ZDF: Abzocke in Deutschland – Verbotene Preisabsprachen unter Herstellern von Alltagsprodukten. Reportage.
MONTAG, 17. August, 20.15 Uhr, NDR: Rudi Carell – unvergessen. TV-Porträt
MONTAG, 17. August, 21.45 Uhr, Das Erste: Nigerias gestohlene Kinder. Reportage
DIENSTAG, 18. August, 20.15 Uhr, Arte: Russland, die Milliarden und die Liebe – aus dem Leben russischer Oligarchenfrauen. Doku, D 2015.
DIENSTAG, 18. August, 21 Uhr, ZDF: Tierfabrik Deutschland – Von Billigfleisch und Wegwerfküken. Reportage.
DIENSTAG, 18. August, 23.10 Uhr, Arte: Die Schätze des Vatikans. Kunstdoku.
MITTWOCH, 19. August, 20.15 Uhr, NDR: Expedition ins Tierreich – Die Ostsee zwischen Deutschland und Estland.
MITTWOCH, 19. August, 22.15 Uhr, Phoenix: Die Macht der Banker. Zwei Finanzmarkt-Dokus.
DONNERSTAG, 20. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Costa Concordia – Die ganze Geschichte.
FREITAG, 21. August, 20.15 Uhr, WDR: Wie vor hundert Jahren – wie das Volk um 1900 mobiler wurde.
FREITAG, 21. August, 21.15 Uhr, NDR: Bloß nicht ins Heim – Mit über 60 in die Wg.
FREITAG, 21. August, 23.15 Uhr, WDR: Die Geschichte der Jugendherbergen.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

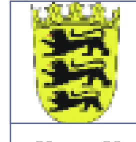


BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de,

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der Deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Es wird nur alle drei Jahre veranstaltet und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober, Düsseldorf: Bundestreffen. Am 11. Oktober 2015 steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm, das Ende 2015 seine Tore schließen wird.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

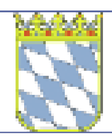
Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Stuttgart – Sonnabend, 29. August, 14,30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Die Westpreußen der Stuttgarter Gruppe treffen sich zum interessanten Kulturnachmittag unter Leitung von Herrn Schwalke. Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Von Stuttgart nach Berlin zum Tag der Heimat

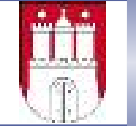
Der BdV-Landesverband Baden-Württemberg veranstaltet eine Sechs-Tages-Fahrt zum zentralen Tag der Heimat in Berlin. Sie beginnt am 25. August und führt über Dresden nach Berlin, wo am 29. August um 12 Uhr die Feierstunde zum Tag der Heimat anfängt. Der Festakt findet im Urania-Gebäude statt, mit anschließender Kranzniederlegung am Berliner Mahnmal der deutschen Vertriebenen. Rückfahrt am 30. August. Anmeldungen: Frau Wulff, BdV Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 18. August, 14 Uhr, Hotel-Gasthof Zur Insel, Badstraße 16, 84028 Landshut: Gemeinsames Treffen im Garten der „Insel" – Dienstag, 1. September: Ausflug mit privaten Pkw zum Arber im bayerischen Wald.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGERUPPE

Sonnabend, 29. August, 45. Berlinfahrt zum „Tag der Heimat" unter dem Leitwort „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute" (siehe auch Seite 18).

Wichtige Hinweise zum Programm:

1) Bitte am Sonnabend, um 7.30 Uhr am ZOB sein, damit wir um 7.45 Uhr abfahren können. Wir bitten dringend, die 35 Euro Reisekosten zu überweisen, beziehungsweise bar in der Geschäftsstelle im Haus der Heimat einzuzahlen.

2) Auf der Hin- und Rückfahrt werden lmbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte. Sie wird in Berlin in eine Eintrittsund Platzkarte getauscht. Dort gibt es auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen über Aktuelles.

3) Eine Ansprache erfolgt um 12 Uhr durch Bernd Fabritius als Präsident des Bundes der Vertriebenen. Die Festrede hält der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil. Das Programm wird musikalisch von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt.

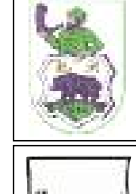
4) Nach dem Festakt erfolgt um 15 Uhr eine Kranzniederlegung am Zentralen Mahnmal. Für die „Hamburger" beginnt eine historische Berlin-Stadtrundfahrt.

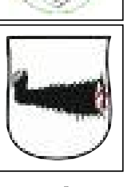
5) Den Mittagsimbiss nehmen wir am Prager Platz 1–3, 10779 Berlin. im „Ristorante San Marino" ein. Die Reisenden erhalten einen „Bonus". Danach geht es zum „Reiterdenkmal Friedrich des Großen", Unter den Linden. Dort verabschieden wir uns nach einem traditionellen Sektumtrunk mit deutschem Volksliedgut von der Hauptstadt Berlin mit einem „Dankeschöngeschenk" zum Abschied!

6) Um rechtzeitig wieder in Hamburg einzutreffen, planen wir etwa gegen 19 Uhr aus Berlin abzufahren und wollen um 22.30 Uhr in Hamburg sein.

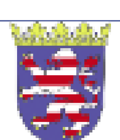
Anmeldung unter: Telefon/Fax (040) 34 63 59, Geschäftsstelle (10–14 Uhr), oder Telefon/Fax: (040) 41924456, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.

KREISGRUPPEN





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellem Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

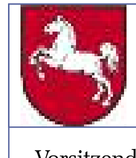
Darmstadt/Dieburg – Die Sommerpause geht langsam dem Ende zu, und die nächste Zusammenkunft im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein findet am Sonnabend, 15. August, um 15 Uhr, wie immer mit Kaffee und Kuchen statt. Wie bereits angekündigt, steht an diesem Nachmittag ein Lichtbildervortrag von Karla Weyland unter dem Titel „Auf unserer Wiese gehet was" auf dem Programm.

Wiesbaden – Das Wetter meinte es gut mit den über fünfzig Besuchern des Sommer-Gartenfestes, zu dem sich die Landsleute und Freunde des Vereins über 20 Jahre hindurch treffen.

Mit einem abwechslungsreich zusammengestellten Programm hielt das Musikduo Matthias Budau und Markus Hübenthal die Festgesellschaft bei guter Laune und lud mit bekannten Stimmungsliedern zum Mitsingen und Schunkeln ein, nachdem Kaffee und Kuchen – wie gewohnt von der Konditorei Gehlhaar (früher Königsberg i.Pr.) gebacken – köstlich geschmeckt hatten.

Etwas Besonders hatte sich Brigitta Büring ausgedacht: Sie spielte unser Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" auf der Mundharmonika – und natürlich stimmten alle Gäste freudig mit kräftigem Gesang ein. Beim Würfelspiel erwiesen sich Helga Kukwa und Margitta Krafczyk am erfolgreichsten und wurden vom Vorsitzenden Dieter Schetat mit Sektpreisen belohnt.

Wie gewohnt gab es gegen Abend wieder Steaks und Bratwurst mit Kartoffelsalat, die der Grillmeister des Gartenvereins liebevoll zubereitet hatte. Beim Auseinandergehen war sich die Preußenschar einig: Es war wieder ein harmonisches geselliges Miteinander. Und so ist auch das Sommer-Gartenfest für das nächste Jahr bereits gebucht.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 27. bis Sonntag, 28. August: Berlinfahrt.

Helmstedt – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen. Der nächste Termin findet am 10. September statt.

Osnabrück – Freitag, 21. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Gemeinsames Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 25. August, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

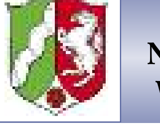
Über 1000 Besucher auf dem Wetzstein

Das Altvaterturmfest vom 1. bis 2. August wurde mit über 1000 Heimatvertriebenen und anderen Besuchern auf dem Wetzstein bei Lehestein gefeiert Ostpreußische Heimatfreunde, wie Edeltraud Dietel, die Landesvorsitzende der Landsmannschaft in Thüringen, Familie Kerwin aus Leipzig, Frau Tänzer aus Leutenberg und viel andere konnten am großen Mahnmal gegen Vertreibung, dem Altvaterturm, begrüßt werden.

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen stattete den musealen Raum der Ostpreußen im siebten Obergeschoss mit umfangreichem Infomaterial zu diesem besonderen Höhepunkt aus, um auch anderen Heimatfreunden und Besuchern diese Vertreibungsregion näher zu bringen. Dafür sagen wir Wolfgang Freyberg und seinem Team herzlichen Dank.

In den Gottesdiensten an beiden Tagen gingen die Pfarrer in deutlichen Worten auf das Thema Vertreibung im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und der neueren Geschichte ein. Leider haben unsere Politiker nichts aus dieser großen menschlichen Tragödie nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 20. September, 15 Uhr, Räumlichkeiten der Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.



Im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus am 17. August : Vortrag über Herbert Hupka (1915–2006) Bild: Archiv Landsmannschaft Schlesien

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – 15. August, 18 Uhr: Feierstunde anlässlich der Ausstellung der Pommerschen Landsmannschaft „Vertrieben und Vergessen – Pommern in der deutschen und europäischen Geschichte". Die Ausstellung läuft bis zum 10. September. – Montag, 17. August, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Zum 100. Geburtstag von Herbert Hupka" – Vortrag von Dr. Guido Hitze. – Dienstag, 18. August, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Bernd Fabritius, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen ist zu Gast. – Mittwoch, 2. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt – Donnerstag, 3. September, 19,30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Ennepetal – Donnerstag, 20. August, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Köln – Die Versammlung der Ostpreußenrunde, die jeden dritten Dienstag des laufenden Monats stattfindet, fällt im August wegen Urlaub vieler Mitglieder aus. Der Vorstand wünscht allen eine erholsame Zeit. Wir treffen uns wieder am 15. September um 14:30 Uhr im Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43, das mit den Linien der KVB 3 und 4 von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten erreicht werden kann.

Remscheid – Zu der beliebten Weinfahrt am 22. August lädt die Kreisgruppe alle Mitglieder und Gäste herzlich ein. Wir wollen den schönen Rhein diesmal ganz direkt genießen und fahren von Königswinter, wo uns der Bus zunächst zu einem Mittagessen ins Rheinhotel „Loreley" gebracht hat, per Schiff rheinaufwärts bis Linz. Hier wendet das Schiff und bringt uns zurück nach Königs-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Anzeige

Aus der Heimat einst vertrieben,
die du doch so sehr geliebt,
gehst du heim in ew'gen Frieden,
wo der Herr dir Ruhe gibt.

In Dankbarkeit für ein langes und erfülltes Leben nehmen wir Abschied von

Horst Wollermann

geb. 18. Mai 1922 Balga/Ostpreußen — gest. 27. Juli 2015 Eckernförde

In liebevoller Erinnerung
Dr. Susanne Dessauer, geb. Wollermann
Laura Dessauer
im Namen aller Angehörigen

Traueranschrift:
Dr. Susanne Dessauer, Am Gutspark 26, 30539 Hannover

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 6. August 2015, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Engesohder Friedhofes in Hannover, Orli-Wald-Allee, statt.

Bestattungsinstitut Adolf Babst, 30171 Hannover, Oesterleystraße 14

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

winter. Per Bus geht es dann das letzte Stück Weges heimwärts. Alles nähere bei Frau Beck, Telefon (02191) 51103 oder Frau Pokropowitz, Telefon (02191) 62070.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Mittwoch, 19. August, 14.15 Uhr, Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie: Nachmittagsfahrt mit dem Schiff in den Rheingau (Rückkehr zum Fischtor gegen 17.05 Uhr),



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 1. September, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Auch in der Urlaubszeit gehen die Vorbereitungen für die 61. Angerburger Tage am 12. und 13. September in Rotenburg (Wümme) weiter. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg laden dazu recht herzlich in die liebenswerte Kreisstadt an der Wümme ein. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der Theodor-Heuß-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 61. Angerburger Tage am Sonnabend, den 12. September um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in öffentlicher Sitzung die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung). Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2016.

Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die Neuwahl des Kreisvertreters und zweier Stellvertreter sowie von vier weiteren Vorstandsmitgliedern stehen. Für die Zukunft der Kreisgemeinschaft durfte auch der Tagesordnungspunkt 18 wichtig sein: Beschlussfassung über Satzungsneufassung. Mit der Neufassung soll den heutigen organisatorischen und rechtlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden. Nutzen Sie also die Gelegenheit sich zu informieren.

Um 13.30 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kreisrundfahrt, die uns nach Scheeßel führen wird, wo wir Kaffee/Tee und Kuchen erhalten. Es ist ein Kostenbeitrag von unverändert 10 Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 31. August nötig.

Ab 15 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule geöffnet für alle, die nicht an der Busfahrt teilnehmen und sich mit Bekannten treffen wollen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird Wolfgang Brandes auf unterhaltsame und informative Art die einzigartige Geschichte des Liedes „Ännchen von Tharau“ erzählen. In anschließender geselliger Runde lassen wir den Tag ausklingen.

Die Angerburger Tage werden am Sonntag, den 13. September, fortgesetzt. Ab 9.30 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule für die Angerburger geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Die Gastrede wird Barbara Loeffke aus Lüneburg, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis mit alten und neuen Freunden in der Mensa der Schule. Dort besteht auch Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kuchen, Kaffee, Tee oder andere Getränke angeboten.

Am Sonnabend und Sonntag sind das Angerburger Zimmer (Heimatstube) mit Archiv und Geschäftsstelle am Standort. Weicheler Damm 11, von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. An anderen Tagen ist ein Besuch nach vorheriger Absprache möglich. In der Theodor-Heuß-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 155 (Juni 2015) auf den Seiten 46/47 abgedruckt. Die auf der Seite 48 angebotene Busfahrt findet natürlich am 12. September statt. Auf Seite 47 des Angerburger Heimatbriefes Nr. 155 sind die Übernachtungsmöglichkeiten aufgeführt. Im Helmut Tietje-Haus, Verdener Straße 104, Telefon (04261) 83041, sind für die Angerburger einige Zimmer reserviert. Bitte geben Sie bei der Bestellung an, dass Sie die Angerburger Tage besuchen wollen. Es empfiehlt sich, die Zimmerbestellung möglichst umgehend vorzunehmen.

Es ist wichtig, dass die Angerburger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Durch Ihren Besuch der 61. Angerburger Tage am 12. und 13. September stärken Sie auch die Arbeit des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Angerburg. Auch einige Tage Urlaub im Patenkreis würden sich lohnen. Der Vorstand würde sich über viele Besucher freuen und wünscht Ihnen eine gute Zeit, wo immer Sie die auch verbringen.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



Auf nach Rotenburg an der Wümme zu den Angerburger Tagen! In der Theodor-Heuß-Schule wird unter anderem eine Feierstunde stattfinden Bild: privat

Heimatbrief

Inzwischen dürfte der Angerburger Heimatbrief Nr. 155 – Juni 2015 – bei allen Leserinnen und Lesern trotz des Poststreiks eingetroffen sein. Wer ihn noch nicht erhalten hat oder ihn künftig erhalten möchte, wende sich bitte an unsere Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme), die dienstags und mittwochs auch in der Urlaubszeit von 8.30 bis 12.30 Uhr besetzt ist.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Vom 10. bis 11. September findet das Kreistreffen und die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf statt. Eingeladen sind alle ehemaligen Bewohner des Kreises, deren Nachfahren sowie alle Freunde Ostpreußens. Das Programm am Donnerstag, 10. September:

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer/Delegiertenversammlung, Treffen im Restaurant

16 bis 18 Uhr: Film- und/oder Diavorträge

Das Programm für Freitag, 11. September:

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10.15 bis 11.45 Uhr: Unser Bildarchiv/unsere Homepage, Wolfgang Nienke, Film- und/oder Diavorträge;

12 Uhr: Mittagessen im Restaurant

14 Uhr: Eröffnung des Treffens, Totenehrung, Grußwort der stellvertretenden Landrätin, Berichte 2015 von den Kirchspielvertretern, Wahlen und Ehrung;

16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Plachandern

Ab 18 Uhr Musikalische Unterhaltung

Weitere Informationen: Für Übernachtungsmöglichkelten bitten wir mit dem Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110 oder dem „Parkhotel Deutsches Haus“, Bahnhofstraße 22, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 94 370; Fax (05723) 9437 500 oder dem Kur- und Verkehrsverein, Kurhausstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Kontakt aufzunehmen.

Elchniederung, Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit

Am Sonnabend, 12. September, beginnt um 10 Uhr das Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Elchniederung und der Stadtgemeinschaft Tilsit. Austragungsort ist das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf. Das Programm: Eröffnung durch James-Herbert Lundszien. Es folgen Totenehrung und die Begrüßung durch die Kreisvertreter Manfred Romeike (Elchniederung), Hans Dzieran (Tilsit-Stadt) und Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit). Anschließend hält Jürgen Leiste einen Vortrag zum Thema „Naturschutzgebiet Elchwald gestern und heute“. Zwischen 11.30 Uhr und 13 Uhr: Mittagspause. Als Festredner wird dann Wilhelm von Gottberg das Wort übernehmen. Um 14 Uhr tritt der „Schaumburger Shanty-Chor“ auf. Danach gibt es ein geselliges Beisammensein. Die Schlussworte spricht Manfred Romeike. Gegen 17 Uhr wird die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes beendet.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Neuwahlen

Die Wahlvorschläge des Vorstandes zur Neuwahl der Mitglieder des Kreistages der Heimatkreisgemeinschaft für die Wahlperiode 2015 bis 2019 sind in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Nummer 20 vom 20. Mai sowie im Heimatbrief „Kreis Gerdauen“ Nummer 55/2015 veröffentlicht worden. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 3. August 2015 wurde kein weiterer Wahlvorschlag seitens der Mitglieder eingereicht. Nach Paragraph 5 Absatz 3 der Wahlordnung gelten daher nachfolgende vom Vorstand vorgeschlagene Personen als gewählte Mitglieder des Kreistages für die Wahlperiode 2015 bis 2019.

Für das Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Dietmar Plaumann, Lothar Scharnowski.

Für das Kirchspiel Nordenburg: Brigitte Havertz-Krüger, Walter Mogk, Doris Biewald, Margitta Romagno.

Für das Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher. Jürgen Wokulat.

Für das Kirchspiel Friedenberg: Klaus-Dietrich Rahn.

Für das Kirchspiel Groß Schönau: Karin Leon.

Für das Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick, Frauke Bannick.

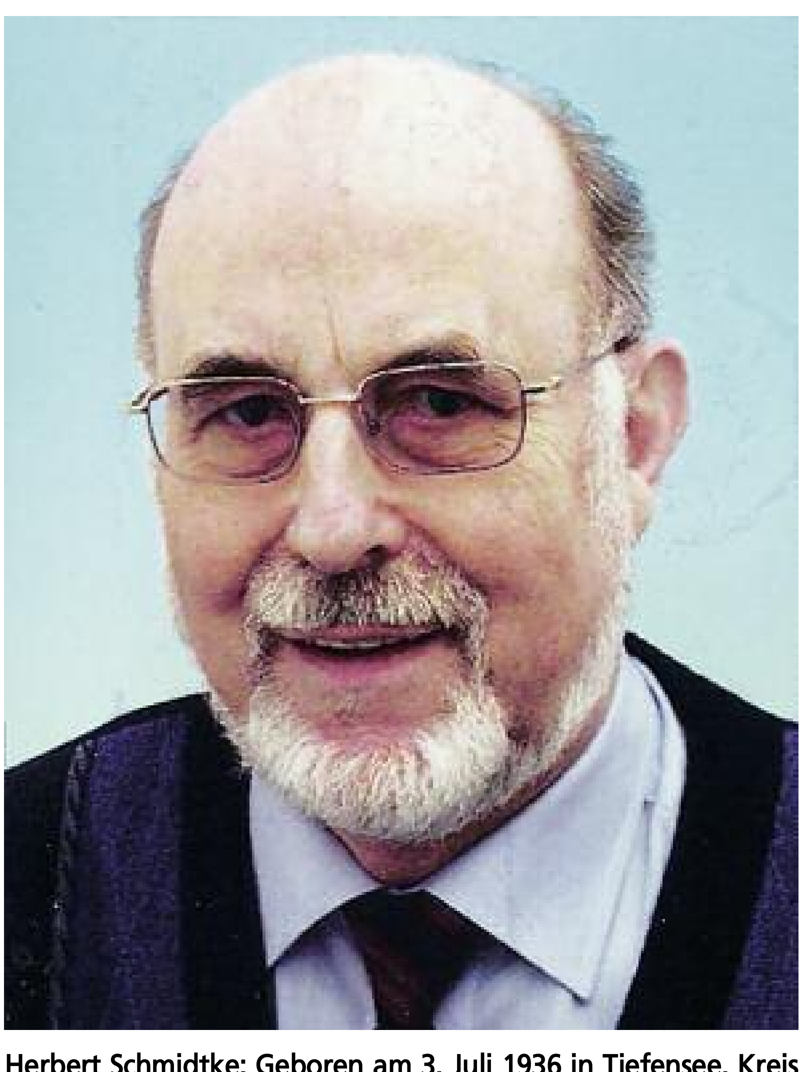
Für das Kirchspiel Laggarben: Gertrud Holtermann.

Für das Kirchspiel Molthainen: Monika Weppelmann.

Für das Kirchspiel Muldszen: Dietmar Hoffmann.

Abteilung Girdawe: Wolfgang Gay.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Herbert Schmidtke: Geboren am 3. Juli 1936 in Tiefensee, Kreis Heiligenbeil, gestorben am 18. Juli 2015 in Ritterhude Bild: privat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf

Herbert Schmidtke *3. Juli 1936 in Tiefensee, Kreis Heiligenbeil, † 18. Juli 2015 in Ritterhude

„Drei Dinge überleben den Tod, es sind Mut, Erinnerung und Liebe“.

Diese Worte von Charles Lindbergh standen auf der Todesanzeige, mit der die Familie uns über den Tod unseres langjährigen Mitglieds Herbert Schmidtke in Kenntnis setzte. Er verstarb für uns völlig überraschend am 18. Juli 2015 in Ritterhude.

Herbert Schmidtke stammte aus Tiefensee; er war der Sohn von Fritz Erich Schmidtke und seiner Ehefrau Helene, geborene Nichau.

Wir verlieren mit Herbert Schmidtke einen aufrechten Landsmann, der der Kreisgemeinschaft immer treu zur Seite gestanden hat.

Er setzte sich aber nicht nur für die Belange seiner ostpreußischen Heimat ein, sondern er war auch in seinem Wohnort Ritterhude in der Vereinsarbeit tätig.

Von 2004 bis 2007 war er stellvertretender Kirchspielvertreter für das Kirchspiel Tiefensee; von 2006 bis 2007 war er darüber hinaus Beisitzer im Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil.

Für seine Freundschaft sind wir Herbert Schmidtke sehr dankbar, der auch oder gerade in Zeiten, wo gute Freunde wichtig sind, immer zu uns gestanden hat.

Unsere Gedanken sind bei der Familie – ihr gilt unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme.

Wir werden Herbert in guter Erinnerung behalten und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Elke Ruhnke, Kreisvertreterin



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag

Sonnabend, 15. August, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: „Deutsch(e) in Polen – über deutsche Sprache und Deutschunterricht in Polen“ – Ein Vortrag von Ewa Galka, aus Ostroleka, Polen. Weitere Informationen: Kreisgemeinschaft Lötzen, Ute Eichler, Telefon: (040) 6083003, Fax (040) 608 90 478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de.

Rheiner Ortstreffen

22./23. August, Bochum: Rheiner Ortstreffen im Kolping-Haus, Maximilian-Kolbe-Straße 14/18. Organisation: Heinz Rothkamm, Telefon und Fax (02204) 5869835.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Hauptkreistreffen

Die Stadt Hagen und die Kreisgemeinschaft Lyck laden zu den Veranstaltungen des Kreistreffens vom 29. bis 30. August herzlich ein. Wir feiern die 60-jährige Patenschaft zwischen Lyck und der Stadt Hagen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin (kommissarisch): Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf

Unser Mohrunger Heimatkreistreffen findet am 19. und 20. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen.

Das Programm am Sonnabend: Wir beginnen um 12.30 Uhr mit der Kreisausschuss-Sitzung. Um 14.30 Uhr folgt die Kreistags-Sitzung. Die genannten Sitzungen finden im Sitzungsraum des Grandhotels Esplanade in Bad Nenndorf, statt. Die Kreisausschuss- und Kreistags-Mitglieder haben eine schriftliche Einladung erhalten. Ab 19. Uhr führt Joachim Berg einen Film von unserem Jubiläums-Heimatkreistreffen 2014 in Gießen vor. Danach steht gemütliches Beisammensein mit Musik auf dem Programm.

Wenn Sie eine Übernachtung in Kauf nehmen wollen, sind Sie natürlich herzlich eingeladen. Zimmerbuchungen können Sie im Grandhotel Esplanade unter der Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen.

Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich.

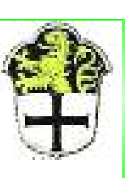
Das Programm am Sonntag: Ab 9 Uhr Einlass in die Veranstaltungsräume des Grandhotel Esplanade L'Orangerie. 9.30 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung.

10.30 Uhr: Feierstunde mit gemeinsamer Gesang: „Land der dunklen Wälder“; Begrüßung durch den neugewählten Vorstand; Grußworte der Ehrengäste; Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir: „Großer Gott wir loben dich“; Festrede „70 Jahre nach Flucht und Vertreibung“. Referent ist Horst Sommerfeld, Ehrungen, Schlussworte, danach gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes, 3. Strophe.

Um 14 Uhr Mitgliederversammlung. Ab 15 Uhr gemütliches Ausklingen bei Kaffee, Kuchen und guten Gesprächen.

Schon jetzt bedankt sich der geschäftsführende Vorstand ganz herzlich für Ihr Kommen zum diesjährigen Heimatkreistreffen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Vertrauensleute und Beisitzer

Die Amtsperiode der Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk läuft mit Ablauf der nächsten Delegiertenversammlung am 19. September ab, so dass eine neue Wahl durchzuführen war. Der geschäftsführende Vorstand der Kreisgemeinschaft Preussisch Eylau hatte deshalb gemäß Paragraf 8 unserer Satzung einen Wahlausschuss einberufen. Zur Wahlleiterin wurde Regina Tryta und als Beisitzerinnen wurden Gisela König und Heike Geiß benannt. Mit der Wahlbekanntmachung Nummer 1 (veröffentlicht im Ostpreußenblatt Nummer 50 vom 13. Dezember 2014 sowie im Preußisch Eylauer Kreisblatt Nummer 98 vom 6. Dezember 2014) wurde zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgerufen. Abgabefrist war der 31. Januar 2015. Es sind insgesamt 31 Wahlvorschläge für 26 Bezirke abgegeben worden, wobei für die Städte Pr. Eylau (von möglichen drei Kandidaten) und Landsberg (von möglichen zwei Kandidaten) jeweils zwei Vertrauensleute und für die Amtsbezirke Buchholz und Nerfken ebenfalls jeweils zwei Vertrauensleute (von jeweils einem möglichen Kandidaten) vorgeschlagen wurden. Ferner sind zwei Beisitzer ohne Bezirk vorgeschlagen worden (anstelle von vier möglichen Kandidaten).

Alle Wahlvorschläge wurden vom Wahlausschuss hinsichtlich der formellen Anforderungen gemäß unserer Satzung geprüft. Bis auf einen Vorschlag (Kreuzburg) sind alle Wahlvorschläge fristgerecht eingegangen. Weitere Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Für die vier Amtsbezirke Eichen, Peisten/Groß Peisten, Tharau und Worienen sind keine Kandidaten vorgeschlagen worden. Der Wahlvorschlag für die Stadt Kreuzburg konnte wegen Fristablaufs nicht berücksichtigt werden.

Folgende Wahlvorschläge sind eingegangen: Stadt Pr. Eylau: Martin Lehmann, Dr. Ulrich Kunkel; Stadt Landsberg: Ursel Andres, Nana Jacob; Amtsbezirk Abschwangen und Blankenau: Gisela Scholz; Amtsbezirk Albrechtsdorf und Borken: Fryderyk Tegler; Amtsbezirk Althof und Naunienen: Dirk Bentien; Amtsbezirk Alt Steegen: Gerd Birth; Amtsbezirk Arnsberg: Carola Schäfer; Amtsbezirk Beisleiden und Loschen: Hans Jürgen Dempki; Amtsbezirk Eichhorn: Manfred Sand; Amtsbezirk Gartenstadt Stablack und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Mit den »Ruderrecken« den Pregel hinab

Der Königsberger Frank Schepke, 1960 Goldmedailliengewinner im Achter, über eine einzigartige Rudertour auf dem Pregel

Der „RCD Stiftung Rudern“ ist ein Ruderclub der alten Meisterruderer. Nach ihrer Spitzensportlerkarriere haben sie sich zusammengefunden, um sich gemeinsam und ohne Stress an ihre alten Ruderzeiten zu erinnern. Wir möchten Freundschaften pflegen und jungen Menschen zeigen: „Rudern ist eine Sportart, die man bis ins hohe Alter ausüben kann.“

Jedes Jahr macht der RCD eine Ruderwanderfahrt in schönen Ruderrevieren und Landschaften. So zum Beispiel im letzten Jahr in England auf der Themse, zum 175-jährigen Jubiläum der Royal-Henley-Regatta, der ältesten Ruderregatta der Welt. In diesem Jahr führte uns die RCD-Wanderfahrt auf den Pregel von Tapiau bis Königsberg. Der bekannte Kieler Literaturwissenschaftler Walter Rix war für den kulturhistorischen Teil zuständig. Von mir wurde der ruderische Teil unter Mithilfe von meinem Bruder Kraft Schepke (81) ausgerichtet und organisiert. Wir beide wurden in Königsberg geboren, haben mehrfach Deutsche- und Europameisterschaften gewonnen und konnten schließlich 1960 bei den Olympischen Spielen in Rom im Achter die Goldmedaille gewinnen.

Schon am ersten Rudertag, dem 13. Juli, nach einer begeisterten Verabschiedung durch eine ganze Schulklasse, zeigte uns das ostpreußische Wetter, was es zu leisten im Stande ist. Kaum, dass wir auf den Wasser waren, kamen wir in eine Gewitterwolke mit sturzflutartigem Regen. Auch nicht das kleinste



Andenken: Vom Königsberger Ruderclub erhielt jeder Teilnehmer eine Medaille Bild: Horns

Fleckchen unserer Ruderbekleidung blieb trocken. Es dauerte einige Stunden und schien gar nicht mehr aufhören zu wollen, auch die erste Rast in Langendorf mit Lunchpaketen und aufmunternden Getränken fand noch im Regen statt. Dann aber kam etwas Gegenwind auf. Die Sonne ließ endlich auch nicht mehr auf sich warten, so dass wir am Ende des ersten Tages in Fuchshöfen fast wieder trocken waren. Wir waren versöhnt und froh, dass der Verlauf des Wetters nicht umgekehrt vonstatten ging.

Die Schönheit der unberührten Flusslandschaft – fast 30 Kilometer ohne Brücken oder Anleger, kein Gebäude rechts und links des Pregel – war beeindruckend und ließ die Weite und Größe des gesamten Einzugsgebietes des Pregel nur erahnen. Es gibt wohl kaum etwas Schöneres für Wanderruderer als die Stille der Natur – nur unterbrochen durch das klatschende Einsetzen der Skulls – so zu erleben. Andererseits hinterließ diese Situation auch etwas sehr Bedrückendes für uns, wenn man an das Leben hier in früheren Zeiten denkt.

Ich übernehme aus einem alten Reisebuch, was einmal auf diesem Teilstück rechts und links des Pregels an Leben stattgefunden hat: „Bei km 72,1 liegt rechts Tapiau, eine Kleinstadt mit ca. 6000 Einwohnern, Geburtsort von Lovis Corinth (1858 bis 1925). Dampferverbindung nach Königsberg und Tilsit. Jugendherberge 1,7 km Deime abwärts am linken Ufer. Der Pregel geht mit scharfer Wendung links ab, nach rechts führt die Deime nach Labiau und ins Memelstromgebiet. Bei km 76,5 rechts der Ort Wargienen, bei km 78 links der Ort Zimmau mit abgebrochenem Schornstein einer Ziegelei. Bei km 82 links der Ort Linkehnen mit Tonwerk. 1 km entfernt, gleich an der Eisenbahnstrecke der idyllisch gelegene Ort Kellermühle. Bei km 83,3 Fähre, mit dem Fährkrug auf der linken Flußseite, rechts 500 Meter landeinwärts das Kirchdorf Kremitten. Dann kommt bei km 86 rechts das Schloß Langendorf. Dann rechts bei km 90 Vogelsang.“ So weit die Schilderung aus dem Reisebüchlein von Anno dazumal.

Fast 30 Kilometer ohne Brücken oder Anleger

Der Bus mit dem Landkommando holte uns in Fuchshöfen ab und durch einen kleinen Abstecher auf der Fahrt ins Hotel, nach Arnau, hatten wir die Möglichkeit, das Wohnhaus des ehemaligen preußischen Staatsmannes Theodor von Schön, gestorben 1856 in Arnau, zu besichtigen.

Der Abend im Hotel Albertina brachte mit der Vorführung der „Bernsteinblumen“ mit Tanz und Gesang den ersten Höhepunkt unserer Fahrt. Alle waren begeistert und sparten nicht mit Beifall.

Der zweite Tag begann mit dem Einsetzen der Boote in Fuchshöfen bei herrlichem Sonnenschein, der uns bis zum Freitag nicht mehr verlassen sollte. Dieses Wetter hatte ich bei unserem Vorbereitungsbesuch im Mai erlebt und meinen Ruderkameraden versprochen. An dieser Stelle wäre zu vermerken, dass wir unserer lieben Begleiterin auf mancher Königsbergfahrt, Gertrud Nagorni, wohnhaft in Berlin und Königsberg, einen großen Wunsch erfüllen konnten, nämlich, einmal mit uns großen Ruderrecken gemeinsam im Boot zu sitzen und wirklich zu rudern. Sicher ein bleibendes Erlebnis für sie (Aber auch für uns!).

Bis nach Arnau waren es nur etwa fünf Kilometer, die dann trotz der Neubesetzung in kurzer Zeit zurückgelegt wurden. Schon aus großer Entfernung war vom Wasser aus der Kirchturm der Arnauer Kirche zu erkennen. Hier erwartete uns ein reichhaltiges Buffet auf der Terrasse unseres Freundes Oleg Ivanovitch, er ist Vertreter für deutsche Werkzeuge für das gesamte Gebiet und wohl auch darüber hinaus. Vorher besichtigten wir die renovierte Kirche in Arnau, die nach den ersten wichtigen Erhaltungsarbeiten durch das Kuratorium Arnau e.V, von der russisch orthodoxen Kirche gewissermaßen okkupiert worden ist. Ebenfalls konnten wir die Grabstelle von Theodor von Schön, dem Mitarbeiter des Freiherrn vom und zum Stein und späteren Oberpräsidenten von Ost-und Westpreußen, unweit der Kirche aufsuchen und wurden über die Bedeutung dieses Mannes für die preußische und deutsche Geschichte durch einen Kurzvortrag von Walter Rix informiert. Ich entnehme aus: Preußens Staatsmänner, Leipzig 1848, folgende Textstelle über Theodor von Schön: „An der Erneuerung Preußens war er mit an erster Stelle beteiligt.



Einsetzen des Bootes „Samland“: Gregori Medvedev, Shooko Gottschalk und Egbert Hirschfelder, Goldmedaillengewinner 1964 und 1968 (v.l.). Bild: Schepke

Seine vertraute Verbindung mit Reichsfreiherrn vom und zum Stein hatte die glücklichsten Folgen, Stein besaß Eigenschaften, die für die damaligen Verhältnisse von größter Wichtigkeit waren: Energie des Charakters und Raschheit des Entschlusses, aber ihm fehlte Konsequenz und besonnene Ausdauer. Diese gab ihm Schön. Er gab die Gedanken, Stein brachte sie zur Ausführung.“

Der Abschied von Oleg fiel manchem schon nicht mehr so leicht, weil wohl auch Wodka Beine und Arme schwer machte, was aber, sowie wir in den Booten saßen und uns mit einem kräftigen „Hipp Hipp Hura“ verabschiedeten, kaum noch ins Gewicht fiel.

„Auf nach Königsberg“, heißt es in der nächsten Ausgabe für Frank Schepke und seine Mitruderer. Dort möchte ein russisches Fernsehteam manch Belangloses wissen, dann aber kommt die wichtigste Frage von allem.



Frank Schepke (3. v. l.): Die unberührte Landschaft war schön und bedrückend zugleich Bild: privat



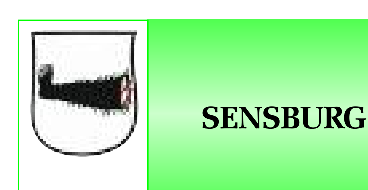
„Gemeinsam im Boot mit den Ruderrecken“: Adelgunde Stahlmann und Jürgen Saegebrecht Bild: Schepke

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Groß Dexen: Manfred Klein; Amtsbezirk Glandau: Gerdi Westerkowsky; Amtsbezirk Moritten und Sollnicken: Heinz Rotzoll; Amtsbezirk Mühlhausen und Schrombehnen: Hans Godau; Amtsbezirk Perscheln: Heike Bentien; Amtsbezirk Reddenau und Tolks: Dietmar Anger; Amtsbezirk Rositten: Manfred Klein; Amtsbezirk Seeben und Kilgis: Rüdiger Herzberg; Amtsbezirk Topprienen: Gisela König; Amtsbezirk Uderwangen: Erika Zschiesche; Amtsbezirk Wackern: Manfred Klein; Amtsbezirk Wildenhoff: Evelyn v. Borries; Amtsbezirk Wittenberg: Horst Plebuch; Amtsbezirk Wogau: Dagmar Trowitz. Beisitzer ohne Bezirk: Ulrich Birth, Fryderyk Tegler. Da für diese Bezirke nicht mehr Kandidaten als erforderlich eingegangen sind, gelten die vorgenannten Kandidaten/Kandidatinnen gemäß Paragraf 8 unserer Satzung als gewählt.

Über die Wahlvorschläge zu den Amtsbezirken Buchholz (Hartmut Pohl und Hartwig Meyer) sowie Nefken (Fryderyk Tegler und Christine Bilke-Krause) ist gemäß Paragraf 8 unserer Satzung eine Stichwahl bei der Delegiertenversammlung am 19. September erforderlich. Dieses Wahlergebnis ist auch im Preußisch Eylauer Kreisblatt Nummer 99 vom 9. Mai 2015 bekannt gegeben worden.

Regina Tryta (Wahlleiterin), Gisela König und Heike Geiß



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

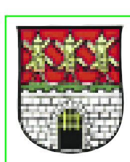
Steinhof und Groß Steinfelde

Das 30. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde fand vom 26. bis 29. Juni in dem gastlichen Hotel „Krone-Post“ in Eberbach am Neckar statt. Unsere regelmäßigen Treffen nahmen ihren Anfang am 26. April 1980 in Willich im Kreis Krefeld damals geleitet von Heinrich Borchert und Helmut Jelonek. Bei unserem diesjährigen Beisammensein wurde nach der Begrüßung durch Berthold Hirsch traditionell der Verstorbenen gedacht. Einen würdigen Abschluss erhielt diese Feierlichkeit mit dem Gesang des Ostpreußenliedes und des ostpreußischen Heimatliedes unseres früheren Bürgermeisters Fritz Hirsch „Gode Morge“ sowie einem besinnlichen Gedicht vorgetragen von Kurt Behrendt.

Als Übergang zur aufgelockerten Unterhaltung las Kurt Behrendt die Geschichte von Ruth Geede „Der verlorene Sohn“ vor: Eine Mutter, die ihren zweijährigen Sohn auf der Flucht aus Krankheitsgründen verloren hat, irrt nach 1945 auf der Suche nach ihrem Kind durch Kinderheime und später durch die ersten Schulklassen in ganz Deutschland, aus Geldmangel teils zu Fuß. Die Schwierigkeit des Wiederfindens wird dadurch erhöht, dass sich besonders Kinder im Aussehen und in ihren Bewegungen im Verlauf der Zeit enorm verändern. Doch wohl durch eine gütige Fügung stutzt die Mutter jäh in einem Heim vor spielenden Kindern, als ein Junge mit ausholender Hand „hoi Pitschke“ ruft und noch einmal „hoi Pitschke“. Wie versteinert bleibt sie stehen. Das Glück des Wiedersehens aber löst schnell ihre Verkrampfung, als sie sich daran erinnert, dass ihr Mann, der Vater des Jungen, dem Kleinen zu seinem zweiten Geburtstag eine kleine Peitsche gebastelt hatte, die der mit den Worten „hoi Pitschke“ hoch schwang.

Die beeindruckende frohe Geschichte ermunterte auch bei unserem Wiedersehen zum fröhlichen Plachandern. Die Zeit verging wie im Flug. G. Erdmann, der von seiner Tochter nach Eberbach gefahren worden war, verlas einen Brief von dem Eigentümer „unserer“ damaligen Schule, in dem er von einem Fest in unseren beiden Dörfern berichtet. J. Czarnetzki schenkte wieder jedem der Teilnehmer ein Gruppenfoto von unserem Treffen. Zugunsten der in der Heimat verbliebenen Landsleute und der Restaurierung „unsrer“ Kirche ging eine Spende ein. Herzlichen Dank dafür. Zum Schluss gab Bertold Hirsch mit seinem „Behüt Euch Gott“ seiner Hoffnung Ausdruck, dass diejenigen, die an dem diesjährigen Treffen nicht teilnehmen konnten, die Möglichkeit bekommen, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein.

Unser nächstes Treffen findet 2016 von Freitag, 24. Juni, bis Montag, 27. Juni wieder im Hotel Krone-Post in Erberbach/Neckar statt. *Bertholt Hirsch*



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Schirwindter Treffen

„Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie du!“ (Th. Fontane) – In diesem Sinne laden wir alle Schirwindter vom 21. bis 23. August nach Meiningen ein: Zur Erinnerung an unsere geliebte kleine Stadt, zur Erinnerung an Gerhard Preikschat, zur Erinnerung an unsere Wurzeln. Treffpunkt: Gasthof Schlundhaus am 21. August ab 17 Uhr. Wir freuen uns über jeden, der unsere Erinnerungen teilen will.

Hella Giesler



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

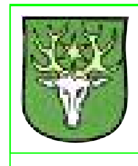
Versammlung der Mitglieder

Die satzungsgemäße Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit mit der Wahl des neuen Kreistages findet am Freitag, 11. September, um 14 Uhr im Hotel Hannover (Buchenallee 1, 31542 Bad Nenndorf, Telefon 05723/7920) statt. Das Programm:

1) Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter.
2) Totenehrung und geistliches Wort.
3) Bericht des Kreisvertreters über die Tätigkeit in der abgelaufenen Wahlperiode.
4) Erläuterung des Wahlvorgangs.
5) Wahl des Versammlungsleiters, der Wahlhelfer und des Protokollführers
7) Wahl der Mitglieder des Kreistages für die Wahlperiode 2015 – 2019
8) Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages
9) Gemütliches Beisammensein und Ausklang

Bei der Terminplanung sollte beachtet werden, dass am Sonnabend, 12. September, am Tag nach unserer Mitgliederversammlung, das Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit stattfindet, ebenfalls in Bad Nenndorf, im Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8a. Es beginnt um 10 Uhr, ab 9 Uhr ist Einlass. Es erwartet Sie ein interessantes Programm: Unter anderem ein Vortrag über das „Naturschutzgebiet Elchwald“ von Jürgen Leiste, eine Festansprache des früheren Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg und ein Konzert des „Schaumburger Shanty-Chors“. Das Treffen endet gegen 17 Uhr.

Liebe Tilsit-Ragniter! Kommen Sie zu beiden Veranstaltungen nach Bad Nenndorf! In jedem Jahr wird es schwerer, lange Reisen zu machen. Umso mehr sollten aktuell die Treffen genutzt werden, um bei Gesprächen und Begegnungen in geselliger Runde die Erinnerung an Ostpreußen wachzuhalten. In Bad Nenndorf gibt es zahlreiche Hotels. Das Kur- und Tourismusbüro ist unter Telefon (05723) 748560 zu erreichen.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Kreistreffen in Syke

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Wehlau, in diesem Jahr führen wir das Kreistreffen anlässlich eines Jubiläums sowie wichtiger und notwendiger Umstrukturierung der Kreisgemeinschaft und Neuwahl des Vorstandes durch. Es findet vom 4. bis 6. September in Syke statt. Wir bitten um zahlreiche Teilnahme besonders am 5. und 6. September. Hier der geplante Ablauf:

FREITAG, 4. SEPTEMBER

Jubiläumsfeier anlässlich 60 Jahre Patenschaft Diepholz – Wehlau

Beginn: 11:30 Uhr auf der Diele des Kreismuseums Syke. Anschließend Führung durch das Wehlauer Heimatmuseum und die Sonderausstellung „Die Not vor Augen – Europa im Blick“ mit Filmvorführung über die Reise 2014 nach Ostpreußen.

Mitgliederoffene Sitzung der Kreisvertreter

Beginn: 19: Uhr im Gasthaus Vollmer in Syke, Hauptstraße 33. Es werden Anfragen und Anregungen durch anwesende Mitglieder der Kreisgemeinschaft erwartet. Tagesordnung: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, Haushaltsbericht 2014 (Ingrid Eigenbrod), Bericht der Kassenprüfer, Aussprache und Entlastung des Vorstandes, Diskussion und Beschlussfassung zu Anfragen und Anregungen.

SONNABEND, 5. SEPTEMBER

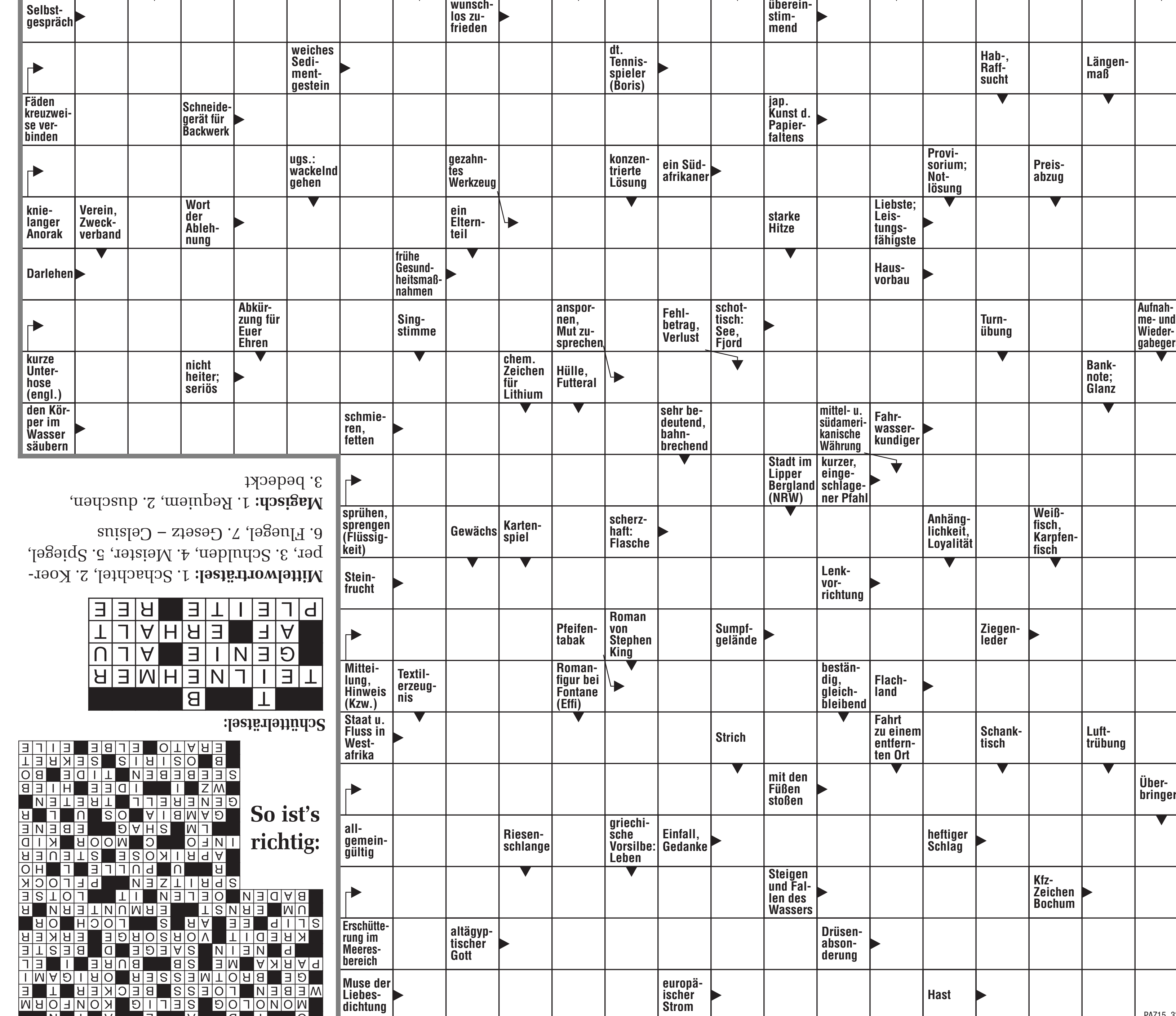
Blick in unser Archiv im Untergeschoss des Kreishauses in Syke von 10 Uhr bis 11.30 Uhr (Eingang Parkplatz Südseite; Traditionsbau).

Mitgliederversammlung (erste Jahreshauptversammlung)

Beginn 13 Uhr im Gasthaus Vollmer. Alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft sind berechtigt, fristgerecht Anträge an den amtierenden Vorstand zu stellen.

Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, Feststellen der satzungsge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Mittelworträtsel: 1. Schachtel, 2. Koerper, 3. Schulden, 4. Meister, 5. Spiegel, 6. Fluegel, 7. Gesetz – Celsius

Magisch: 1. Requiem, 2. duschen, 3. bedeckt

Schüttelrätsel

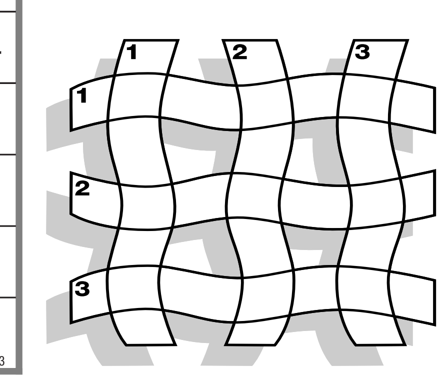
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEEHI LMNRT, AEGL, EEFIT, EINT, BEEER, AAMR, EELL, ERTU, EEGIN, ALU, EEIL PT, AEHL RT, EER

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Wärmegradeinteilung.

Nr.	links	rechts
1	HUT	HALM
2	KNALL	KRAFT
3	WETT	BERG
4	BUERGER	BRIEF
5	WAND	BILD
6	FENSTER	LAHM
7	NATUR	BUCH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Musikstück, Totenmesse
2 ein Brausebad nehmen
3 bewölkt

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

mäßen Beschlussfähigkeit, Wahl eines Wahlleiters und zwei Beisitzern, Wahl des Vorsitzenden, Wahl des Stellvertreters, Wahl des Schatzmeisters, Wahl von zwei Beisitzern für Aufgaben im erweiterten Vorstand (Presse, Schriftführung, Veranstaltungen), Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan für 2016, Beratungen und Beschlüsse über eingegangene Anträge, Beratung und Beschluss über die Terminplanung für 2016, Schlusswort des Vorsitzenden.

Hauptkreistreffen
Ab 17 bis etwa 23 Uhr im Gasthaus Vollmer in Syke, Hauptstraße 33. Eröffnung durch den Vorsitzenden, Unterhalungs- und Tanzmusik mit Robert Thorn, Auftritt des Shantychores aus Hoya, Lieder und Gedichte aus der Heimat.

SONNTAG, 6. SEPTEMBER
Fortsetzung des Kreistreffens
Gedenken am Wehlauer Stein um 9.15 Uhr auf dem Hof des Kreishauses in Syke,

Feierstunde im Gasthaus Vollmer
10 Uhr: Eröffnung durch den: Vorsitzenden, Totenehrung (Uwe Koch), Musikstück (Robert Thorn), Festvortrag (Hubertus Hilgendorf), Musikstück (Robert Thorn), Ehrungen, Schlusswort des Vorsitzenden, Ostpreußenlied.

Um 12.30 Uhr lädt die Kreisgemeinschaft Wehlau zum gemeinsamen Erbsensuppenessen ein. Dazu gibt es Unterhaltungsmusik bis zum Ausklang gegen 15 Uhr.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir, die Anmeldungen an Uwe Koch zu richten, Telefon (02163) 898536 oder an Gerd Gohlke Telefon: (04241) 5586, E-mail: gerd.gohlke@wehlau.net

Zwei tierische Wächter

Welches Geheimnis verbergen die Bronzelöwen von Juditten?

Die PAZ berichtet in ihrer Ausgabe 27 über das Schloss Juditten und seinen Besitzer Jan Niezwiestny, der es quasi im Alleingang restauriert. Gleich von Anfang an beeindruckte den Autor des Artikels, den Journalisten Manfred F. Fritsche, eine bauliche Besonderheit: Die beiden tierischen Wächter, die den Besucher am Haupteingang des Gebäudes empfangen. Nun hat Fritsche nachrecherchiert und mehr über die beiden Kunstwerke und ihren berühmten Schöpfer herausgefunden. Es sind echte Kostbarkeiten.

Den Haupteingang des Schlosses Juditten, von der Zufahrtsallee gesehen, bewacht ein Löwe, der alle Besucher betrachtet. Auf der Parkseite der Doppeltreppe liegt ebenfalls ein Löwe – er schläft und scheint der Ablöser für den im Dienst befindlichen Wächter zu sein.


Der „Wachende Löwe“: Es gibt nur noch sechs Exemplare


Löwe Nummer zwei: Seelig verschlafen hat er die guten und die schlimmen Zeiten auf Juditten Bilder (2): Fritsche

Aufzupassen gab es früher eine Menge. Juditten war eines der ältesten Gestüte in Ostpreußen und für seine Zucht reinrassiger Trakehner berühmt. Als Sitz der Familie von Kuenheim wurde das Schloss zwischen 1862 und 1863 im Stil der Neugotik und des Klassizismus gebaut. Die beiden Löwen wurden bei der Weltausstellung in Paris 1889 erworben. Die Statuen wurden nach einem in Berlin in Kooperation von Christian Daniel Rauch (1777-1857) mit Theodor Kalide (1801-1863) gefertigten Entwurf ab 1822 in der Königlich Preußischen Eisengießerei in Gleiwitz gegossen. Kalide und Rauch waren Bildhauer, wobei Rauch als einer der bedeutendsten Künstler des deutschen Klassizismus gilt. Er war Schüler von Johann Gottfried Schadow und zählte zur Berliner Bildhauerschule. Als Höhepunkt seiner Karriere gilt der Staatsauftrag für das Reiterstandbild Friedrichs des Großen, das 1851 in Berlin enthüllt wurde.

Ein großer Erfolg waren auch die beiden majestätischen Raubkatzen. Vom „Wachenden Löwen“ wurden sieben bekannte Exemplare hergestellt, von denen je eines in Juditten, in Mariannenfels im Sudetenland und im Museum Villa Caro in Gleiwitz zu finden sind. Drei befinden sich in der Bundesrepublik. Einer ist verschollen. Von den „Schlafenden Löwen“ wurden 17 bekannte Exemplare gegossen. Acht davon sind in der Bundesrepublik, sieben in Polen, zwei in Tschechien und einer in Estland zu finden.

»Unsere Herzen weinen«

Gedenkfeier auf der Kriegsgräberstätte im dänischen Esbjerg

Reich mir Deine Hand. Gut, dass Du da bist!“, hatte Agnes Miegel einst in ihrem Gedicht „O Erde Dänemarks“ geschrieben. Herbert Tennigkeit trug es nun am passenden Ort vor. Der bekannte ostpreußische Schauspieler war einer der Teilnehmer der Gedenkveranstaltung zum Ende des Zweiten Weltkriegs und zum Gedenken an die Flüchtlinge in Dänemark. Veranstaltet vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge fand die Veranstaltung an der Kriegsgräberstätte im dänischen Esbjerg am vergangenen Sonnabend statt. Zu den Gästen zählten neben Tennigkeit unter anderen Wolfgang Wieland vom Bundesvorstand des Volksbundes, der Militärattaché Axel Gerke von der Deutschen Botschaft in Kopenhagen sowie zahlreiche Angehörige von in Esbjerg bestatteten Kriegsflüchtlingen und Soldaten.


Militärattaché Axel Gerke legte einen Kranz nieder Bild: Bonkat


Schauspieler Herbert Tennigkeit trug Gedichte vor Bild: Bonkat

Dänemark bot den Flüchtlingen des Zweiten Weltkrieges, so wurde aus den Reden deutlich, damals die leise Hoffnung auf Leben und auf Überleben. Dennoch sind hier noch nach dem Krieg viele tausende Flüchtlinge elend verstorben.

Auf manchen Grabsteinen findet sich noch nicht einmal ein Name. „Ein unbekannter Soldat“ oder „Ein unbekannter Flüchting“ ist dann dort zu lesen und zeigt dem Besucher, dass der Krieg seinen Opfern manchmal sogar den eigenen Namen und ihren liebenden Angehörigen den Ort der Trauer nimmt. Aus diesem Grunde startete der Volksbund auch in Esbjerg die Aktion „Blumen für Unbekannte“. Dabei verteilten deutsche und dänische Reservisten und Soldaten sowie auch später die Besucher der Gedenkveranstaltung weiße Blumensträuße an den Gräbern der Unbekannten.

Auch der aus TV-Produktionen wie „Traumschiff“ bekannte Tennigkeit nahm an der Gedenkaktion teil und suchte sich eines der Gräber aus, um dort den weißen Blumenstrauß niederzulegen. Zuvor hatte Wolfgang Wieland in seiner Gedenkrede die humanitären Hintergründe der Volksbund-Arbeit wie auch der Blumenaktion verdeutlicht: „Dies ist nach wie vor die erste Aufgabe des Volksbundes, Unterstützung und Hilfe für die direkt Betroffenen, für die Trauernden anzubieten, sie mit ihrem schweren Verslust nicht alleine zu lassen. Zugleich verstehen wir die von uns gepflegten Kriegsgräberstätten als Mahnung für uns Nachgeborene zum Frieden.“

Für diese Worte erhielt Wieland – und dies ist für eine Veranstaltung auf einem Friedhof wirklich ungewöhnlich – anhaltenden Applaus von den Zuhörern. Gleiches erlebten die ausgezeichneten Musiker des dänischen Prinsens Musikkorps sowie Herbert Tennigkeit, der als Ostpreuße ebenfalls ein Flüchtlingskind ist, nachdem er mit großer Kunstfertigkeit die Texte „Samländers Heimweh“ und „O Erde Dänemarks“ vorgetragen hatte.

In dem Text von Agnes Miegel, die wiederum selbst das Flüchtlingsschicksal teilte, heißt es: „O Erde sieh, nur unsre Herzen weinen. Nimm hin, Barmherzige, unsre armen Kleinen! Du hast mit Milch und Brot sie mild gespeist, nun wiege sie ein! Denn sie sind ganz verwaist. Von allzuviel Erleben ruhn sie aus. Ein frostverbrannter Anemonenstrauss. Über der Heimat, die sie nie gekannt, stand Blut und Brand.“

Heimat für Flora und Fauna

Danke für die Blumen – Nach der Buga trumpft die Havelregion mit dem »Haus der Flüsse« auf

Erst Unesco-Biosphärenreservat, dann Bundesgartenschau, jetzt ein „Haus der Flüsse“ – die Havelregion findet zurück zur Natur. Mit dem „Informationszentrum Biosphärenreservat Mittelelbe“, das in Havelberg eröffnet wurde, will man die Vielfalt von Flora und Fauna der Region zeigen.

In Anwesenheit von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff und seinem Umweltminister Hermann Onko Aeikens wurde in der Hansestadt Havelberg das „Haus der Flüsse“ des Biosphärenreservats Mittelelbe eröffnet. „Mit dem neuen Informations- und Bildungszentrum steht der Reservatsverwaltung ein Schmuckstück zur Verfügung, das ihre Arbeit wesentlich bereichern wird. Havelberg gewinnt dadurch innerhalb des Reservats erheblich an Bedeutung“, erklärte Haseloff.

Er freue sich, dass das Zentrum auch den Besuchern der Bundesgartenschau zur Verfügung stehe. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass das Haus mit dem Beginn der Buga fertiggestellt worden wäre. Trotzdem sei die Bauzeit von nur etwas mehr als einem Jahr für ein solches Projekt eine bemerkenswerte Leistung.

Im „Haus der Flüsse“ können sich die Besucher über die Umsetzung des EU-Schutzgebietssystems Natura 2000 und die Entwicklung des Biosphärenreservats Mittelelbe informieren. Das Vorhaben mit einem Investitionsumfang von rund sechs Millionen Euro wurde im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert. Das Land trägt eine Kofinanzierung von 25 Prozent.

Mit anschaulichen Exponaten und interaktiven Stationen werden die Flusslandschaften Elbe und Havel mit ihren Natura-2000-Lebensräumen und -arten dargestellt. Als Standort für die Umsetzung des EU-geförderten Projektes wurde die Fläche des ehemaligen Betonwerkes in unmittelbarer Nähe zur Havel ausgewählt. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) sorgte im Frühjahr 2014 für den Anschluss eines Altarms der Havel und ließ damit die historische Petroleuminsel wiederauferstehen. Auf ihr wurden früher die Petroleumvorräte gelagert, um die Stadt vor Brandkatastrophen zu schützen.



Das sind keine Enten: Über den Köpfen der Besucher im „Haus der Flüsse“ flattern viele Vogelmodelle Bild: Fritsche

Auf der 4000 Quadratmeter großen Insel kann sich der Auenwald wieder entwickeln, wodurch sich viele Tier- und Pflanzenarten wieder ansiedeln werden. Der Altarm der Havel ist nicht nur Lebensraum, sondern auch in das Ausstellungskonzept eingebunden. Über ihn führt ein Steg mit zehn Informationstafeln, die über die Flussaue und das Nabu-Projekt informieren.

2005 hatte der Nabu das größte europäische Projekt zur Renaturierung eines Flusses gestartet. Auf etwa 90 Flusskilometern werden verschiedene Maßnahmen, darunter die Entfernung von steinernen Uferbefestigungen und -verwallungen, die Begründung von Auenwald sowie der Anschluss von Altarmen und Flutrinnen umgesetzt, um so große Flussabschnitte der Unteren Havel wieder zu ihrer ursprünglichen Vielfalt zurückzuführen.

Seit 2004 war das Beguinenhaus am historischen Salzmarkt in Havelberg Informations- und Anlaufstelle für den nördlichen Bereich des Biosphärenreservates Mittelelbe. Die räumlichen Möglichkeiten für Präsentation und Information waren jedoch begrenzt. Aus diesem Grund entstand die Idee eines Natura 2000-Informationszentrums. Ziel war es, für die Buga 2015 das neue Informationszentrum in Havelberg zu errichten, wobei die Biosphärenreservatsverwaltung Mittelelbe als Bauherr das Zentrum auch nach der Buga dauerhaft betreibt.

Am 26. Juni 2014 war Baustart für das neue Infozentrum. Der offizielle Name „Haus der Flüsse“ entstand einige Wochen später und lässt auf den inhaltlichen Schwerpunkt des Hauses schließen. Hier wird das Flusssystem Elbe-Havel mit seinen Auenlandschaften, die Lebensräume mit der dazugehörigen Tier- und Pflanzenwelt sowie die Nutzung der Region durch den Menschen präsentiert. Die Besucher erhalten auch Informationen zum Weltnetz der Unesco-Biosphärenreservate und zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000. Somit dient das „Haus der Flüsse“ als Ort für Informations- und Bildungsarbeit auf Basis aktueller Multimedia- und Interaktionstechnologien sowie als Initial zum selbstständigen Erkunden des Biosphärenreservats.

Im Außenbereich wird das ländérübergreifende Naturschutzgroßprojekt zur Renaturierung der Unteren Havelniederung beispielhaft durch die Wiederanbindung des Havel-Altarms präsentiert. Im vergangenen April wurde der Steg zur wiederentstandenen Petroleuminsel fertiggestellt, der den neuen Altarm überbrückt und zu einer Aussichtsplattform führt. *Manfred E. Fritsche*

Blaues Blut im Südpolarmeer

Tiere, die im Südpolarmeer überleben, haben oft ausgefallene Anpassungsstrategien entwickelt. Zu diesen Tieren gehört eine etwa faustgroße antarktische Krakenart mit dem lateinischen Namen „Pareledone charcoti“. Nach Erkenntnissen von Wissenschaftlern des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts hat diese Art einer der höchsten bei Kraken gefundene Hämocyanin-Konzentration im Blut – nämlich rund 40 Prozent mehr als bei Kraken aus wärmeren Gefilden.

Hämocyanin ist für die blaue Farbe des Krakenbluts verantwortlich. Es übernimmt den Sauerstofftransport und erfüllt die Funktion, die das Hämoglobin im menschlichen Blut hat. Die blaue Farbe erklärt sich aus dem Kupferanteil, während die rote Farbe von Wirbeltier-Blut auf seinem Eisenanteil beruht.

Das Team um Michael Oellermann, dem Erstautor der Studie, ging in Punta Arenas an der Südspitze Südamerikas an Bord des Forschungs-Eisbrechers „Polarstern“. Im antarktischen Weddell-Meer brachte die „Polarstern“ Schleppnetze aus, um am Meeresboden nach Proben für die Forscher zu suchen. Oellermann hatte Glück: Er fand genug Kraken, die die strapaziöse Reise an die Oberfläche überstanden hatten.

Um Vergleichsdaten zu bekommen, untersuchte der Forscher auch das Blut zweier Krakenarten aus wärmeren Meeren. Die Auswertung seiner Proben dauerte dann rund zwei Jahre. Sein Ergebnis hat ihn selbst überrascht: „Ich habe herausgefunden, dass Kraken aus dem Antarktischen Ozean wesentlich mehr Hämocyanin im Blut haben als Kraken aus wärmeren Gewässern“, sagt er. Der Hämocyanin-Gehalt liegt bis zu 40 Prozent höher.



Brauner Klumpen im Eismeer: „Pareledone charcoti“ Bild: awi

Das ist plausibel, denn bei niedrigen Temperaturen laufen alle Stoffwechselprozesse langsamer. Der Sauerstoff lagert sich am Hämocyanin an, wandert aber umso langsamer ins Gewebe, je kälter es wird. „20 Prozent des Sauerstoffs werden abgegeben, 80 Prozent bleiben am Blutpigment haften“, so Oellermann. Außerdem ist Hämocyanin ein schlechterer Sauerstofftransporteur als Hämoglobin. Im südpolaren Meerwasser ist aber mehr Sauerstoff gelöst als in wärmeren Breiten. Also bilden die Kraken mehr Hämocyanin, um trotz des schlechteren Sauerstofftransportes ihren Sauerstoffbedarf decken zu können.

Außerdem hat das eigentlich weniger effektive Hämocyanin einen weiteren Vorteil. Der Sauerstoffanteil, der bei antarktischen Temperaturen haften bleibt, dient als Sauerstoffreserve im Körper, die bei wärmeren Temperaturen angezapft wird. Dadurch kommen die Kraken besser mit Temperaturanstiegen zurecht, wie sie inzwischen auch infolge einer möglichen Klimaerwärmung in der südlichen Polarregion zu beobachten sind. Viele polare Fischarten dagegen haben sich angepasst, indem sie weniger oder überhaupt kein Hämoglobin im Blut haben. Ihnen fehlt diese Sauerstoffreserve, und sie sind damit wahrscheinlich stärker bedroht als die Kraken. So gesehen ist im Vorteil, wer blaues Blut besitzt. *Friedrich List*

Ein Berliner Pfau

Vogel-Nachwuchs im »Preußischen Paradies«

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) freut sich auf Nachwuchs. In den vergangenen Wochen sind auf der zur Stiftung gehörenden Pfaueninsel in Berlin wieder Pfauenküken geschlüpft. Die Pfauenzucht erfolgt in dem 2003 durch eine Spende der Cornelsen Kulturstiftung errichteten Pfauenaufzuchtsgehege. Ziel der Zucht ist es, die Pfauenpopulation auf der Insel, die zum Unesco-Welterbe zählt, dauerhaft zu sichern.

Radschlagender Pfaueninselpfau Bild: Hans Bach

Aktuell sind mehr als 20 Pfauenküken nach zirka 30 Tagen Brut geschlüpft, weitere Pfauenküken werden in den kommenden Tagen erwartet. Es ist der bislang größte Bruterfolg auf der Insel. Besucher können die zwischen zwei bis sechs Wochen alten Küken im Pfauenaufzuchtsgehege und in der historischen Voliere sehen. Die Tiere bleiben ein halbes Jahr in den Gehegen, um sie vor Füchsen, Krähen, Mardern und Waschbären zu schützen. Nach drei Jahren sind die Tiere geschlechtsreif. Erst dann beginnt das für die Pfauenhähne typische Prachtgefieder zu wachsen.

Derzeit leben etwa 45 Pfauen auf der Insel. Davon sind 15 Tiere in der historischen Voliere und im Pfauenaufzuchtsgehege untergebracht. Die anderen Vögel bewegen sich das ganze Jahr über frei auf der Insel. Die Pfauenbalz beginnt im Januar und dauert bis April. Der auf der Pfaueninsel heimische Blaue Pfau („Pavo cristatus“) ist ein mit den Fasanen verwandter Hühnervogel. Seine Heimat sind die Savannen Indiens, Südasiens und Indonesiens. Bereits die Römer züchteten Pfauen zur Zierde ihrer Gärten auf Inseln. Dadurch sollten die Tiere vor Raub geschützt und am Entweichen gehindert werden.

1795 kamen die ersten Pfauen aus dem Gut Sacrow auf die 88 Hektar große Insel, die seitdem ihren Namen trägt und auch als „Preußisches Paradies“ bezeichnet wird. Sie bildeten den Grundstock für die Menagerie, die bis 1842 existierte. Die Vögel blieben als Sinnbild der Exotik bis heute auf der Insel. *PAZ*

Heuler seit 30 Jahren

Seehundstation Friedrichskoog feiert ideenreich ihr Jubiläum

Eigentlich war es reine Tierliebe, welche vor mehr als 60 Jahren die Familie Rohwedder in Friedrichskoog erst privat im Garten und dann auf dem Kutter veranlasste, verletzte oder ausgesetzte Robben aufzupäppeln. Was anschließend im Nordsee-Heilbad Büsum nach 1969 mit der ersten zentralen Aufzuchtstation professioneller fortgesetzt wurde, feiert in diesem Jahr Jubiläum. Denn es war im Jahr 1985, als die Seehundstation in Friedrichskoog durch die Gemeinde Friedrichskoog und dem Landesjagdverband Schleswig-Holstein zur Unterstützung der Station in Büsum gegründet wurde. Im gleichen Jahr wurde übrigens auch das Wattenmeer zum damals dritten Nationalpark in Deutschland erklärt. Als 1991 die Station in Büsum geschlossen wurde, verblieb die an der Dithmarscher Küste gelegene Station als einzige in Schleswig-Holstein.



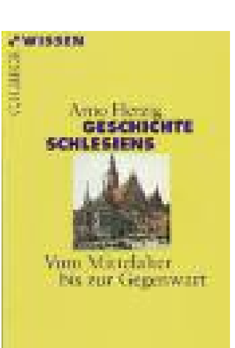
Thies heißt der erste Heuler im Jubiläumsjahr Bild: Seehundstation Friedrichskoog

Ganzjährig können heutzutage in der Station die zwei heimischen Robbenarten des deutschen Wattenmeers, Seehunde und Kegelrobben, beobachtet werden. Die täglichen Fütterungen der Dauerhaltungstiere, die meist mit einem medizinischen Training verbunden sind, werden kommentiert. Die Besucher erfahren dabei viel über die Biologie der Tiere und die Aufgaben der Station. Außerdem bietet das Informationszentrum umfassende Möglichkeiten, sich über heimische Meeressäuger, ihre Biologie, Gefährdung und Schutzmaßnahmen im Lebensraum Wattenmeer zu informieren.

Die Seehundstation Friedrichskoog ist die einzig autorisierte Aufnahmestelle für verlassene und erkrankte Robben und Seehunde in Schleswig-Holstein. Eine weitere befindet sich im ostfriesischen Norddeich, die es seit 1980 gibt. Die jungen Seehunde, die während der Säugezeit dauerhaft den Kontakt zur Mutter verloren haben, werden als „Heuler“ bezeichnet. Das Pflegen und Aufziehen ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Station im Sommer.

Auch dank der Hilfe der Seehundstation hat sich heutzutage die Kegelrobben- und Seehundpopulation in der Nordsee deutlich erholt. Gab es in den 1970er Jahren durch die Folgen der Bejagung und Umweltverschmutzung nur noch rund 1500 Tiere, so befinden sich heutzutage wieder nach vorsichtigen Schätzungen rund 12 000 Tiere im Wattenmeer – so viele wie seit 100 Jahren nicht.

Gute Nachrichten gibt es auch für alle Besucher der Seehundstation: Im Jubiläumsjahr bietet sie viele Veranstaltungen wie Bastel und Aktionstage oder Ferienspäße an. Zudem finden an jedem 30. des Monats „Jubiläumsführungen“ statt (Info: www.seehundstation-friedrichskoog.de). *PAZ*



Glückliches Schlesien?

Landeshistorie auf 128 Seiten

Die Geschichte Schlesiens habe vielfach für nationale Deutungen herhalten müssen, schreibt der Autor Arno Herzig. Er selbst ist sichtlich bemüht seine „Geschichte Schlesiens“ davon freizuhalten. Dass er dabei zugleich auf einen immensen Wissensschatz zurückgreifen kann, steht außer Frage. Der 1937 im schlesischen Albendorf geborene Autor gilt als „Altmeister“ der Geschichtsschreibung zu dieser Region. Vor fünf Jahren bekam er den Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er eine ausschließlich von polnischen Historikern geschriebene Festschrift.

Eine der wichtigsten Provinzen Preußens

Aber auch für ihn mag die Aufgabe, die mit diesem Büchlein verbunden ist, ein Wagnis gewesen sein. Die Reihe „C.H.Beck Wissen“ will ihre Themen in konzentrierter Form vermitteln. 128 Seiten sind dabei das unumstößliches Limit. Je größer der zeitliche Rahmen, umso mehr besteht dabei die Notwendigkeit zu straffen und nicht allzu sehr ins Detail zu gehen.

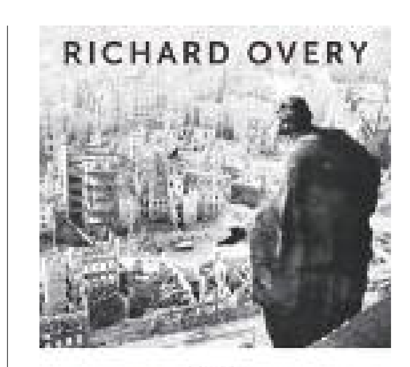
So auch hier. Für den interessierten Leser ist das Bändchen aber eine gute erste Einführung. Auf die Zeit von der ersten Jahrtausendwende bis etwa 1800 verwendet Herzig die Hälfte des Buches. Die zweite Hälfte gilt der Zeit bis heute. Dem Früheren, ebenso fruchtlosen wie endlosen Streit zwischen Deutschen und Polen, wer zuerst dort siedelte und damit Ansprüche auf das Land hat, geht Herzig aus dem Wege, indem er einfach aufzählt, bis wann sich die Besiedlung zurückverfolgen lässt. Zuerst waren es Kelten, dann Germanen und Slawen, später Kolonisten aus dem deutschsprachigen Raum, die von polnischen Herrschern ins Land gerufen wurden. Sie alle prägten Schlesien, das in der Tat mehrere Jahrhunderte unter piastischer, also polnischer Herrschaft stand. Sie endete, als die Luxemburger als Könige Böhmens auch Herrscher über Schlesien wurden. Von da an gehörte das Land zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, umso mehr, als die Habsburger ab 1526 Regenten wurden. 1742 setzte sich dann Friedrich der Große in den Besitz des Landes.

Herzig zeigt, wie sich trotz wechselnder Herrschaften und zersplitterter Machtbefugnisse ein eigenes schlesisches Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelte. Dessen Träger waren vor allem das wohlhabend gewordene, hochgebildete und in religiösen Fragen tolerante Bürgertum. Im 19. Jahrhundert wurde Schlesien durch seine rasante Industrialisierung zu einer der wichtigsten Provinzen Preußens. Die Mär vom „glücklichen Schlesien“ verweist Herzig dabei ins Reich der Legende. Der Weberaufstand von 1844 ist nur das bekannteste Beispiel für viele soziale Unruhen. Wohl nur die Jahre im Kaiserreich mag man als halbwegs „glücklich“ bezeichnen. Sie waren vorbei, als nach dem Ersten Weltkrieg wichtige Industriezentren Oberschlesiens an Polen fielen.

Vermutlich aus Platzgründen geht es am Ende doch etwas eilig durch die NS-Herrschaft, die Vertreibung 1945 und den Wiederaufbau unter kommunistischer Herrschaft mit polnischer Bevölkerung. Heute wird in Regionen, wo Nichtpolen mehr als 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, deren Sprache als zweite Amtssprache – auch auf Ortsschildern – anerkannt. Herzig setzt alle Hoffnung auf ein friedliches Miteinander von Polen und Deutschen. Es gelte heute, so sein Resümee, in Zusammenarbeit mit polnischen Historikern „ein Narrativ zu finden, das mit seiner Deutung beiden Seiten gerecht wird“. Sein Buch ist ein anschauliches Beispiel dafür.

Dirk Klose

***Arno Herzig: „Geschichte Schlesiens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart“**, C.H.Beck Verlag, München 2015, broschiert, 128 Seiten, 8,95 Euro*



Ein Historiker denkt um

Richard Overys monumentales Werk über den Bombenkrieg

Manche Historiker halten ein ganzes Leben lang an festgefahrenen und zudem oft auch noch falschen Meinungen fest, während andere in der Lage sind, ihre Urteile zu revidieren. Zur letztgenannten Gruppe gehört Richard Overy, einer der bedeutendsten Zeitgeschichtler der Gegenwart, der an der University of Exeter lehrt und im Übrigen ein Schwager des Bestsellerautors Ken Follett ist.

Nachdem er 2003 die alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte noch „barbarisch, aber sinnvoll“ nannte, vertritt er in seiner neuen, voluminösen Monografie „Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945“, die Ansicht, dass Großbritannien und die USA sowohl gegen ethische Grundsätze und die Regeln des Kriegsvölkerrechtes verstoßen als auch eine massive strategische Niederlage erlitten hätten. Niemals nämlich sei die deutsche Wirtschaft und Kampfmoral unter den „maßlosen“ Luftschlägen der Royal und US Air Force kollabiert, was im umgekehrten Falle übrigens ebenso für die von der deutschen Luftwaffe angegriffenen Staaten zutreffe.

Gleichermaßen unmissverständlich stellt Overy fest, dass den Bombenangriffen der Westalliierten oft ein politisches Kalkül zugrundegelegen habe. Als Beispiel hierfür nennt er die stufenweise Zerstörung Sofias durch angloamerikanische Flugzeuge, welche vor allem dem Zweck diente, Bulgarien aus dem Bündnis mit Italien und Deutschland herauszubomben. Des Weiteren, so Overy, sei es London und Washington bei ihrer strategischen Luftoffensive gegen das Dritte Reich auch sehr stark darum gegangen, Stalin ruhigzustellen, als dieser immer lauter grollte, weil sich die Eröffnung einer zweiten Front in Europa hinauszog.

Wie schon das Beispiel Sofias zeigt, konzentriert sich Overy also nicht nur auf die wechselseitige Bombardierung Deutschlands und Englands, sondern betrachtet den Bombenkrieg tatsächlich als gesamteuropäisches Phänomen. So schildert er unter anderem auch die Angriffe auf sowjetische, belgische, polnische, italienische und französische Städte sowie die Inselfestung Malta, weshalb man hier gewiss mit einigem Recht von einem Standardwerk mit großer inhaltlicher Bandbreite sprechen kann, wie dies die Kritik ja bereits in reichlichem Maße getan hat. Andererseits bleiben aber doch einige wichtige Punkte offen.

Zum ersten lässt Overy den Bombenkrieg, welchen die UdSSR ab August 1941 gegen Deutschland führte, weitestgehend unerwähnt. Dabei kam es durchaus zu ernsthaften Attakken durch sowjetische Fernfliegerkräfte. Man denke da nur an den Angriff auf Königsberg im April 1943, bei dem ein sowjetisches Marineflugzeug eine 5000-Kilo-Bombe über der ostpreußischen Hauptstadt abwarf, oder die verheerenden Luftangriffe auf Breslau während der Osterfeiertage 1945.

Ebenso maßlos wie sinnlos

Zum zweiten wäre zu hinterfragen, wie sinnvoll es ist, in einer Darstellung der Geschichte des Bombenkrieges während des Zweiten Weltkriegs den Fokus ausschließlich auf Europa zu richten. Immerhin legten die USA ja auch eine japanische Stadt nach der anderen in Schutt und Asche, zwei davon bekanntlich sogar mit Atombomben. Und die Japaner ihrerseits bombardierten unter anderem Australien, Indonesien, die Philippinen, China und Britisch-Indien. Dabei dürften insgesamt mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen sein – die meisten davon übrigens in China und nicht in Japan.

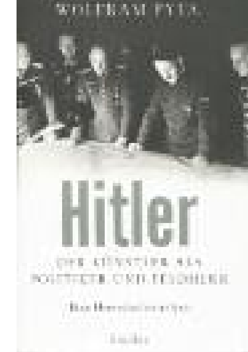
Durch die völlige Ausblendung dieses Gemetzels in Asien wird Deutschlands Rolle als Akteur im Bombenkrieg während der Jahre von 1939 bis 1945 über Gebühr hochgespielt, während das seinerzeit extrem aggressiv agierende Japan wieder einmal völlig außen vor bleibt. Und das ist nicht nur ärgerlich, sondern auch methodisch bedenklich.

Zum dritten sind da die Opferzahlen, mit denen Overy operiert: So gibt er an, dass der Bombenkrieg in Europa 600000 Tote gefordert habe, darunter 353000 in Deutschland. Damit widerspricht der Autor anderen Luftkriegshistorikern wie Jörg Friedrich, der von 570000 Bombenopfern allein in Hitlers Reich ausging. Dabei wurde im Zweiten Weltkrieg etwa die Hälfte der bebauten Fläche in den deutschen Großstädten zerstört, was selbst die Angaben Friedrichs eher noch als zu niedrig erscheinen lässt.

Hier bewegt sich Overy ganz offenkundig im Argumentationsrahmen derer, welche die Zahl der deutschen Luftkriegstoten so klein wie möglich halten wollen, wie das beispielsweise die Dresdner Historikerkommission versuchte, deren abstruse „Erkenntnisse“ Overy dann auch völlig unkommentiert übernahm. Allerdings steht zu vermuten, dass er dies nicht aus durchsichtigen ideologischen Motiven tat. Vielmehr wollte Overy das heikle Thema wohl mit besonderer Nüchternheit und Vorsicht behandeln.

Wolfgang Kaufmann

***Richard Overy: „Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945“**, Rowohlt-Verlag, Berlin 2014, gebunden, 1053 Seiten, 39,95 Euro*



Nach allen Regeln der Kunst

Wolfram Pyta wirft einen neuen Blick auf Hitlers Herrschaftsstil

„Ist Hitler überforscht?“, fragt Wolfram Pyta, Jahrgang 1960, Professor für Geschichte in Stuttgart und breitet dann eine rund 700seitige Verneinung aus, an der er sieben Jahre geforscht hat. Das Ergebnis ist respektabel: Es liest sich gut, sobald man sich in die etwas gestelzte Sprache Pytas eingelesen hat: Vergangenes ist „Narrativ“, Gesprochenes „Oralität“, Öffentliches „Performativ“.

Jenseits solcher Hohlwörter öffnet das Buch „Hitler der Künstler als Politiker und Feldherr“ einen neuen Zugang zu Leben und Werk des Diktators. Pyta sieht bei Hitler „eine künstlerisch inspirierte Kriegsführung“ zum Beispiel den „kartographisch geweckten Raumhunger“. Auch seine Herrschaftstechnik leitete er von der Kunst ab: Er sei als „Architekt und Baumeister an Gründlichkeit und organischen Aufbau gewöhnt“, gibt er selbst zum besten, und an anderer Stelle erklärt er: "Würde ich nicht primär Künstler sein, so wären mir auch die militärischen Operationen nicht gelungen“.

Zur Charakterisierung dieses „Künstlers“ offeriert Pyta Details aus Hitlers Leben, die wenig bekannt sind: Der wegen Talentlosigkeit an der Wiener Akademie gescheiterte Maler lebte ab 1910 gut von seinen Bildern. Der Augenmensch Hitler führte stets Zeichenutensilien bei sich, aber kein Schreibzeug.

Nur in der Kriegskunst, in welcher er größte Genialität einforderte und von seinen „Claqueuren“ auch bekam, erwies er sich als Stümper. Und das ab dem ersten Kriegstag, als er überzeugt war, der Konflikt zwischen Deutschland und Polen bliebe „lokalisiert“ und dann vom Kriegseintritt Frankreichs und Englands überrumpelt wurde. Hitlers Zeitplanung – „Russlandfeldzug binnen sechs Wochen entschieden“ – war Nonsens, seine Stoppbefehle vor Dünkirchen im Mai 1940 und vor Moskau im Juli 1941 unsinnige Machtdemonstrationen vor der „überheblichen“ Generalität, seine „Betonmentalität“ in der „Festung Europa“ ein Irrsinn.

Das Ende zeichnete sich früh ab. Der „Augenmensch“ Hitler ignorierte die Trümmerlandschaft, in die sich sein Reich verwandelt hatte. Der „Verteidigungskünstler“ fantasierte noch nach der alliierten Landung von der „verheerenden Niederlage der Westmächte“. Am 7. Februar 1945 zog Goebbels Schlussbilanz: „Alles bröckelt ab. Die Generäle revoltieren, die Gauleiter türmen, die Minister flüchten aus Berlin.“

Wolf Oschlies

***Wolfram Pyta: „Hitler der Künstler als Politiker und Feldherr – eine Herrschaftsanalyse“**, Siedler Verlag, gebunden, München 2015, 846 Seiten, 39,99 Euro*

Königinnen des Verbrechens

Krimifans kommen an englischen Autorinnen wie Agatha Christie nicht vorbei – Ein kurzweiliges Buch beschreibt ihre Welt

Was immer unter dem Begriff „Good Old England“ zu verstehen ist – die Liebhaber englischer Detektivromane machen sich davon sicherlich eine ganz bestimmte Vorstellung. Denn seit Agatha Christie geht es auf publikumswirksame Weise kriminell zu in den malerischen englischen Landschaften, wo Fachwerkhäuser und strohgedeckte Cottages das Bild der Ortschaften prägen ebenso wie normannische Kirchen, umgeben von uralten Grabsteinen.

Das Bild der „typisch englischen“ heilen Welt, die durch ein fieses Verbrechen jäh aufgeschreckt wird, ist durch die Romane der berühmten Kriminalschriftstellerinnen aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und der Nachkriegszeit geprägt worden, nicht zuletzt aber auch durch die „Miss-Marple“-Verfilmungen. Wer diese Atmosphäre schätzt und den persönlichen Hintergrund der weltbekannten englischen Krimiautorinnen aus Vergangenheit und Gegenwart kennenlernen möchte, sollte sich das hübsch bebilderte Büchlein von Luise Berg-Ehlers mit dem Titel „Mit Miss Marple aufs Land. Englische Kriminalschriftstellerinnen zwischen Tearoom und Tatort“ nicht entgehen lassen. Es nimmt seine Leser mit auf eine literarisch-kulturelle Reise durch englische Städte und beschauliche Gegenden, die mit den Namen dieser sogenannten „Queens of Crime“ verbunden sind.

Tatsächlich waren es durchweg Frauen, die in der Blütezeit des englischen Detektivromans „regierten“ – „Kings of Crime“ werden nach Mitteilung von Berg-Ehlers offiziell nicht in der Statistik geführt. In England bezeichnet man diese vor allem bei Nostalgikern beliebte Ära gern als „Goldenes Zeitalter“, an dessen Besonderheiten verständlicherweise auch heutige Krimiautoren und -autorinnen gern anknüpfen. Die Klassiker dieses Genres stammen zum Beispiel von Dorothy L. Sayers (1893–1953), Agatha Christie (1890–1976), Daphne du Maurier (1907–1989), P.D. James (1920–2014), Caroline Graham (geb. 1931) und Elisabeth George (geb. 1949).

Heile Welt, in der Böses passiert

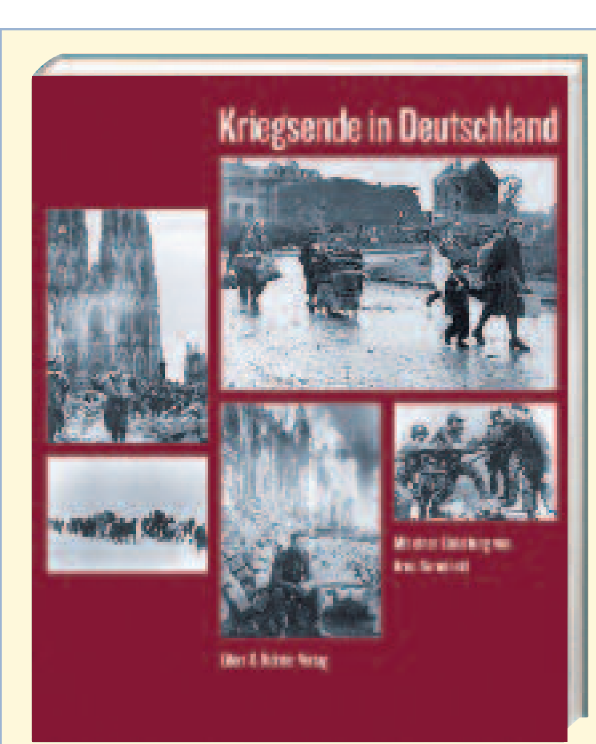
Auf ihren Spuren geht es im vorliegenden Buch nach Cambridge, Bath, Oxford und von dort aufs Land, unter anderem in die Grafschaft Hampshire, wo der fiktive wohlhabende Lord Peter Wimsey aus Dorothy L. Sayers Romanen sich als Privatermittler hervortut. Im Südwesten Englands liegt die Grafschaft Devon, die mit Agatha Christies fiktiver Grafschaft Downshire gleichzusetzen ist. Durch Miss Marples – ebenfalls erdachten – Wohnort St. Mary Mead fuhr bekanntlich der Zug aus London-Paddington, wo eines der Verbrechen geschah, das die scharfsinnige Jane Marple schließlich aufklären konnte. „16.50 Uhr ab Paddington“ war Agatha Christie 49. Kriminalroman und die Vorlage für die erste von insgesamt vier „Miss-Marple“-Verfilmungen mit Margaret Rutherford in der Hauptrolle. In Suffolk spielt Caroline Grahams populäre Midsomer-Serie, die in Großbritannien seit 1997 für das Fernsehen verfilmt wird und seit Jahren auch in Deutschland erfolgreich unter dem Titel „Inspector Barnaby“ läuft. Mittlerweile gibt es 90 Folgen.

Biografisches vermischt Berg-Ehlers mit der Beleuchtung typischer Staffagen aus den klassischen und neueren Werken dieses Genres. Dabei geht es, wie sollte es anders sein, um dörfliche Pubs und uralte Herrenhäuser des Landadels, um Cottage-Gärten in den malerischen Cotswolds bei Oxford und die typisch englische Sportart Cricket. Auch die umstrittene Fuchsjagd, die gotische Kirchenarchitektur und – last but not least – die Geschichte der Frauencolleges von Oxford greift die Autorin auf. Im Plauderton erklärt sie die damit einhergehenden Sitten und gesellschaftlichen Strukturen, wie es sie eben nur in „Good Old England“ gibt.

Aber Vorsicht: Das Verbrechen lauert möglicherweise schon hinter dem nächsten Cottage.

Dagmar Jestrzemski

***Luise Berg-Ehlers: „Mit Miss Marple aufs Land. Englische Kriminalschriftstellerinnen zwischen Tearoom und Tatort“**, Insel Verlag, Berlin 2015, broschiert, 143 Seiten, 12,95 Euro*



Frank Bajohr/Mathias Beer/Nicolas Berg
Kriegsende in Deutschland
Mit einer Einleitung von Arno Surminski
Im Frühjahr 1945 ging für die Deutschen der von ihnen entfesselte Zweite Weltkrieg zu Ende. Der Einmarsch der alliierten Truppen bedeutete die Befreiung vom nationalsozialistischen Terror, das Ende der Kämpfe und Bombennächte, für viele aber auch den Beginn von Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft. Historiker und Zeitzeugen schildern in diesem Buch die politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und militärischen Operationen der letzten Kriegsmonate. Informative Karten und eine Chronologie ergänzen den mit historischen Fotos reich illustrierten Band. Eine Auswahl der Autoren: Frank Bajohr, Mathias Beer, Nicolas Berg, K. Erik Franzen, Ulrich Herbert, Heinrich Jaenecke, Axel Schildt, Manfred Zeidler. 256 Seiten
Nr. P A0856 Gebunden 19,95 €



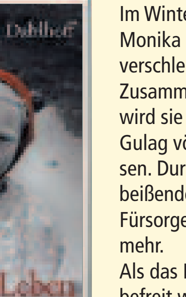
Deutsche Heimat im Osten
Landeskunde der (176 Seiten)
Provinz Pommern
43 farbige Abbildungen, 40 Karten.
Nr. P A0749 Geb. 19,95 €

Nach der Originalausgabe von 1912. Mit diesem einzigartigen Wissensschatz erhalten wir ein lebendiges Bild längst vergangener Tage und interessante Hinweise zur geschichtlichen, geologischen, klimatischen, territorialen und wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Provinz Pommern. Ein Kapitel widmet sich der Bevölkerung und der Besiedlung Pommerns sowie der Tier- und Pflanzenwelt in der fünftgrößten Provinz des Königreichs Preußen. Viele farbige Abbildungen und Karten zeigen die Heimat deutscher Familien im östlichen Teil des Kaiserreiches. Erleben Sie eine Zeitreise von ganz besonderer Art und erfahren Sie mehr über vertraut klingende Städte- und Landschaftsnamen.



Silke Findeisen
Schlesien
Reise in die alte Heimat in 1000 Bildern
Gebunden
376 Seiten
Nr. P A0583 19,90 €

Für den einen die Heimat, für andere ein unbekanntes Land, so ist Schlesien doch für alle immer eine Reise wert. Prächtige Kirchen, idyllische Landstriche, Vielfalt der Kulturen – schon Goethe sprach von dem zehnfach interessanten Land. Wer nicht gleich losfahren kann, möge sich hiermit auf eine interessante Reise in tausend Bildern begeben. Die hier abgebildeten Postkarten und Fotos stammen aus privaten Archiven, spiegeln die damalige Zeit wider und vermitteln einen authentischen Eindruck vom einstigen Leben in Schlesien. Landschaft und Landwirtschaft, Industrie und Natur, Städte und Dörfer und natürlich das private Leben werden abgebildet und anschaulich beschrieben und erläutert. Ein Buch aus der alten Heimat.



Monika Dahlhoff
Eine Handvoll Leben
Meine Kindheit im Gulag
272 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0661 8,99 €

Im Winter 1944 wird die kleine Monika von russischen Soldaten verschleppt.
Zusammen mit anderen Kindern wird sie in einem abgelegenen Gulag völlig sich selbst überlassen. Durch ständigen Hunger, beißende Kälte und fehlende Fürsorge verwahrlost sie immer mehr.
Als das Mädchen nach Jahren befreit wird, bleibt ihr ein normales Leben versagt. In einer Pflegefamilie versucht man der traumatisierten Monika mit Strenge und Gewalt beizukommen, doch sie sehnt sich nach Geborgenheit und hofft noch immer auf ein Wiedersehen mit ihrer Mutter.



Ferdinand von Saar
Mährische Novellen
Das erzählerische Œuvre des Wieners Ferdinand von Saar (1833–1906) gehört zu den bedeutendsten sprachkünstlerischen Leistungen und Zeitdokumenten des altösterreichischen Vielvölkerstaates. Schon in jungen Jahren mit Land und Leuten vertraut – er stand während seiner Militärzeit unter anderem in Brünn und Olmütz in Garnison –, war Saar seit den 1870er-Jahren häufiger Gast auf den mährischen Schlössern mäzenatischer Adelsfamilien in Raitz, Blansko und Habrovan. Dichterischer Ertrag seiner detaillierten Lokalkenntnisse ist eine Handvoll aufs Feinste ausgearbeiteter Erzählungen, mit denen er, neben der mit ihm befreundeten Marie von Ebner-Eschenbach, Mähren der deutschsprachigen Literatur erschlossen hat. Die „Deutsche Bibliothek des Ostens" hat sich bereits 1988 auf eine Spurensuche begeben, um „eine einst bedeutsame literarische Landschaft des 18., 19. und ersten Drittels des 20. Jahrhunderts in Erinnerung" zu bringen. 184 Seiten
Nr. P A0822 Gebunden mit Schutzumschlag 14,90 €



Theodor Gottlieb von Hippel
Und nun in Königsberg!
Theodor Gottlieb von Hippel (1741–1796), der anonym schriftstellernde, heute weitgehend vergessene Oberbürgermeister von Königsberg und auserlesene Freund Kants und Hamanns, gehört zu den merkwürdigsten Gestalten der deutschen Literaturgeschichte. Als kühn experimentierender Vertreter der gesellschaftskritisch-humoristischen Prosa und verbissen um die letzten Wahrheiten ringender Gottsucher, in dessen Seele sich religiöse Empfindsamkeit mit aufklärerischer Skepsis und avantgardistischen Zukunftsvisionen vermengten, war er ein typisches Kind des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts. Seine „Lebensläufe nach aufsteigender Linie" sind der erste Roman, in dem sich die Ereignisse ganz im preußischbaltischen Raum zutragen. Sie hinterlassen der Nachwelt ein kulturhistorisches Dokument von außergewöhnlichem Wert. Der Titel „Und nun in Königsberg!" ist ein Zitat aus dem Roman. 216 Seiten
Nr. P A0823 Gebunden mit Schutzumschlag 14,90 €



Deutsche Heimat im Osten
Landeskunde der (184 Seiten)
Provinz Schlesien
72 farbige Abbildungen, 28 Karten.
Nr. P A0835 Geb. 19,95 €

Nach der Originalausgabe von 1897. Mit diesem einzigartigen Wissensschatz erhalten wir ein lebendiges Bild längst vergangener Tage und interessante Hinweise zur geschichtlichen, geologischen, klimatischen, territorialen und wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Provinz Schlesien. Viele farbige Abbildungen und Karten zeigen die Heimat deutscher Familien im östlichen Teil des Kaiserreiches. Erleben Sie eine Zeitreise von ganz besonderer Art und erfahren Sie mehr über vertraut klingende Städte- und Landschaftsnamen wie das Riesengebirge, Breslau, Ober- und Niederschlesien, Bunzlau, Gleiwitz, Hirschberg, Leobschütz, Jauer, Liegnitz, Sagan, Grünberg, Görlitz, Ohlau, Oels, Oppeln u.v.m.



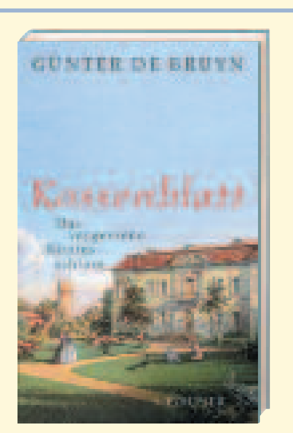
Karen Winter
Sehnsucht nach Riga
Roman
397 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0662 8,99 €

Schon als Kind liebt Marie-Luise von Zehlendorf, genannt Malu, Stoffe und Mode. Nichts wünscht sich die Gutsherrentochter mehr, als Kleider zu entwerfen. Als sie nach dem Tod ihres Vaters das Baltikum verlässt und nach Berlin zieht, wird ihr Traum Wirklichkeit. Innerhalb kurzer Zeit macht Malu sich einen Namen als Modeschöpferin, ihre Kleider sind gefragt, auch in den besten Kreisen.
Doch ihr Liebster bleibt in Riga zurück und heiratet eine andere Frau. Wird Malu in Berlin ihr Glück finden - oder muss sie dafür in die Heimat zurückkehren? Eine junge Frau mit einem Traum und eine Liebe die nicht vergeht.

Deutsche Heimat im Osten
Landeskunde Provinz Posen
43 farbige Abbildungen, 40 Karten, davon 3 herausnehmbar. 176 S.
Nr. P A0748 Geb. 19,95 €

Nach der Originalausgabe von 1911. Mit diesem einzigartigen Wissensschatz erhalten wir ein lebendiges Bild längst vergangener Tage und interessante Hinweise zur geschichtlichen, geologischen, klimatischen, territorialen und wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Provinz Posen. Ein Kapitel widmet sich der Bevölkerung Posens sowie der Tier- und Pflanzenwelt. Viele farbige Abbildungen und Karten zeigen die Heimat vieler deutscher Familien im östlichen Teil des Kaiserreiches. Erleben Sie eine Zeitreise von ganz besonderer Art und erfahren Sie mehr über vertraut klingende Städte und Landschaften wie die Schildberger Hochfläche, das Zwischenstromland u.v.m.

Arno Surminski
Als der Krieg zu Ende ging
Erzählung
Die Erzählungen dieses Bandes beschreiben die Nachwirkungen des Krieges und schildern Erlebnisse aus jener Zeit. Ein Briefträger bringt die Gefallenenmeldungen in die Dörfer, eine Engländerin fährt ins Rheinland auf der Suche nach dem Wrack eines Bombers, mit dem ihr Vater abgestürzt ist, ein alter Mann besucht das Dorf, das er 1945 verlassen musste. Die Titelgeschichte erzählt von einer Frau, die mit ihren Kindern zu Fuß aus dem Osten flieht, bis Mecklenburg kommt, dort ein weiteres Kind auf die Welt bringt und es einer kinderlosen Bäuerin schenkt. Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, aber noch immer rumort dieses Geschehen in den Köpfen und Herzen. Im persönlichen Erleben zog sich das Kriegsende mächtig in die Länge. Für einige ging der Krieg erst zu Ende, als die letzten Gefangenen heimkehrten (Chor der Gefangenen), andere deuteten den Fall der Mauer 1989 als ihren Abschluss des Krieges (November in Dresden). Für Millionen ging der Krieg schon vor 1945 zu Ende. Alle Geschichten haben einen wahren Kern, die Personennamen sind erfunden. 208 Seiten
Nr. P A0855 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Günter de Bruyn
Kossenblatt
Das vergessene Königschloss
192 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0705 18,99 €

Schon Theodor Fontane besuchte Schloss Kossenblatt auf seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg". Günter de Bruyn erzählt in seinem neuen Buch die ganze Geschichte des Schlosses – von seiner kurzen Blütezeit unter Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. bis heute. Wie in seinen letzten Büchern geht es dabei immer auch um preußische Geschichte und die eigene brandenburgische Heimat. Darüber hinaus aber ist „Kossenblatt" eine sehr persönliche, gelassen-melancholische Betrachtung über das Leben im Abseits, über Tod und Vergessen und die Kraft der Erinnerung.



Ulrich Wittkowski
So plachanderten wir in Königsberg und Ostpreußen
91 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0072 5,95 €

Das alte Ostpreußen mit seiner Sprache, seinem Humor und seinem besonderen Menschenschlag lebt wieder auf in den mundartlichen Texten, die Ulrich Wittkowski hier zusammengetragen hat. Seine humorvollen Vertellkens und Nuschtchen berichten von Begebenheiten aus dem täglichen Leben und geben einen Einblick in die Vielfalt der ostpreußischen Wortschöpfungen und damit auch in die Wesensart der Ostpreußen. Das Charakteristische und Originelle der Sprache wird anhand von gesammelten Redensarten, Witzen und Namen deutlich. Das Buch ist eine Einladung zum Schmunzeln und Erinnern und gleichzeitig eine Liebeserklärung an Ostpreußen.



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 16,95 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 19,95 €



Danziger Kurfürsten
Kräuterlikör
38 % vol., Flasche 0,5 Liter
Nr. P 5812 14,50 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €



Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 15,95 €



Moosbeere mit Wo
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 16,95 €

Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 15,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Geschlechtslose Bürschchen«

Dresden – Der US-Internet-Konzern „Facebook“ hat die Seite von Pegida-Protagonistin Tatjana Festerling für sieben Tage gesperrt. Einige Medien werfen Festerling, die bei der Dresdener Bürgermeisterwahl im Juni zehn Prozent holte, überzogene Kritik an der Asylpolitik vor und lobten den Schritt. Die Betroffene reagierte mit Spott: „Was ein ‚Hass‘-Posting ist, definieren natürlich wieder die kleinen, grünen geschlechtslosen Bürschchen.“ *H.H.*

Kiew verbietet Depardieu-Filme

Kiew – Die ukrainische Regierung hat 13 russische Künstler sowie den französischen Schauspieler und Wahl-Russen Gérard Depardieu als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft. Depardieu wird vorgeworfen, pro-russisch eingestellt zu sein. Die Künstler dürfen ab sofort weder im Radio noch im Fernsehen oder in Kinos der Ukraine zu sehen oder zu hören sein. Gegen Depardieu hatte Kiew schon im Juli eine fünfjährige Einreisesperre verhängt. *H.H.*

ZUR PERSON

Populärer Schreihals

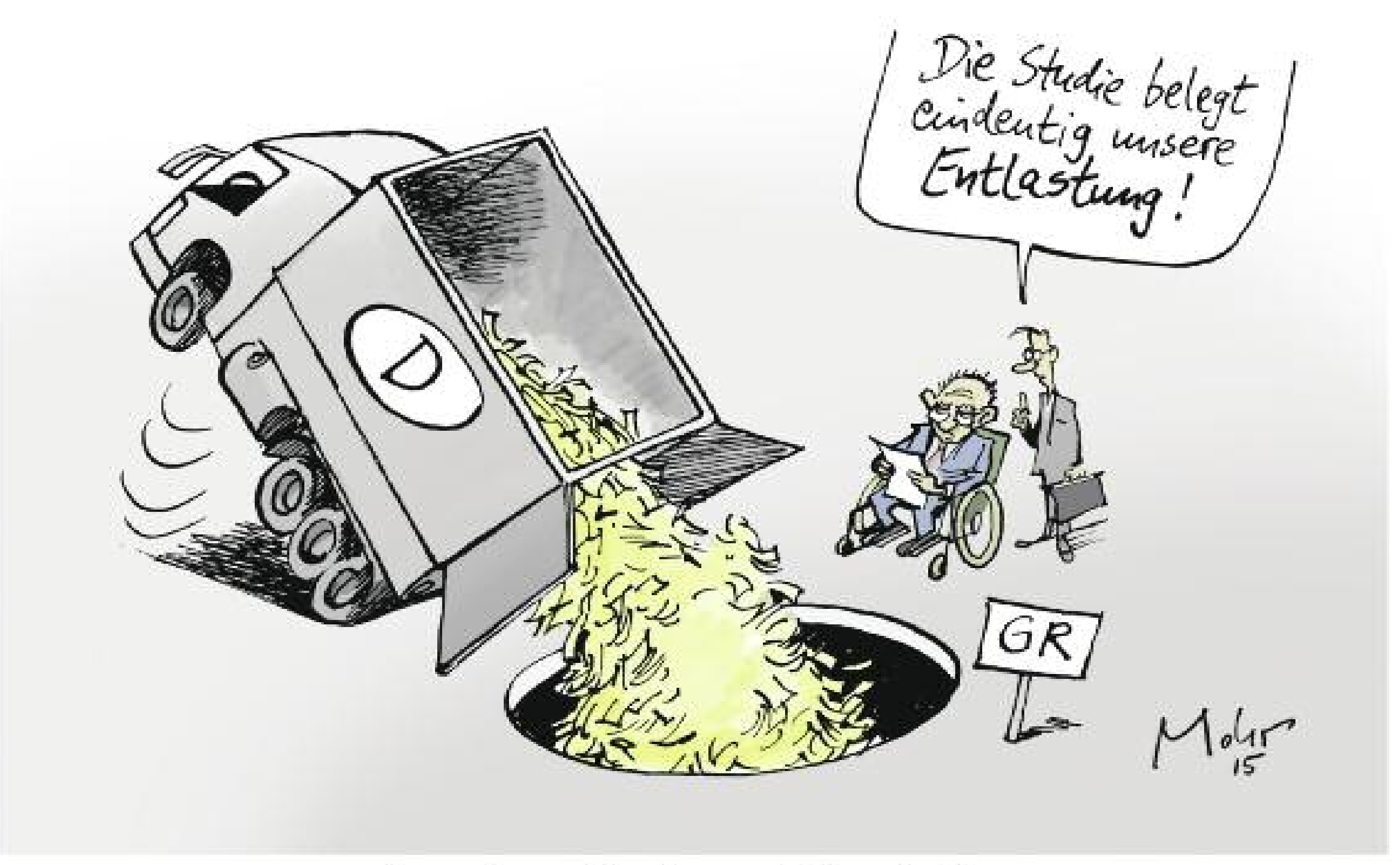
Das Abonnement, das die Bush-Familie auf das Weiße Haus hat, ist in Gefahr. Jeb Bush, der als nächstes Mitglied des Klans als Präsident dort einziehen sollte, bekommt die Show von **Donald Trump** gestohlen. Der New Yorker Immobilienmogul erreicht unter den 17 republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten derzeit mit 25 Prozent den höchsten Beliebtheitswert, während Jeb Bush in den August-Umfragen nur auf knapp 13 Prozent kommt.

Die US-Bürger lieben Schreihälse, die kein Blatt vor den Mund nehmen. Und ein Milliardär wie Trump muss auf nichts und niemanden Rücksicht nehmen. Das nutzt er mit ausländer- und frauenfeindlichen Sprüchen aus. „Ich habe keine Zeit für politische Korrektheit, dieses Land hat auch keine Zeit“, sagt er, wenn er sich eine Mauer an der Grenze zum kriminellen Mexiko wünscht oder wenn er einer kritisch fragenden TV-Moderatorin Menstruationsprobleme unterstellt.

Die Latinos und die Frauen würden ihn trotzdem wählen, ist sich Trump sicher. Er habe ja Tausende von ihnen in seinen Unternehmen angestellt. Mit Immobiliengeschäften ist der Enkel deutscher Einwanderer namens Drumpf steinreich geworden. Von seinem über 200 Meter hohen Trump-Tower mitten in New York aus regiert der 69-Jährige ein Firmenimperium, das auch diverse Miss-Wahlen organisiert. Inzwischen ist er in dritter Ehe mit einem 24 Jahre jüngeren Model aus Slowenien verheiratet.



Trump verfügt über eine Schwäche, die zu seinem Vorteil werden könnte. Je mehr Kritik er einsteckt, desto ungezügelter und undiplomatischer wird sein Auftreten. Als ein Parteifreund ihn als Volltrottel bezeichnete, konterte Trumpf mit dem Wort „Idiot“ und verlas dessen private Handynummer. Bei den Republikanern ist Trump seitdem eine persona non grata. Im Volk wird er dank solcher Kaspereien aber immer populärer. *Harald Tews*



Aus der Welt des Kapitals

Nicht vermischen!

Wie »Deutschland« die Deutschen ausnimmt, wie unser Geld vom Himmel rieselt, und was alles nichts mit Zuwanderung zu tun hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Was ist eigentlich „Deutschland“? Warum wir uns diese Frage stellen? Das hat mit Schlagzeilen zu tun, die uns Anfang dieser Woche in Euphorie versetzt haben: „Deutschland profitiert stark von Hellas-Krise“ begeisterte uns die „Welt“, die „Wirtschaftswoche nannte eine tolle Zahl: „Deutschland spart über 100 Milliarden.“

In der „heute“-Sendung des ZDF kam ein Vertreter des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle zu Wort, wo diese sagenhaften Daten errechnet worden sind. Professor Reint Gropp klärt da auf, dass Deutschland wegen der Griechenland-Krise kaum noch Zinsen für seine Staatsschulden zahlen müsse, weil wegen der allgemeinen Unsicherheit Anleger in Massen ihr Geld in Schuldtitel des deutschen Staates investierten. Klar, Angebot und Nachfrage regeln den Preis, in diesem Falle: die Zinshöhe. Wenn die alle so scharf auf deutsche Staatsschuld-Titel sind, muss „Deutschland“ ihnen kaum noch Zinsen dafür bezahlen – glückliches „Deutschland“.

Warum ich „Deutschland“ immerzu in Anführungszeichen setze? Das hat seinen Grund in dem, was in den Jubelbeiträgen etwas weiter unten verraten wird. Die Frage ist doch, bei wem „Deutschland“ die Zinsen einspart. Na? Jetzt wird’ s bitter, nämlich bei Ihnen und bei mir und bei allen anderen Deutschen, die entweder ein Sparkonto haben oder eine Kapital-Lebensversicherung oder eine Betriebs-, Riester- oder sonst wie kapitalgedeckte Rente.

Clemens Fuest vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung treibt uns denn auch jegliche Freude über „Deutschlands“ Super-Ersparnis gleich wieder aus: Der Zinsrückgang sei gar kein Gewinn für Deutschland, „sondern lediglich eine Umverteilung von den Bürgern zum Staat“. Mit anderen Worten: Der Fiskus hat uns 100 Milliarden Euro abgezwackt, ganz ohne Steuererhöhung, ohne Gebührenanhebung und ohne neuen Bußgeld-Katalog.

Die Politik hat ihren Beutezug von langer Hand eingefädelt. Vor Jahren zogen ihre Vertreter mahnend durch die Reihen mit der Prophezeiung, dass die gesetzliche Rente bald nicht mehr reichen werde. Wir sollten unbedingt zusätzlich privat vorsorgen. Mit der Riester-Rente hat man uns gleich noch ein passendes „Produkt“ dazu ins Fenster gestellt, und Millionen verunsicherter Beitragszahler griffen angstvoll zu.

Gleichzeitig verdonnert der Staat die Versicherer dazu, unser Geld zum allergrößten Teil in „sicheren“ Wertpapieren anzulegen. Und welche Wertpapiere findet der Staat am „sichersten“? Seine eigenen natürlich, die Schuldtitel des Staates, auch Staatsanleihen genannt.

So hat die Politik unser Geld erst in ihre Obhut gelockt. Dann hat sie per Euro-Zentralbank- und „Rettungs“-Politik die Zinsen in den Keller geschickt, und nun kann sie uns so tief wie nie in die Tasche grapschen, ohne dass wir es merken.

> Wer die Kosten der steigenden Asylflut zusammenrechnet, der hetzt und ist natürlich rechts

Professor Gropp rechnet sogar vor, dass „Deutschland“ selbst im Falle eines Totalausfalls unserer Griechen-Kredite noch absahne: Da stünden nämlich nur 90 Milliarden im Feuer – bliebe ein „Gewinn“ von zehn Milliarden. Damit hat der Herr Wissenschaftler ganz nebenbei aufgedeckt, was „Deutschland“ mit unseren 100 Milliarden gemacht hat: Sie wurden im Griechensumpf versenkt.

Dass die großen Staats- und Konzernmedien dennoch über „Deutschlands“ märchenhafte Gewinne jubeln, liegt wohl in ihrer Natur. Sie reden nicht gern über die Kosten der von ihnen bejubelten Politik, weil sie derlei Petzereien als übelriechenden Populismus verurteilen.

So warnte der Deutschlandfunk vergangene Woche davor, den Leuten zu verraten, dass sie die Asylflut Geld kosten werde, das dann anderswo fehlt. Das stimme nicht, die Politik dürfe „die Dinge nicht vermischen“, mahnt der Sender. Wohnraum sei auch schon knapp gewesen, bevor die „Flüchtlinge“ angekommen seien. Und dass Schwimmbäder und Schulen marode seien, liege daran, dass den Kommunen das Geld fehle, und nicht etwa daran, dass sie so viel Geld für Asylbewerber ausgeben müssten.

Aha? Dass die Kommunen, die Länder und der Bund schon seit Längerem viel zu wenig Geld für Schulen und Schwimmbäder, Polizisten und Soldaten, Straßen und Brücken haben, war uns aufgefallen. Gerade deshalb hatten wir uns vergangene Woche ja so gewundert, woher die Milliarden für die Asylbegehrer auf einmal alle herkommen.

Im Grunde belehrt uns der Deutschlandfunk, dass wir Milliarden ausgeben können, ohne dass die irgendwo anders fehlen. Kommen die vom blauen Himmel geregnet? Nun ja, für einen Staatssender, der von Zwangsgebühren lebt, weshalb ihm unser Geld niemals ausgeht, sieht das wohl so aus.

Wie hoch die Rechnung wirklich ausfällt, soll also nicht verraten werden. Die Politik hofft dabei inständig auf unsere Mathe-Schwäche. Der Landrat von Garmisch-Partenkirchen etwa rechnet seinen Bürgern vor, dass sich die „Flüchtlings“-Kosten seines Landkreises 2016 auf eine halbe Million Euro verdoppeln werden gegenüber den 250 000 in diesem Jahr. Derzeit seien 301 Asylbewerber im Kreis untergebracht, davon 54 unbegleitete Minderjährige, die allein 50 000 Euro jährlich pro Person kosteten.

Moment – also ich war in Mathe ja tatsächlich eine Niete, aber hier musste selbst ich schlucken. Der Reihe nach: 50 000 kostet jeder einzelne unbegleitete Minderjährige, 54 sind es, 50 000 mal 54 macht … hm … also ich lande bei 2,7 Millionen. Richtig? Wie in aller Welt kommt der Landrat dann auf eine Gesamtsumme von 250 000 in diesem und einer halben Million im nächsten Jahr?

Möglicherweise kommt das Geld für die Minderjährigen aus einem anderen Topf, einer anderen Gebietskörperschaft als dem Kreis. Die Töpfchen-Schieberei, also die Verteilung von Kosten auf viele Etats, birgt die Chance, dass man die Gesamtkosten hinter lauter kleinen Einzelposten verstecken kann, damit der Steuerzahler, (dem die Töpfe wurscht sein können, weil er sie alle füllen muss) nicht merkt, in welchem Maße er wirklich ausgenommen wird. Wer dann trotzdem alles zusammenzählt, der wird diszipliniert: Man „darf die Dinge nicht vermischen“, sonst ist man rechts.

Das gilt auch für steigende Kriminalität und Massenzuwanderung. In Nordrhein-Westfalen sprechen sogar Polizisten schon von „No-go-Areas“ in etlichen Ruhrgebietsstädten. Dort trauen sich die Beamten nur noch mit Verstärkung hinein, weil sie sich dort offener, aggressiver und gewalttätiger Feindseligkeit ausgesetzt sehen. Selbst wenn sie einen Ruhestörer oder Autofahrer stoppen wollten, rücke sofort ein Mob an, um Ärger zu machen. Libanesen-Klans beherrschten ganze Straßenzüge, bei Kfz-Aufbrüchen stammten „inzwischen“ 40 Prozent der Täter aus Nordafrika, Banden aus Ost- und Südosteuropa sorgten für massiv ansteigende Zahlen bei Einbrüchen.

Aber bitte, was haben denn verbrecherische Libanesen-Klans oder ausländische Einbrecher-Banden mit Zuwanderung zu tun? Sie sagen es! Man „darf das nicht vermischen“.

Zumal es dann schnell zum „Generalverdacht“ käme, der sich gegen alle Zuwanderer richten könnte. Generalverdacht ist nur gegenüber Deutschen zulässig, wie wir aus beliebten Formulierungen wie „Fremdenfeindlichkeit kommt aus der Mitte der Gesellschaft“ lernen.

Hässliche Vermischungen von Asyl, dessen Kosten und Folgen drücken zudem auf die überschwängliche Hilfsbereitschaft der Deutschen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt führt das Heer der Edlen an, seit er zwei junge Männer aus Eritrea bei sich zu Hause aufgenommen hat. Eine wahrhaft große Geste. Die beiden haben das bestimmt schon per Handy in die Heimat gemeldet: „Ihr glaubt es nicht! Wir leben in der Villa eines deutschen Parlamentsabgeordneten!“ Das wird Eindruck machen in Afrika. Viele, viele weitere junge Männer werden sich mit dieser Verheißung im Kopf ebenfalls aufmachen gen Germania. Bis bald!

MEINUNGEN

*Neuköllns ehemaliger Bezirksbürgermeister **Heinz Buschkowsky** sieht **Berlin** völlig in die Hände **ausländischer Klans** und **Gangsterbanden** geraten. In der „Bild“-Zeitung (5. August, Berlin-Ausgabe) gibt er der Politik eine gehörige Mitschuld daran:*

„Die Gewerkschaft der Polizei vergleicht die Bandenkriminalität in Berlin mit der in amerikanischen Großstädten. Sämtliche polizeilichen Instrumente hätten versagt oder könnten aus Personalmangel (!) gar nicht ergriffen werden, heißt es von dort … Die erfolgreiche Polizeigruppe Ident gegen Schwerstkriminelle wurde abgeschafft, weil sie sich politisch inkorrekt gegen Ausländer richtete … Na ja, gut, dass es für die Erfolgsstatistik Temposünder und Falschparker gibt.“

***Jennifer Nathalie Pyka** kommentiert den Aufruf von SPD-Vize Ralf Stegner zu einem „**Aufstand der Anständigen** gegen Fremdenhass“ im Netzportal „Achse des Guten“ (2. August):*

„Der politisch initiierte ‚Aufstand der Anständigen‘ zählt zu den bedeutendsten Instrumenten des deutschen Waffenarsenals. Er kommt immer dann zum Einsatz, wenn es für eine Ethikkommission noch zu früh ist, die gesellschaftlichen Gräben jedoch schon zu tief sind. Ausgestattet mit gezeigtem Gesicht und eingebauter Wohlfühlgarantie umhüllt er zuverlässig jede noch so lästige Problemzone mit einem rosaroten Leichentuch.“

***Nicolaus Fest** ärgert sich auf seinem Internet-Blog „nicolaus-fest.de“ (5. August) über die **Arroganz**, mit der das deutsche Volk in der **Asyldebatte** behandelt wird:*

„Man muss die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen.’ Auch so ein Satz elitärer Arroganz. Politische Klugheit und kulturelles Selbstverständnis werden als therapiebedürftige Psychose des Souveräns diffamiert. Mehr muss man aus Sicht vieler Politiker auch nicht machen. Das Problem liegt nicht in den Tatsachen, sondern in der falschen Sicht. So geht der rechtswidrige Zuzug munter weiter.“

***Wolfgang Prabel** macht im Netz-Portal „geolitico“ (10. August) eine düstere Prophezeiung über die **Folgen der Asylflut**:*

„Im Nahen Osten und im moslemischen Afrika hat ein mindestens Dreißigjähriger Krieg begonnen. Europa, Russland und Amerika haben den Ausbruch der Feindseligkeiten nach Kräften gefördert, sind nicht in der Lage den Krieg einzudämmen und Europa wird diesen Krieg über die Asylpolitik importieren, während Russland und die Vereinigten Staaten sich als Zuschauer zurücklehnen.“

*Im Portal „Tichys Einblick“ (11. August) spricht **Bettina Röhl** einige **harte Wahrheiten** zur Asylflut aus:*

„Das Flüchtlingspotenzial ist perspektivisch in Milliarden zu messen. Auf dieser Realität basierend müssen die ökonomischen Machbarkeiten ausgelotet werden … Das Wort ‚Wirtschaftsflüchtling‘ ist eine unzulässige Herunterqualifizierung des Wortes ‚Flüchtling‘, das gemeinhin denjenigen meint, der vor Krieg, Terror und politischer, religiöser Verfolgung flieht.“